Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind Österreich

02 · 2014 · Februar

Unter der Lupe

Das Regierungsprogramm ruft Kritiker allerorts auf den Plan. KOMMUNAL hat das Papier unter die Lupe genommen und sich angesehen, was die neue Bundesregierung im Bereich der Gemeinden alles vor hat.

ab SEITE 8

DRV: 0930 423

P.b.b. Verlagspostamt · 1010 Wien 02 · Z 032902M · ISSN: 1605-1440

VW Fahrer haben's gut!
Mit den Entry-Modellen von Volkswagen.
Bereits ab EUR 11.360,–*.

Die preislich attraktiven Einstiegsmodelle. Was für alle Entry-Modelle gilt: Sie entscheiden sich für einen starken Partner, der Sie beim beruflichen Erfolg immer verlässlich unterstützt. Außerdem können Sie immer auf Zuverlässigkeit, enorme Wirtschaftlichkeit und hohe Robustheit bauen.

Bis zu
€ 1.750,–**
Unternehmerbonus

€ 1.000,–***
bei Finanzierung über die Porsche Bank

Nutzfahrzeuge

---

* Unverbindl., nicht kart. Richtpreis exkl. MwSt. ** Bei Kauf eines Entry-Modells erhalten Sie bis zu EUR 1.750,– Unternehmerbonus. Erhältlich für Unternehmer mit gültiger UID-Nummer bei Anmeldung bis 31.12.2014 bzw. solange der Vorrat reicht. *** Bonus bei Porsche Bank Finanzierung, Mindestlaufzeit 36 Monate, Mindest-Nettokredit 50 % vom Kaufpreis. Gültig für Unternehmerkunden bis 31.3.2014 (Datum Kaufvertrag und Finanzierungsantrag). Nicht gültig für Sonderkalkulationen für Flottenkunden. Boni werden vom unverb. empf. Listenpreis abgezogen. Nähere Infos bei teilnehmenden VW Betrieben. Symbolfoto. Symbolfoto.
Verbrauch: 5,6 – 8,6 l/100 km, CO_2-Emission: 147 – 226 g/km.

Die Gemeinden sind faire Partner für den Bund und die Länder

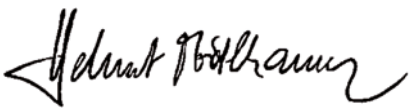
Aber keine Melkkühe

Nach langem Ringen und Verhandlungen hat Österreich knapp vor Weihnachten eine neue Bundesregierung erhalten. Die Gemeinden waren bei der Erstellung des Regierungsprogramms nicht eingebunden, sie haben sich aber trotzdem mit ihren Vorschlägen und Wünschen eingebracht und zum Teil auch durchgesetzt. So gab es immer wieder verschiedene Vorschläge, deren Auswirkungen auf die Gemeinden mit enormen Kosten verbunden sind. So wurden gerade im Bereich der Kinderbetreuung und des Schulwesens viele Wünsche diskutiert, deren Erfüllung nur mit den Gemeinden möglich ist. Und manches Mal hatte man den Eindruck, dass gewisse Verhandlungspartner gar nicht wissen, wer für die Erfüllung dieser Aufgaben zuständig ist. Und manches Mal wurde ein derartiges Wunschkonzert geäußert, dass man glauben konnte, das Geld sei ohnedies abgeschafft oder Österreich schwimme im Geld. Doch bald holte die Verantwortungsträger die Realität ein. Und statt einem großen Geschenkpaket musste ein Belastungspaket geschnürt werden, um überhaupt dem Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalte näher zu kommen.

Die Gemeinden, die auch im vergangenen Jahr ihr vorgegebenes Ziel eines Nulldefizits erfüllt haben, sind als Warner aufgetreten und haben klar gemacht, dass man nicht ständig mehr ausgeben als einnehmen könne. Sie haben aber auch angekündigt, dass sie diesen erfolgreichen Weg nur dann fortsetzen können, wenn man sie nicht mit neuen Aufgaben oder Finanzierungen belastet. Sie sind faire Partner sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene und halten ihre Zusagen auf Punkt und Beistrich ein, aber sie wissen sich auch zu wehren, wenn vereinbarte Spielregeln einseitig missachtet werden. Dies betrifft die Finanzierung des Gratiskindergartens genauso wie den Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung. Gerade für diese beiden Bereiche wurden Vereinbarungen geschnürt, die einzuhalten sind. Und erfreulicherweise hat sich die Bundesregierung auch verpflichtet, den Pflegefonds über 2016 zu verlängern.

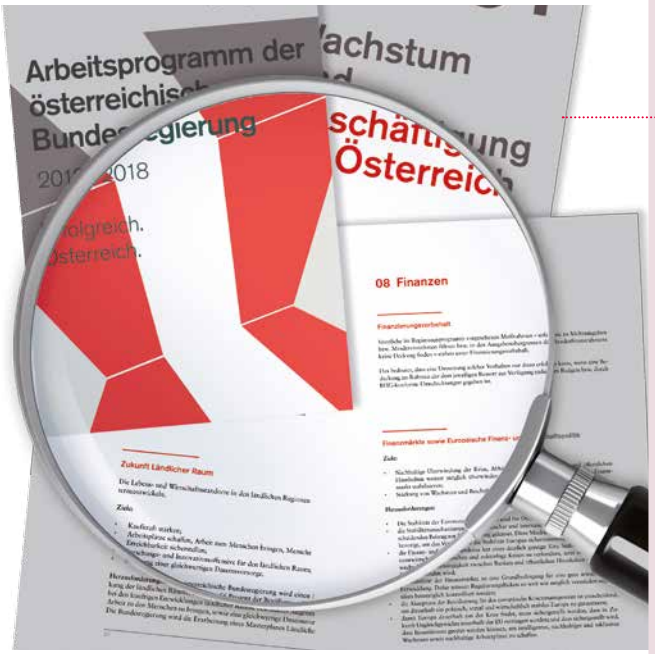
Wenn auch die großen Reformen, wie eine Neuordnung der Aufgaben, fehlen, wurde ein dringender Wunsch der Gemeinden in das Regierungsprogramm aufgenommen: Dass nämlich die Gemeinden mit dem Bund ebenso wie die Länder direkte Vereinbarungen über unterschiedliche Aufgaben abschließen können. Damit ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt zum Abbau unnötiger Verwaltung gelungen.

Denn dies haben auch die Koalitionsverhandler erkannt, dass die Gemeinden verlässliche und gute Partner sind, wenn es um die Umsetzung von Vereinbarungen geht. Aber eines muss auch immer wieder laut gesagt werden: Melkkühe sind sie keine, vielmehr sind sie an der Grenze der Belastbarkeit angelangt.



Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Die Gemeinde sind faire Partner sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene und halten ihre Zusagen auf Punkt und Beistrich ein, aber sie wissen sich auch zu wehren, wenn vereinbarte Spielregeln einseitig missachtet werden.



THEMEN

Gemeindebund

8 Was das Regierungsprogramm für Gemeinden bringt: Mehr als nur Überschriften

19 61. Österreichischer Gemeindetag & Kommunalmesse: „Gemeinden öffnen Grenzen. 1989 bis 2014“

Interviews in dieser Ausgabe

14 Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer: „Keine Gemeinden erster und zweiter Ordnung“

16 Lebensminister Andrä Rupprechter: „ Mein Ziel ist es, Österreich sicherer zu machen“

Recht & Verwaltung

13 Ministerin Bures bleibt auf Schiene:“Kein Nachbesserungsbedarf bei der Eisenbahnkreuzungsverordnung“

Diskussion „Haushaltsrecht“

20 Gerhard Steger (Finanzministerium): „Kommunale Doppik bietet Chancen“, aber ...

22 ... „die Kameralistik braucht nur richtig angewendet werden.“ Herbert Schober (Grödig)

Europapolitik

24 EU verabschiedet Vergabepaket: Rettungsdienste, Wasser und Kommunalkredite ausschreibungsfrei

IMPRESSUM

Herausgeber:
Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:
Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: **kommunalverlag@kommunal.at**

Geschäftsführung:
Mag. Michael Zimper

www.kommunal.at

Redaktion:
Tel.: 01/ 532 23 88
Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion & Layout) **hans.braun@kommunal.at**
Mag. Helmut Reindl - DW 15 **helmut.reindl@kommunal.at**
Katharina Lehner- DW 37 **katharina.lehner@kommunal.at**

Adressverwaltung:
Elisabeth Leitner - DW 18 **elisabeth.leitner@kommunal.at**

DTP & Grafik:
Thomas Max **thomas.max@kommunal.at**

Fotos:
www.bilderbox.at; www.photos.com; www.istock.com

Anzeigenberatung:
Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12 **sabine.brueggemann@kommunal.at**
Mag. Alexander Palaschke - DW 14 **alexander.palaschke@kommunal.at**

Redaktionsbeirat:
Mag. Ewald Buschenreiter (Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österr. Gemeindebundes)
Robert Lender (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)
Mag. Alexander Marakovits (BM.I)
Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technologie)
Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend)
Mag. Arnold Obermayr (BM für europäische und Internationale Angelegenheiten)
Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)
Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen)
Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Christian Rupp (Geschäftsführer IKT-Board im BKA)
Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz)
Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)
Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres)
Mag. Michael Zimper (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller:
Leykam Druck, 7201 Neudörfl

PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – **www.pefc.at**

Druckauflage: **35.823** (Durchschnitt 1. Halbjahr 2013)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken. Mit „Engeltliche Einschaltung.“ gekennzeichnete oderunter der Bezeichnung „Service“ oder „Information“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

Hinweis zu Gender-Formulierung: Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

PRAXIS

Consulting in Gemeinden

36 **Gut beraten: KOMMUNAL hat nachgefragt, welche Qualitätskriterien Consulter erfüllen müssen**

Objekteinrichtungen

48 **Die Arbeit beeinflusst die Einrichtung**

CHRONIK

58 NÖ GVV ÖVP: Neue Wege in der Sozialpolitik
59 NÖ GVV SPÖ: Nachdenken überSozialdemokratie NEU gefordert
60 Verkehrssicherheit: Geplante Sicherheit
62 Aus den Bundesländern
66 Südtitrol: Andreas Schatzer ist neuer Präsident des Gemeindenverbandes
67 Personalia, info-Mix & Buch-Tipps
70 Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

EDITORIAL

Michael Zimper
Geschäftsführer

Liebe Leserin, lieber Leser!

Folgt man den derzeitigen tagespolitischen Diskussionen, meint man, Inhalte wären nicht mehr als Träger parteipopulistischer Botschaften. Wir wollen uns diesem Geplänkel nicht anschließen sondern möchten stattdessen das Regierungsprogramm analysieren. Immerhin hat es ja auch gutes zu bieten, wie dem grundsätzlichen Bekenntnis zur „Zukunft ländlicher Raum“. Das erste Mal in der Zweiten Republik, dass sich eine Regierung derart klar dazu bekennt, „den Lebens- und Wirtschaftsstandort in den ländlichen Regionen abzusichern und weiterzuentwickeln“, wie es auf den Seiten 22 und 23 des Regierungsprogramms heißt.

Die allermeisten Punkte und Ziele, die im Regierungsprogramm formuliert wurden, haben ihren Ursprung im „Masterplan ländlicher Raum“, den der Gemeindebund seit vielen Jahren fordert. So ist darin ein längst überfälliges Bekenntnis zum Ausbau der Breitbandanbindung skizziert. Auch will man sich mehr dem Ausbau des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs oder der Sicherung einer bürgernahen Gesundheitsvorsorge annehmen. Hervorzuheben ist aber auch das Statement, „die Gemeinden als demokratisch legitimierte Träger der wesentlichen Strukturen und der wirtschaftlichen Entwicklung im ländlichen Raum sollen gestärkt werden und die interkommunale Zusammenarbeit gefördert werden.“

Allein, es fehlt bei so gut wie allen Vorhaben und Ankündigungen ein wesentlicher Punkt, nämlich wie alles finanziert werden soll. 66 Prozent (sic!) unserer Bevölkerung leben in der „Zukunft ländlicher Räume“ und sie haben sich mehr als Lippenbekenntnisse verdient.

Doch greifen wir der Regierung nicht vor und lassen wir sie arbeiten!

Beamte: Im Schnitt um 1,8 Prozent mehr – Zusatzvereinbarung für Gemeindebedienstete

Doppelabschluss bei Beamtengehältern

Bei den Beamten-Gehaltsverhandlungen einigten sich Regierung und Gewerkschaft Öffentlicher Dienst auf einen Abschluss für zwei Jahre. Ab März werden die Gehälter sozial gestaffelt im Schnitt um 1,88 Prozent angehoben. Die niedrigsten Einkommen werden um 2,5 Prozent erhöht, die höchsten um 1,5 Prozent.
Ab März 2015 steigen dann die Gehälter um 0,1 Prozent über der Inflationsrate. Für Gemeindebedienstete wurde eine Zusatzvereinbarung abgeschlossen:

- Die Bezüge bis 2.700 Euro werden demnach um 2,3 Prozent erhöht und mit 62,10 Euro gedeckelt sein.
- Die Nebengebühren werden sich bei diesem Modell um 2,3 Prozent erhöhen.
- Die Laufzeit beträgt zwölf Monate (bis 28.2.2015)

Dadurch kann eine andere soziale Staffelung zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen verwirklicht werden. Dies muss entsprechend in den Bundesländern vereinbart werden. Für das Jahr 2015 werden die Bezüge um die von der Statistik Austria festgestellten Inflationsrate und weitere 0,1 Prozent erhöht. Dieser Abschluss gilt vom 1.3.2015 bis 31.12.2015.
„Im Vergleich zur Ausgangslage mit einer Erhöhung von 1 Prozent und einer Einmalzahlung von 0,5 Prozent ist es gelungen, die nachhaltige Erhöhungen der Bezüge nahezu zu verdoppeln. Einmalzahlungen konnten verhindert werden“, zeigt sich Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, zufrieden.

Foto: Johannes Zinner

Kanzleramtsminister Josef Ostermayer beziffert die Kosten für heuer auf 190 Millionen Euro.

Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

GÖD-Chef Fritz Neugebauer: „Ab März 2015 gibt es den vollen Teuerungsabgleich mit einer kleinen Zuwaage.“

Foto: Gemeindebund/Kosak

Arbeitsgespräch: Gemeindebund-Spitzen bei Innenministerin Johanna Mikl-Leitner

Zwei Stunden intensive Gespräche

Ausgesprochen lange nahm sich Innenministerin Johanna Mikl-Leitner für den Antrittsbesuch der Gemeindevertreter Zeit. Fast zwei Stunden dauerte das Arbeitsgespräch der Ministerin mit Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, seinen beiden Vizes Alfred Riedl und Rupert Dworak sowie Generalsekretär Walter Leiss. Die Agenda war auch umfangreich: Besprochen wurden Fragen rund um das Thema Wahlen. Heikel wurde es bei Sicherheitsfragen. Mikl-Leitner stellte klar, dass all ihre Bemühungen dahin gehen würden, mehr Polizisten auf die Straße für den Außeneinsatz zu bringen. Auch die Aktion „Gemeindepolizist“ soll fortgesetzt und ausgebaut werden. Mehr auf **www.gemeindebund.at**

Symposium

Fundament einer modernen Bürgergesellschaft

…ist der Titel eines Symposiums, das der Österreichische Gemeindebund gemeinsam mit dem Land Salzburg aus Anlass des österreichischen Europaratsvorsitzes organisiert. Die Veranstaltung findet am **7. Februar** im Europasaal der Edmundsburg in **Salzburg** statt, dem Thema soll sich sowohl wissenschaftlich als auch praktisch genähert werden.
Die hochrangige und internationale Besetzung garantieren bestimmt eine spannende Auseinandersetzung mit dieser aktuellen Frage.

Anmeldungen können über folgenden Link erfolgen: **www.gemeindebund.at**

Bürgerforum Europa

Das fragt Österreich

Das Bürgerforum Europa 2020 hatte alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dazu aufgefordert, Ihre Fragen zum Thema „EU“ zu stellen. Die Idee stammt von Klosterneuburgs Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager, der bei der heurigen Wahl zum Europäischen Parlament mehr tun wollte, als nur den Urnengang in seiner Gemeinde abzuwickeln. Er setzte sich mit Europaparlamentarier Othmar Karas in Verbindung und holte Gemeindebund und Städtebund für die gemeinsame Aktion mit ins Boot. „Der Rücklauf war nicht schlecht“, meint Schmuckenschlager, „viele Bürgermeister glauben aber immer noch, dass das Thema ‚Europa' sie nicht betrifft. Wir bringen die 15 meistgestellten Fragen.

15 FRAGEN AN EUROPA

1) Warum ist der Verwaltungsapparat so groß, und wieso gibt es zwei Tagungssitze für das Europäische Parlament?

2) Wie hoch sind die Gehälter von ParlamentarierInnen, KommissarInnen und BeamtInnen?

3) Warum regelt die EU Glühbirnen, Gurkenkrümmung, Marmelade etc., jedoch nicht die großen Themen?

4) Warum gibt es so viele Vorschriften? Warum so viel Bürokratie?

5) Was sind die Vorteile der Mitgliedschaft bei der EU?

6) Wie hoch ist das EU-Budget für die Landwirtschaft und warum?

7) Wer kann Förderungen beantragen? Sind die Regelungen für alle Mitgliedstaaten gleich?

8) Warum werden Pleitestaaten unterstützt? Wie viel Geld gibt Österreich diesen Staaten?

9) Wie hoch ist der EU-Beitrag Österreichs und wie viel bekommen wir wieder retour – Stichwort Nettozahler?

10) Ist durch den Euro alles teurer geworden?

11) Vor- und Nachteile bei einem Euro-Austritt?

12) Was sind die Vorteile einer EU-Erweiterung?

13) Wie ist der aktuelle Stand der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei? Welche Ziele verfolgt die EU mit einer ev. Aufnahme der Türkei in die EU?

14) Was macht die EU, damit die Arbeitslosigkeit sinkt und mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, insbesondere für Jugendliche?

15) Wie funktioniert die EU-Wahl?

Kalender: EU-, Landtags-, Bürgermeister- & AK Wahlen

2014: Zu wenige Frauen treten an

Die Kandidatur des Ex-ORF-Mannes Eugen Freund bei der **EU-Wahl am 25. Mai** für die SPÖ hat für einiges Aufsehen gesorgt - gut für den Wahltermin sollte es sein. Markus Waller, Landeshauptmann Vorarlbergs, hat vor „seinen“ **Landtagswahlen im September** – die ersten für ihn – mit seinem Beitrag zur Bildungsdebatte für die gewünschte „Abgrenzung“ zum Bund gesorgt.
Die **Salzburger Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen** haben sich durch die Ankündigung Helmut Mödlhammers, am **9. März** nicht mehr zu kandidieren, den meisten Lesern ins Bewusstsein gerufen.
Bleiben die Termine für die **Arbeiterkammerwahlen**:
Vorarlberg: 27.1. – 6.2.
Salzburg: 27.1. – 7.2.
Tirol: 27.1. – 7.2.
Kärnten: 3.3. – 12.3.
Wien: 11.3.– 24.3.
OÖ: 18.3. – 31.3.
Steiermark: 27.3. – 9.4.
Burgenland: 31.3.– 9.4.
NÖ: 6.5. – 19.5.

Eisenbahnkreuzungen: Finanzierung noch offen

Kosten hätten vorher geklärt werden müssen

Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

Bundesratspräsident Michael Lampel, Bürgermeister von Neufeld an der Leitha.

Gut 30 Jahre Bahnerfahrung bringt der 49-Jährige Michael Lampel, aktueller Bundesratspräsident, aufgrund seiner Tätigkeit bei der Raab-Ödenburg-Ebenfurter Eisenbahn mit – weswegen er zu den Diskussionen rund um die neue Einbahnkreuzungsverordnung auch einiges zu sagen hat. Warum die Kostenfrage nicht gleich mit der neuen Verordnung geklärt wurde, ist dem Bürgermeister von Neufeld/Leitha im Bezirk Eisenstadt-Umgebung beispielsweise ein Rätsel.

„Es ist sehr wichtig, dass mit der Verordnung die Sicherheit gehoben wurde, hinter dem stehe ich auch. Aber über die Finanzierung muss noch geredet werden. Man kann nicht von den Gemeinden verlangen, die Kosten zu übernehmen“, zeigt sich Lampel zweigeteilt. „Wie alle wissen, ist die Finanzlage der Gemeinden angespannt. Es muss eine entsprechende Lösung gefunden werden. Der Österreichische Gemeindebund hat hier eine wichtige Initiative gesetzt.“

REPUBLIK ÖSTERREICH

Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung

2013 – 2018

erfolgreich. Österreich.

Wachstum

Beschäftigung

Österreich

08 Finanzen

Finanzierungsvorbehalt

Sämtliche im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen bzw. Mindereinnahmen führen bzw. in den Ausgabenobergren keine Deckung finden – stehen unter Finanzierungsvorbehalt.

Das bedeutet, dass eine Umsetzung solcher Vorhaben nur dan deckung im Rahmen der dem jeweiligen Ressort zur Verfügung BHG-konforme Umschichtungen gegeben ist.

Finanzmärkte sowie Europäische Finanz- un

Ziele:

- Nachhaltige Überwindung der Krise, Abhä Haushalten weitest möglich überwinden markt stabilisieren;
- Stärkung von Wachstum und Beschäf

Herausforderungen:

- Die Stabilität der Eurozone sind für Ös
- die Stabilitätsmechanismen ischer und inter scheidenden Beitrag zur ung geleistet. Diese benötigt, um das Ve die Stabilität Europas s
- die Finanz- und ftskrise hat eines deutlich g samtwirtsch eichen und zukünftige Krisen zu wech hängigkeit zwischen Banken und öf unden wird;

stabilität der Finanzmärkte ist eine Grundbedin Entwicklung. Dafür müssen Regulierungslücken so w siken bestmöglich kontrolliert werden;

- die Akzeptanz der Bevölkerung für das europäische K um dauerhaft ein politisch, sozial und wirtschaftlich
- damit Europa dauerhaft aus der Krise findet, muss kunft Ungleichgewichte innerhalb der EU verringert dass Investitionen gesetzt werden können, um intell Wachstum sowie nachhaltige Arbeitsplätze zu schaff

68

Zukunft Ländlicher Raum

Die Lebens- und Wirtschaftsstandorte in den ländlichen Regionen terzuentwickeln.

Ziele:

- Kaufkraft stärken;
- Arbeitsplätze schaffen, Arbeit zum Menschen bringen, Mensche Erreichbarkeit sicherstellen;
- Forschungs- und Innovationsoffensive für den ländlichen Raum;
- S ng einer gleichwertigen Daseinsvorsorge.

Herausforderunge österreichische Bundesregierung wird einen kung der ländlichen Räume, Prozent der Bevölk bei den künftigen Entwicklungen ländlicher Räume besonderes Augenm Arbeit zu den Menschen zu bringen, sowie eine gleichwertige Daseinsvor Die Bundesregierung wird die Erarbeitung eines Masterplanes Ländliche

20

Was das Regierungsprogramm für die Gemeinden bringt

Mehr als nur Überschriften?

Das Regierungsprogramm scheidet auch unter Kommunalpolitikern die Geister. Während die Pessimisten sagen, es seien lauter Überschriften, sagen die Optimisten, es komme nur darauf an, was man aus den Überschriften macht. KOMMUNAL hat das Programm analysiert und mit denen gesprochen, die die einzelnen Punkte umsetzen sollen.

Walter Leiss, Hans Braun,
Katharina Lehner, Helmut Reindl

Im Dezember vergangenen Jahres wurden die Regierungsverhandlungen abgeschlossen und zwischen SPÖ und ÖVP eine Bundesregierung gebildet. Die neue Bundesregierung wurde vom Bundespräsidenten noch vor dem Jahreswechsel angelobt. Grundlage für die künftige Zusammenarbeit der beiden Regierungsparteien ist das Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013 bis 2018. Der Gemeindebund hat in einem Forderungspapier wichtige Punkte, wie ein klares Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung, das Recht 15a-Vereinbarungen direkt abschließen zu können, eine moderne Verwaltung und eine Aufgabenreform sowie die Bedeutung des ländlichen Raumes als Lebens- und Wirtschaftsraum angesprochen. Dass die Gemeinden auch mit den erforderlichen Finanzmitteln ausgestattet werden müssen, war ebenfalls eine zentrale Forderung.

Die einzelnen Kapitel des Regierungsprogramms im Überblick

STAATSREFORM & DEMOKRATIE

Im Kapitel Staatsreform und Demokratie wird einerseits die Notwendigkeit einer Föderalismusreform angesprochen, aber auch festgehalten, dass das Instrument der Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG moderner gestaltet werden sollte. Und hier gibt es schon den ersten Dämpfer. Gefragt, ob er glaube, dass in dem Bereich in den kommen ein, zwei Jahren ein größerer Wurf gelingen wird, reagiert Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer: „Ich bin Optimist und gebe die Hoffnung nie auf – aber realistisch gesehen gibt es keine Anzeichen für einen großen Reformwurf.“
Enthalten ist aber die Forderung des Gemeindebundes, eine generelle Öffnung der Artikel 15a- Vereinbarungen für Städte und Gemeinden, jeweils vertreten durch deren Interessensvertretungen. Damit soll es den Städten und Gemeinden ermöglicht werden, zu Themen die sie unmittelbar betreffen, entweder unmittelbar untereinander, oder mit den Ländern beziehungsweise dem Bund direkte Vereinbarungen abzuschließen. In diesem Zusammenhang wichtig ist die vorgesehene Einsetzung einer Aufgabenreform- und Deregulierungskommission zur Überprüfung, welche Aufgaben künftig vom Staat wahrgenommen werden müssen, beziehungsweise welche Regelungen einfacher gestaltet oder explizit beseitigt werden können. Der Deregulierung beziehungsweise einer klaren Kompetenzzuordnung wird in Zukunft besondere Bedeutung zukommen, um ein effizientes Verwaltungshandeln zu ermöglichen. Immer neue Aufgaben zu erfinden, die Rechtsvorschriften immer komplexer gestalten, aber gleichzeitig Personal einsparen zu wollen und die Effizienz zu erhöhen wird sich nicht machen lassen.

Der Deregulierung beziehungsweise einer klaren Kompetenzzuordnung wird in Zukunft besondere Bedeutung zukommen, um ein effizientes Verwaltungshandeln zu ermöglichen.

Leider war von Finanzminister und Vizekanzler Michael Spindelegger keinerlei Stellungnahme erhältlich. Die Auskunft aus dem Ministerium lautete, dass man „vor dem Abschluss der Budgetverhandlungen keine Stellung beziehen möchte“. Bei anderen Themen wurde auf die Zuständigkeit der Fachminister verwiesen.

LÄNDLICHER RAUM

Dem Arbeitsprogramm ist ein klares Bekenntnis zum ländlichen Raum zu entnehmen. Helmut Mödlhammer: „Seit ungefähr zwölf Jahren thematisiert der Österreichische Gemeindebund das schon. Deswegen ist der Masterplan ländlicher Raum vom Gemeindebund entwickelt worden. Hier geht es darum, dass eine gewisse Grund-Infrastruktur für die Gemeinden notwendig ist. Dazu muss man schauen, wo allenfalls neue Infrastruktureinrichtungen geschaffen werden, um den ländlichen Raum zu erhalten.“
Bereits in der Präambel werden zentrale Bereiche wie ein Ausgleich zwischen den Städten und dem ländlichen Raum angesprochen. Festgehalten wird, dass die Lebens- und Wirtschaftsstandorte in den ländlichen Regionen abzusichern und weiter zu entwickeln sind. Dazu gehört, auch in diesen Regionen die Kaufkraft zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und die Erreichbarkeit sicherzustellen, sowie eine Sicherung einer gleichwertigen Daseinsvorsorge. Deutlich ist angesprochen, dass, um diese Ziele zu erreichen, eine Förderung der Breitbandversorgung mit den erforderlichen Datenraten, eine bedarfsgerechte Verkehrserschließung und ein Ausbau des öffentlichen Personennah- und-regionalverkehrs sowie ein Maßnahmenpaket zur Sicherung einer bürgernahen Gesundheitsvorsorge erforderlich ist. Hohe Summen werden dafür erforderlich sein, deren Aufbringung bei der derzeitigen Budgetlage nicht einfach sein wird.
Noch vor den Nationalratswahlen wurde angekündigt, dass die Hälfte der Erlöse aus dem Verkauf der Mobilfunkfrequenzen in den Breitbandausbau inves-

tiert werden sollen. Ende 2012 wurde in der „Breitbandstrategie“ das Ziel definiert, Österreich bis 2020 flächendeckend mit ultraschnellem Breitband zu versorgen. Als die Auktion zwei Milliarden Euro einbrachte, waren die Erwartungen groß. Im Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung finden sich nun jedoch keine konkreten finanziellen Zusagen. Doris Bures, Ministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, betont auf Anfrage von KOMMUNAL jedoch, dass an den Zielen der „Digitalen Offensive“ festgehalten wird. Die „Digitale Offensive“ betrifft einerseits den Ausbau der Infrastruktur, also die Förderung für den Ausbau von Hochleistungsbreitband in ganz Österreich, und anderseits die Forschung und Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. „Hier geht es um Schlüsseltechnologien, die sowohl für eine wissensorientierte Gesellschaft als auch für den Wirtschaftsstandort entscheidend sind. Hier geht es mir eben genau darum, die digitale Kluft zwischen den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum zu schließen,

Bundesratspräsident a.D. Georg Keuschnigg zur De-Zentralisierung: „Man könnte Arbeitsfelder aus der digitalen Welt ohne weiteres in den ländlichen Raum transferieren.“

genauso wie die zwischen Alt und Jung und Arm und Reich“, so Bures.
Einen klaren Punkt für die Stärkung des ländlichen Raums wäre eine Dezentralisierung. Dazu der ehemalige Bundesratspräsident Georg Keuschnigg, einer der Verhandler des Kapitels ländlicher Raum:

„An den Zielen der ‚Digitalen Offensive‘ wird festgehalten.“ Doris Bures, Ministerin für Verkehr, Innovation und Technologie

„Wir haben in Österreich eine massive Zentralisierung in allen Bereichen. Man könnte Arbeitsfelder aus der digitalen Welt ohne weiteres in den ländlichen Raum transferieren. Dahinter steckt eine grundlegende Forderung: Wir bekommen keine qualifizierten Arbeitsplätze in der Region ohne eine Dezentralisierungsstrategie.“ Ein Vorschlag, dem viele in den Gemeinden zustimmen.
Genannt werden auch die Gemeinden als demokratisch legitimierten Träger der wesentlichen Strukturen und der wirtschaftlichen Entwicklung, im ländlichen Raum zu dessen Stärkung, die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern ist. Ein wichtiger Schritt dazu wäre, endlich die Belastung von Kooperationsformen mit der Umsatzsteuer aufzuheben. Es reicht nicht, sich zu Kooperationen zu bekennen, auch gesetzliche Regelungen für leichtere Kooperation (wie z. B. die B-VG-Novelle von vor zwei Jahren) zu beschließen, gleichzeitig Kooperation aber durch eine Belegung mit der Umsatzsteuer zu belasten. Dies ist in der Praxis für Gemeinden und Bürgermeister unverständlich.

SIEDLUNGS-WASSERWIRTSCHAFT

Wichtig für die Gemeinden ist auch das Bekenntnis der Bundesregierung, dass eine höchstwertige Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung als Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge anerkannt wird. Genauso bedeutsam ist der vorsorgende ökologische Hochwasserschutz, einschließlich nachhaltiger und effizienter Wildbach- und Lawinenverbauung. Notwendig dafür ist allerdings auch die im Arbeitsprogramm angesprochene ausreichende finanzielle Ausstattung. Auch hier darf es nicht bei einem bloßen Bekenntnis und der Festlegung von Zielformulierungen bleiben, sondern sind konkrete Schritte erforderlich.
Dazu der ressortzuständige Minister Andrä Rupprechter: „Die Finanzierung erfolgt durch die Finanzausgleichspartner, in den Finanzausgleichsverhandlungen wird festgelegt, in welchem Umfang jährlich Förderungen für die Siedlungswasserwirtschaft zugesagt werden können. Geplant ist, die laufende Finanzausgleichsperiode bis Ende 2016 zu verlängern. In der Vergangenheit war es in solchen Fällen üblich, den Bundesminister zu ermächtigen, weiterhin Förderungen für die Siedlungswasserwirtschaft zuzusichern. Ich gehe davon aus, dass diese bewährte Vorgangsweise beibehalten wird.“
(Ein ausführliches Interview mit Minister Rupprechter finden Sie ab Seite 16 dieser Ausgabe.)

BILDUNG & NACHMITTAGSBETREUUNG

Besondere Bedeutung kommt den im Arbeitsprogramm enthaltenen Zielen des Ausbaus und der Stärkung der elementarpädagogischen Einrichtungen (Kindergärten) als Bildungseinrichtungen und dem Bildungsthema zu. So soll ein zweites kostenfreies Kindergartenjahr für Vier- bis Fünfjährige eingeführt werden und die Elementarpädagogik speziell bei den Vier- bis Sechsjährigen Platz greifen. Obwohl diese Ziele unbestritten sind, liegt es auf der Hand, dass damit wesentliche Mehrkosten für die Gemeinden sowohl im baulichen als auch im personellen Bereich verbunden sind. Auch im Bildungsbereich, wo als Ziel der qualitative und quantitative Ausbau von ganztägigen Schulformen von der ersten bis zur neunten Schulstufe vorgesehen ist, werden die Gemeinden als Schulerhalter vor beträchtliche Herausforderungen gestellt.

> Die Ziele des Ausbaus und der Stärkung des Bildungsangebotes sind unbestritten, aber es liegt auf der Hand, dass damit wesentliche Mehrkosten für die Gemeinden verbunden sind.

Helmut Mödlhammer betonte dazu, dass „die Gemeinden in der Vergangenheit immer wieder klargestellt haben, dass solche Maßnahmen nur möglich sind, wenn die entsprechenden Mittel seitens des Bundes aufgebracht werden. Es wurde uns auch immer glaubhaft versichert – sowohl vom Finanzministerium und auch den anderen Mitgliedern der Bundesregierung, dass solche Maßnahmen durch Mehraufwand vom Bund getragen werden. Konkrete Umsetzungsvorschläge gibt es noch nicht, aber der Bund hat im Regierungsprogramm auch festgehalten, dass hier ‚nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten' gehandelt wird. Wir werden sehen, wie rasch diese Anliegen und Vorhaben des Bundes auch umgesetzt werden können." Tatsache ist aber, dass die Gemeinden auf jeden Fall im Vollzug gefordert sein wird und keinesfalls zusätzliche Mittel aufwenden können.

PFLEGE

Nicht unbedeutend für die Gemeinden ist auch das Thema Pflege. Das Ziel, selbstständig zuhause betreut zu werden und den Anteil der nichtstationär betreuten PflegegeldbezieherInnen weiterhin über 80 Prozent zu halten, wirkt sich naturgemäß auch für die Gemeinden positiv aus. Genauso wie das Ziel, eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung mit Gesundheitsleistungen unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht in bestmöglicher Qualität sicherzustellen. Die mit der Gesundheitsreform 2013 beschlossenen Reformvorhaben sollen weitergeführt werden. Nicht unwesentlich für die Gemeinden, da sie wesentliche Mitfinanzierer im Gesundheitswesen sind.

DAS GROSSE FRAGEZEICHEN?

Die Finanzen

Besondere Bedeutung kommt dem Kapitel Finanzen im Arbeitsprogramm zu. Sämtliche vorgesehenen Maßnahmen – sofern sie zu Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen führen bzw. in den Ausgabenobergrenzen des Bundesfinanzrahmens keine Deckung finden – stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Das bedeutet, dass eine Umsetzung solcher Vorhaben nur dann erfolgen kann, wenn eine Bedeckung im Rahmen der dem jeweiligen Ressort zur Verfügung stehenden Budgets bzw. durch entsprechende Umschichtung gegeben ist. Damit wird der eingeschlagene Konsolidierungspfad weiter fortgesetzt.

> Vielen erscheinen die angesprochenen Ziele zu vage und unpräzise, in Summe sind es ehrgeizige Ziele. Es kommt nun darauf an, was daraus gemacht wird.

Ausdrücklich wird jedoch festgehalten, dass folgende Offensivmaßnahmen zum bisherigen Rahmen umgesetzt werden:

- **Hochwasserschutzmaßnahmen**
  460 Millionen Euro
- **Ausbau schulische Tagesbetreuung**
  400 Millionen Euro
- **Ausbau Kinderbetreuungseinrichtungen**
  350 Millionen Euro
- **Pflegegeld und 24h-Pflege**
  310 Millionen Euro
- **Pflegefondsverlängerung für die Jahre 2017 und 2018**
  700 Millionen Euro

Letztlich – ebenfalls nicht unwichtig – soll der geltende Finanzausgleich bis 2016 verlängert werden.
Somit ist erkennbar, dass im Regierungsprogramm viele für Gemeinden wichtige Bereiche angesprochen werden. Auch wenn vielen die angesprochenen Ziele zu vage und unpräzise erscheinen, in Summe sind dies ehrgeizige Ziele. Es kommt nur darauf an, was daraus gemacht wird.

BM Bures bleibt auf Schiene

„Kein Nachbesserungsbedarf bei Eisenbahnkreuzungsverordnung“

Für großen Unmut unter den Gemeinden sorgt nach wie vor die 2012 erlassene Eisenbahnkreuzungsverordnung. Diese sieht vor, dass die Eisenbahnbehörde bis 2020 alle Kreuzungen überprüft. Die Kosten der behördlich angeordneten Umgestaltungsmaßnahmen teilen sich Eisenbahnunternehmungen und die Straßenerhalter. Handelt es sich um eine Gemeindestraße, muss die betroffene Gemeinde somit die Hälfte der Kosten tragen.
Die burgenländischen „Seebahngemeinden“ zwischen Pamhagen und Neusiedl am See fordern in einer Petition an den Landtag und an Verkehrsministerin Doris Bures nun, dass die Eisenbahnkreuzungsverordnung zurückgenommen wird. So ist die finanziell angeschlagene Gemeinde Neusiedl am See mit Kosten in der Höhe von 1,6 Millionen Euro konfrontiert, von denen sie 800.000 Euro tragen muss. Die Gemeinde Frauenkirchen muss in den nächsten zwei Jahren 650.000 Euro zahlen.
Was die Bürgermeister besonders ärgert ist, dass sie zahlen sollen, aber sowohl bei der Aufrüstung von Eisenbahnkreuzungen als auch bei der Auflassung einzelner Übergänge nicht mitreden dürfen.
Verkehrsministerin Doris Bures verweist auf Anfrage von KOMMUNAL auf die Steigerung der Verkehrssicherheit. „Wie reagieren die Bürger in den Gemeinden und die Bürgermeister, wenn schwere Unfälle passieren, so wie vor kurzem in Oberösterreich, wo eine Mutter und ein Kind auf einer ungesicherten Bahnkreuzung ums Leben gekommen sind? Sie sagen zu Recht, man muss etwas tun. Man muss die Kreuzungen besser absichern, bevor etwas passiert. Das wollen wir mit der Verordnung erreichen. Wann welche Absicherung notwendig ist, das muss die Eisenbahnbehörde auf Grundlage der Verordnung festlegen. Das ist eine Frage der Sicherheit, die von den Fachleuten zu bewerten ist“, so Bures. Klare Kriterien, wie Sichtverhältnisse auf der Kreuzung, die tägliche Anzahl der Fahrzeuge oder die Geschwindigkeit des ankommenden Zuges sind die entscheidenden Kriterien.
Nachbesserungsbedarf an der Verordnung sieht Doris Bures nicht, immerhin ist für die Umsetzung der zu treffenden Sicherungen in der Verordnung ein „sehr, sehr langer Zeitrahmen – nämlich ganze 17 Jahre“ vorgesehen. Prinzipiell trete die 50:50-Regel bei der Aufteilung der Kosten laut Eisenbahngesetz auch nur dann in Kraft, wenn sich Straßenerhalter und Bahnunternehmen auf keine andere Aufteilung einigen. Sinnvoll ist es, einen Gesamtplan für die jeweilige Eisenbahnstrecke abzustimmen. „Das betrifft nicht zuletzt auch die Frage, ob man nicht auch die eine oder andere Eisenbahnkreuzung auflassen kann. Österreich hat im Durchschnitt auf jedem Bahnkilometer eine Eisenbahnkreuzung“, so Bures.

Foto: Rigaud/bmvit

Verkehrsministerin Doris Bures sieht keinen Änderungsbedarf.

Der Österreichische Gemeindebund reichte im Vorjahr eine Klage beim Verfassungsgerichtshof wegen der Verletzung des Konsultationsmechanismus ein. Den Vorwurf, dass die Gebietskörperschaften und Unternehmen zu wenig eingebunden waren, weist Bures gegenüber KOMMUNAL zurück: „Ganz grundsätzlich möchte ich dazu nur sagen, dass die Eisenbahnkreuzungsverordnung sehr lange und sehr gründlich vorbereitet wurde. Es gab sehr viele Gesprächsrunden mit dem Gemeindebund, dem Städtebund und dem Fachverband der Schienenbahnen.“

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer

Der Finanzausgleich steht klar im Vordergrund

Foto: Keinrath

Der fehlende Wurf „Kompetenz-Neuaufteilung“ und die offenen Finanzierungsfragen fehlen dem „obersten Bürgermeister Österreichs“ (© HBP Heinz Fischer) im Regierungsprogramm. Im KOMMUNAL-Gespräch zeigt sich Helmut Mödlhammer aber zufrieden, dass sich der Gemeindebund mit der „15a-Paktfähigkeit“ durchgesetzt hat und erklärt, dass für ihn künftig die FAG-Verhandlungen Priorität haben.

Einer aktuellen Meldung im „Standard“ zufolge können die Gemeinden mit 612 Millionen mehr Steuereinnahmen rechnen. Geld, das die Gemeinden gut brauchen können?
HELMUT MÖDLHAMMER: Das ist ja Theorie. Kein Mensch kann derzeit die tatsächliche Höhe dieser Mehreinnahmen voraussagen. Und wenn, dann bezieht sich das auf einen Zeitraum von fünf Jahren.

Eines der im Moment heißesten Eisen ist die Breitbandanbindung des ländlichen Raums. Hier wurden Finanzierungszusagen so oft wieder zurückgenommen und relativiert, dass sich kaum noch wer auskennt. Heißt es für die Gemeinden jetzt wieder „zurück an den Start“?
Hier müssen wir jetzt sehr rasch Licht ins Dunkel bringen, weil es gerade für die Gemeinden im ländlichen Raum dringend notwendig wäre, die Infrastruktur zu verbessern. Wir müssen hinsichtliche der Breitbandversorgung alles daransetzen, damit wir nicht Gemeinden „Erster Klasse“ und „Zweiter Klasse“ bekommen. Wir werden gerade hier um jeden Euro besonders hart kämpfen und hoffen, dass die Zusagen, die uns Infrastrukturministerin Doris Bures und das Finanzministerium gegeben hatten, auch eingehalten werden.

Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr ist geplant, allerdings noch nicht im Detail. Die Nachmittagsbetreuung soll ausgeweitet werden. Der Übergang vom Kindergarten in die Volksschule soll besser gestaltet werden, u. a. mit sprachlichen Intensivkursen, falls nötig. Auf die Gemeinden kommt einiges zu?
Hier haben die Gemeinden in der Vergangenheit immer wieder klargestellt, dass solche Maßnahmen nur möglich sind, wenn die entsprechenden Mittel seitens des Bundes aufgebracht werden. Es wurde uns auch immer glaubhaft versichert – sowohl vom Finanzministerium und auch den anderen Mitgliedern der Bundesregierung, dass solche Maßnahmen durch Mehraufwand vom Bund getragen werden. Konkrete Umsetzungsvorschläge gibt es noch nicht, aber der Bund hat im Regierungsprogramm auch festgehalten, dass hier „nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten“ gehandelt wird. Wir werden sehen, wie rasch diese Anliegen und Vorhaben des Bundes auch umgesetzt werden können. Tatsache ist aber, dass die Gemeinden auf jeden Fall im Vollzug gefordert sein werden und keinesfalls zusätzliche Mittel aufwenden können.

Beim Thema Bildung gibt es generell viel Unsicherheit. Wie sehr sind denn die Gemeinden betroffen?
Es trifft uns, weil jede Änderung im Pflichtschulbereich Auswirkungen auf die Gemeinden als Schulerhalter hat. Deshalb wäre es ja so dringend, dass die Gemeinden mit entsprechender Planungssicherheit und mit Entscheidungen rechnen können, die dann auch halten. Das ist ein Punkt, der zurzeit unter den Gemeinden für Unsicherheit sorgt.

„Ich bin Optimist und gebe die Hoffnung nie auf – aber realistisch gesehen gibt es keine Anzeichen für einen großen Reformwurf.“

Wie weit betrifft der im Regierungsprogramm festgehaltene Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst (damit sollen rund 4800 Stellen eingespart werden) auch die Gemeinden?
Die Gemeinden sind hinsichtlich des Personalstandes vorbildlich unterwegs. Aber wenn man uns neue Aufgaben vor allem im

Bereich Kinderbetreuung und schulischer Nachmittagsbetreuung überträgt, wird ein Aufnahmestopp nicht möglich sein. Wenn das so kommt, brauchen wir mehr Kräfte.
Darüber hinaus muss man wissen, dass auch der Pflegebereich die Gemeinden künftig mehr fordern wird und auch hier mehr Personal nötig sein wird. Wahrscheinlich ist hier aber der Verwaltungsbereich gemeint, und gerade in dem Bereich bitten wir, dass wir endlich, endlich Bürokratie abbauen und man uns nicht ständig neue Bürokratie auflastet.

Das betrifft jetzt die seit vielen Jahren geforderte Aufgabenreform?
Richtig, nach unserem Ermessen wäre es dringend notwendig, die Aufgaben neu zuzuteilen und zu ordnen. Das würde sicher Einsparungen in der Verwaltung bringen und sich sicher kostenmäßig sehr positiv auswirken.

Glauben Sie, dass in dem Bereich in den kommen ein, zwei Jahren ein größerer Wurf gelingen wird?
Ich bin Optimist und gebe die Hoffnung nie auf – aber realistisch gesehen gibt es keine Anzeichen für einen großen Reformwurf.

Es soll eine Gebührenbremse durch Gebührentransparenz kommen. Man will, dass die tatsächlich anfallenden Gebühren für kommunale Serviceleistungen transparent und für jeden nachvollziehbar dargestellt werden. Das ist eigentlich kommunale Kompetenz und hat in einem Regierungsprogramm wenig zu suchen?
Die Autonomie der Gemeinden sieht die Gebührenhoheit vor. Vor allem in den kleinen und überschaubaren Gemeinden haben wir die beste Transparenz, wo jede Bürgerin, jeder Bürger mindesten einmal jährlich über die Gebührenentwicklung informiert wird. Hier werden die Gebühren auch transparent dargestellt. Man kann nicht auf der einen Seite Gesetze erlassen, dass die Gemeinden einen ausgeglichenen Gebührenhaushalt haben und kostenneutral wirtschaften müssen, ihnen dann mehr aufbürden und sagen, dass die Gemeinden die Gebühren nicht erhöhen dürfen.

Was fehlt denn aus Sicht der Gemeinden im Regierungsprogramm? Wo hat sich der Gemeindebund durchgesetzt?
Es fehlt für uns ganz wesentlich der große Wurf der Kompetenz-Neuaufteilung. Es fehlt der Punkt Siedlungswasserwirtschaft, der für die Jahre 2015 und 2016 bis Auslaufen des Finanzausgleichs noch nicht geklärt ist. Aber im Grunde hat sich der Gemeindebund mit der 15a-Paktfähigkeit durchgesetzt. Damit ist eine alte Forderung unserer Gesetzesvertretung erfüllt worden.

„Derzeit nimmt das Ungleichgewicht zwischen Zentralraum und ländlichen Räumen massiv zu – und das gehört ausgeglichen."

Gibt es Vorschläge des Gemeindebundes für den Finanzausgleich?
Natürlich hat der Gemeindebund eigene Vorschläge. Die müssen wir aber erst intern abklären und verankern, was nicht immer ganz einfach ist aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinden. Tatsache ist, dass wir vor allem für jene Gemeinden einen Ausgleich brauchen, die durch ihre Struktur nicht mehr in der Lage sind, den Haushalt auszugleichen. Das sind vor allem Gemeinden im ländlichen Raum. Dann bedarf es der Abstimmung mit dem Städtebund und dann wird es mit unseren Partnern auf Bundes- und auf Landeseben zu verhandeln sein.

Erfreulich ist das Thema ländlicher Raum, was wird man sich unter dem Titel Masterplan für den ländlichen Raum vorstellen können?
Seit ungefähr 12 Jahren thematisiert der Österreichische Gemeindebund das schon. Deswegen ist der Masterplan ländlicher Raum vom Gemeindebund entwickelt worden.
Hier geht es darum, dass eine gewisse Grund-Infrastruktur für die Gemeinden notwendig ist. Dazu muss man schauen, wo allenfalls neue Infrastruktureinrichtungen geschaffen werden, um den ländlichen Raum zu erhalten. Es wäre ja in Zeiten von Breitband etc. auch möglich, gewissen Aufgaben von Zentralräumen in ländliches Gebiet zu verlagern. Damit man hier auch einen gewissen Ausgleich schafft. Derzeit nimmt das Ungleichgewicht zwischen Zentralraum und ländlichen Räumen massiv zu – und das gehört ausgeglichen.

Die Innenministerin hat laut Medienberichten kürzlich wieder angekündigt, dass sie an der Schließung von 100 Polizeiposten festhält.
Wir haben mit der Innenministerin ein sehr intensives Gespräch geführt, unser gemeinsames Ziel muss es sein, mehr Polizei auf die Straße zu bringen, die Polizei den Bürgern näherzubringen und dadurch das subjektive Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Deshalb wurde hier auch die Landespolizeidirektoren beauftragt, Lösungsvorschläge zu erstellen, die diese Ziele im haben.

Sie haben zum Jahreswechsel ganz Österreich überrascht, als Sie ihren Verzicht zur Kandidatur als Bürgermeister von Hallwang bekannt gegeben haben. Verraten Sie uns Ihre Pläne als Präsident des Gemeindebundes?
Ich habe den Entschluss gefasst, weil ich erstens einen geeigneten Nachfolger präsentieren kann. Zum zweiten sind 28 Jahre Bürgermeisterfunktion eine sehr lange Zeit und eine derartige Dreifachbelastung ist auf Dauer nicht wirklich tragbar. Meine Pläne als Gemeindebund-Präsident. An erster Stelle stehen der Finanzausgleich im Vordergrund und alles daran zu setzen, dass wir nicht Gemeinden erster oder zweiter oder dritter Klasse bekommen.
Ein zweiter Punkt ist, dass wir diese Ausgewogenheit, um die uns noch immer viele in Europa beneiden, erhalten und die Investitionsfähigkeit der Gemeinden zu erhalten. Und die Gemeinden in Österreich jene Stellung erhalten, die ihnen die Bürger und Bürgerinnen in der Form auch zuordnen – nämlich dass die Gemeinden die erste und wichtigste Säule dieses gesellschaftlichen Zusammenlebens sind.

Lebensminister Andrä Rupprechter im KOMMUNAL-Gespräch

„Mein Ziel ist es, Österreich sicherer zu machen“

In seiner neuen Funktion hat er viele Themenbereiche zu behandeln, von Landwirtschaft angefangen über Forstwirtschaft, die Umweltagenden bis hin zur Wasserwirtschaft. Alle Bereiche betreffen mehr denn weniger, unmittelbar denn mittelbar auch die kommunale Seite. KOMMUNAL sprach mit dem neuen Lebensminister Andrä Rupprechter.

In der Siedlungswasserwirtschaft ist derzeit ein Projektstau vorhanden, da für die Jahre 2013 und 2014 trotz Finanzbedarfs- bzw. Investitionskostenerhebung zu geringe Fördermittel vorgesehen wurden. Für das Jahr 2015 fortfolgend gibt es noch keine Regelungen hinsichtlich der bereitzustellenden Mittel zur Förderung der Siedlungswasserwirtschaft. Wie realistisch sehen Sie eine ausgewogene, der Investitionskostenerhebung entsprechende Fördermittelzusage? Wie geht es mit der Siedlungswasserwirtschaft weiter, wenn der Finanzausgleich verlängert wird?

In der Vergangenheit war es üblich, den Bundesminister zu ermächtigen, bei einer verlängerten FAG-Periode Förderungen für die Siedlungswasserwirtschaft zuzusichern.

… über die Siedlungswasserwirtschaft bei einer Verlängerung des Finanzausgleichs

Die Versorgung der Bevölkerung mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser und die Entsorgung der Abwässer bilden eine der wichtigsten Grundlagen für die Lebensqualität und den Wohlstand in allen Regionen Österreichs. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten viel investiert und werden das auch weiter tun. Die Finanzierung erfolgt durch die Finanzausgleichspartner, in den Finanzausgleichsverhandlungen wird festgelegt, in welchem Umfang jährlich Förderungen für die Siedlungswasserwirtschaft zugesagt werden können. Geplant ist, die laufende Finanzausgleichsperiode bis Ende 2016 zu verlängern. In der Vergangenheit war es in solchen Fällen üblich, den Bundesminister zu ermächtigen, weiterhin Förderungen für die Siedlungswasserwirtschaft zuzusichern. Ich gehe davon aus, dass diese bewährte Vorgangsweise beibehalten wird.

Ich werde mich weiters dafür einsetzen, dass die Ergebnisse der von Ihnen angesprochenen Investitionskostenerhebung, die von meinem Ressort zur Vorbereitung der Finanzausgleich-Verhandlungen beauftragt wurde, in die Finanzausgleichs-Verhandlungen einfließen und für die Jahre 2017 und danach entsprechende Förderungsmittel zur Verfügung gestellt werden können.

Die Klimaschutzziele, die sich Österreich gesteckt hat, sind sehr ambitioniert. Obwohl Gemeinden Vorbild- und Multiplikatorwirkung im Klima- und Umweltschutz haben, sind diesen bestehenden Förderinstrumente Gemeinden jedoch nur eingeschränkt zugänglich. In welchen Bereichen erachten Sie eine verstärkte Einbindung der Gemeinden in bestehende Förderprogramme für notwendig?

Die Förderung über Zuständigkeitsgrenzen hinaus ist leider nur sehr eingeschränkt möglich. Der Klimaschutz ist jedoch ein derart wichtiges gemeinsames Vorhaben, dass pilothaft Förderungsangebote für Gemeinden definiert wurden. In der Umweltförderung im Inland werden Gemeinden seit 2012 bei ihren Bemühungen zur Energieeffizienz oder der Umstellung auf erneuerbare Energieträger unterstützt. Gefördert wird etwa die thermische Gebäudesanierung gemeindeeigener Gebäuden. Für die Förderungsaktion stehen jährlich drei Millionen Euro zur Verfügung. Die Aktion läuft bis Jahresende, ich bemühe mich um eine Verlängerung. Die Förderung beträgt bis zu 30 Prozent der Investitionskosten, eine Beteiligung des jeweiligen Bundeslandes ist aber erforderlich. Effizienter Klimaschutz braucht tiefgreifende strukturelle Änderungen. Der Ansatz der Klima- und Energie-Modellregionen ist nur ein Baustein, aber ein tragender Baustein. Bisher wurden rund 400 Investprojekte über den Klima- und Energiefonds gefördert. Aktuell gibt es 114 Klima- und Energie-Modellregionen, in denen 1186 Gemeinden aktiv sind.

Der Schutz vor Hochwasser hat nach den jüngeren Erfahrungen eine neue Dimension bekommen. So werden an neuralgischen Punkten (z. B. Eferdinger Becken) Absiedlungen gefördert, um den Flüssen wieder mehr Platz zu geben. Ein zukunftsweisender Weg Ihrer Meinung nach?

Von meinem Ressort werden sehr erfolgreich Maßnahmen zum vorbeugenden Hochwasserschutz finanziert und umgesetzt. Österreich ist bereits sicherer geworden. Das Hochwasser im Vorjahr war dramatisch, aber die Schäden waren mit 850 Millionen Euro deutlich unter dem des Hochwassers 2002 mit mehr als drei Milliarden Euro. Alle Maßnahmen sind auf den Schutz der Bevölkerung und die Erhaltung des bestehenden Siedlungsraumes ausgerichtet.
Dabei folgen wir stets dem Grundsatz: Schutz wo nötig und Natur wo möglich. Absiedlung ist die letzte mögliche Maßnahme und erfolgt nur auf freiwilliger Basis, wenn keine anderen Schutzmaßnahmen möglich sind. Als Beispiele kann ich Schildried in Vorarlberg oder die Absiedlungen im Machland in Oberösterreich – beide als Folge der Hochwasserereignisse 2002 – anführen.

Das Thema Lawinenschutz ist auch ein für die Gemeinden sehr wichtiges. Gibt es über Verbauungen und Aufforstungen von Schutzwäldern hinausgehende Initiativen? Und vor allem: Wie sieht es mit der Finanzierbarkeit von Katastrophenschutzmaßnahmen aus?
In meiner Tiroler Heimat bedrohen Wildbäche, Muren und Lawinen die Siedlungen und Verkehrswege. Die laufende Erhaltung der Schutzbauwerke und Schutzwälder wird auch zukünftig eine Kernaufgabe des Lebensministeriums sein. Wir haben es aber auch zunehmend mit „untypischen" Naturgefahren wie Steinschlag, flachgründigen Rutschungen, Sturzfluten, Sturm oder Waldbrand zu tun. Da wir nicht immer noch mehr Geld in technischen Schutz investieren können, setzen wir verstärkt auf alternative Schutzkonzepte. Besonders wichtig ist die Informationen über alle Gefährdungszonen für die betroffenen Bürger.
Zur Finanzierbarkeit: Die Bundesregierung hat für die nächsten fünf Jahre 460 Millionen Euro zusätzlich für den Schutz vor Naturgefahren zur Verfügung gestellt. Von meinem Ressort werden pro Jahr 200 Millionen Euro investiert – also in fünf Jahren eine Hochwassermilliarde. Mein Ziel ist es, Österreich sicherer zu machen.

„Österreich muss sich so gut wie möglich auf unvermeidbare Naturkatastrophen vorbereiten und dabei auch neue Wege beschreiten. Aber man braucht auch eine gewisse Demut vor den Gewalten der Natur." Andrä Rupprechter zum Kampf gegen Naturkatastrophen.

Generell: Welche Schwerpunkte und Maßnahmen werden Sie setzen bzw. in Angriff nehmen, um der ständigen und anscheindend auch zunehmenden Gefahr von wetterbedingten Naturkatastrophen Herr zu werden?
Österreich muss sich so gut wie möglich auf unvermeidbare Naturkatastrophen vorbereiten und dabei auch neue Wege beschreiten. Aber man braucht auch eine gewisse Demut vor den Gewalten der Natur. Wer in den Bergen aufgewachsen ist, weiß, dass es immer ein Restrisiko geben wird und wie man damit umzugehen hat. Das soll jedes Kind in diesem Land lernen. Deshalb sind mir Information, aber auch gezielte Ausbildung die wichtigsten Anliegen.
Das heißt aber nicht, dass wir nichts tun müssen. Die EU-Hochwasserrichtlinie verfolgt genau diesen Ansatz: Nicht eine einzelne Maßnahme, sondern ein Maßnahmenbündel ist gefragt Dazu gehört eine angepasste Raumordnung, eine die Naturgefahren ausreichend berücksichtigende Flächenwidmung und die entsprechende Eigenverantwortung.

„Die Bundesregierung hat für die nächsten fünf Jahre 460 Millionen Euro zusätzlich für den Schutz vor Naturgefahren zur Verfügung gestellt."

Landwirtschaft und Tourismus sind derweil noch immer zwei Parallelwelten – von der Ausbildung angefangen bis zur Berufsausübung. Wird es unter Ihnen eine Annäherung dieser beiden Bereiche geben, so etwa in Form einer gemeinsamen bzw. bereichsübergreifenden Berufsausbildung zur Schaffung neuer Berufsfelder?
Dass Landwirtschaft und Tourismus zwei Parallelwelten sind, sehe ich ganz und gar nicht so. Es gibt in vielen agrarischen Schulen bereits den Schwerpunkt Tourismus. Urlaub am Bauernhof ist eine Erfolgsstory der österreichischen Landwirtschaft: mittlerweile ist jeder 7. Tourismusbetrieb in Österreich ist ein Bauernhof, österreichweit gibt es rund 10.000 entsprechende Betriebe mit rund 114.000 Gästebetten. Die Vernetzung dieser Betriebe wird immer wichtiger, sei es beim Freizeitangebot für Gäste oder mit regionalen Tourismusverbänden. Ein Vorzeigeprojekt ist hier etwa die „Käsestraße

Bregenzerwald – Genussreisen entlang der Käsestraße“. Eine gute Gesprächsbasis zwischen Landwirtschaft und Tourismus ist wichtig. Die bäuerlichen Vermieter sind mit beiden Bereichen vertraut und erfüllen hier eine wichtige Kommunikationsfunktion.
Die Ausgaben der Urlaub am Bauernhof-Gäste werden auf etwa eine Milliarde Euro jährlich geschätzt, im ländlichen Raum werden damit etwa 23.000 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert.

Aus der 2013 beschlossenen AWG-Novelle ist auch ein Bekenntnis zur Mitsprache und Mitgestaltung der kommunalen Seite ableitbar. Wird sich dieses Bekenntnis auch in der noch zu erlassenden Verpackungsverordnung wiederfinden? Welchen Stellenwert messen Sie den Gemeinden in der Abfallwirtschaft bei?
Die Verpackungsverordnung 2014 betrifft die Verkäufer von Verpackungen bzw. verpackten Waren sowie der diesbezüglichen Sammel- und Verwertungssysteme, hier sind die Gemeinden nicht betroffen. Die Gemeinden sind jedoch in den sogenannten Stakeholderdialog eingebunden. Hier sollen ökologische und ökonomische Kriterien für die Sammlung von Haushaltsverpackungen festgelegt werden. In der Folge sollen Vorgaben für die jeweiligen Sammlungen in den einzelnen Regionen erarbeitet werden.

Den derzeitigen Bestimmungen nach muss Aushubmaterial einer abfallrechtlichen Behandlung unterzogen werden. Dies verursacht viel Bürokratie und hohe Kosten. Wie stehen Sie dazu? Wird es die von vielen Seiten geforderte Abschaffung der abfallrechtlichen Behandlung von Aushüben geben?
Eines der wichtigsten Prinzipien, sowohl in der österreichischen als auch in der europäischen Abfallwirtschaft ist das Vorsorgeprinzip. Gerade bei der Verwendung von Aushubmaterial ist es wichtig, dass es zu keiner Beeinträchtigung der Umwelt, insbesondere der Böden und des Grundwassers, kommt. Daher muss nachvollziehbar sein, woher das Aushubmaterial stammt und dieses muss auch in der Regel untersucht werden, damit keine Schadstoffe verschleppt werden. Ich bekenne mich aber auch dazu, dass für nicht kontaminiertes Bodenaushubmaterial eine Abfall-Ende-Verordnung ausgearbeitet werden soll, sodass diese Materialien ohne weitere abfallrechtliche Verpflichtungen weiter gegeben und eingesetzt werden können.

„Gemeinsam mit dem BMVIT und den Ländern haben wir 30 Millionen Euro ins Programm ländliche Entwicklung investiert, und das ausschließlich in Gebieten, in denen sich der Ausbau sonst nicht gerechnet hätte.“

Im Kompetenzbereich Ihres Ministeriums gibt es einige laufende Verfahren vor dem EuGH (Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie). Können Sie uns Näheres zum Inhalt der Verfahren und zum Verfahrensstand sagen?
Im Vertragsverletzungsverfahren betreffend die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie vertritt die Europäische Kommission die Auffassung, dass die Definition der „Wasserdienstleistung“ nicht nur die „Wasserversorgung“ und die „Abwasserentsorgung“ umfasse, sondern auch bestimmte Dienstleistungen betrifft. 2011 wurden aus diesen Gründen gegen Österreich und weitere zehn Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Die Europäische Kommission hat Ende 2012 beim EuGH eine Klage gegen Deutschland eingebracht. Österreich ist als ähnlich gelagerter Fall im Verfahren gegen Deutschland explizit mitangeführt. Eine Entscheidung des EuGH im Verfahren gegen Deutschland ist noch ausständig.

Die ELER-Verordnung (siehe Wissen) **erlaubt im Rahmen des Schwerpunktes wirtschaftliche Entwicklung, Armutsbekämpfung und soziale Inklusion die Förderung des Breitbandausbaus in ländlichen Gebieten – in welchem Ausmaß wird in Österreich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden?**
Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums sieht diese Möglichkeit tatsächlich vor, übrigens bereits in der laufenden Periode. Gemeinsam mit dem BMVIT und den Ländern haben wir dazu im laufenden Programm der ländlichen Entwicklung 30 Millionen Euro investiert, und das ausschließlich in Gebieten, in denen sich der Ausbau sonst nicht gerechnet hätte. Die Frage, ob und in welchem Ausmaß der Breitbandausbau auch durch das ELER-Programm 2014 bis 2020 unterstützt wird, ist im Moment noch Gegenstand von Diskussionen.

WISSEN

EUROPÄISCHER LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)
Mit Hilfe des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums wird die Entwicklung des ländlichen Raums in der Europäischen Union unterstützt. ELER konzentriert sich auf die drei Schwerpunkte „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“, „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ und „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“.
Die ELER-Verordnung ist die rechtliche Grundlage für die als zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bezeichnete Politik für ländliche Räume Europas in den Jahren 2007 bis 2013. Parallel zu den Strukturfondsverordnungen wurde die ELER-Verordnung als weitgehend einheitlicher Programmplanungs-, Finanzierungs- und Bewertungsrahmen vorgelegt. Alle von der EU unterstützten Maßnahmen der ländlichen Entwicklung werden seit 2007 im Unterschied zur Programmplanungsperiode 2000 bis 2006 nur noch aus einer Quelle, dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), finanziert.

61. Österreichischer Gemeindetag und Kommunalmesse 2014

Gemeinden öffnen Grenzen. 1989 bis 2014

An historische Tatsachen lehnt sich der 61. Österreichische Gemeindetag 2014 am 12. und 13. Juni in Oberwart an. „Gemeinden öffnen Grenzen“ lautet das Motto, das gerade im Burgenland greifbar ist. Die burgenländischen Gemeinden bewältigten den Ansturm der tausenden „Ostler“ bravourös.

61. Österreichischer GEMEINDETAG OBERWART 2014 GEMEINDEN ÖFFNEN GRENZEN. 1989 - 2014

1989 öffneten Außenminister Alois Mock und sein ungarisches Gegenüber Gyula Horn die Grenze, damals der Eiserne Vorhang. Tausende ausreisewillige Menschen, vor allem aus Ostdeutschland, strömten über die Grenzen. Dieses Ereignis jährt sich heuer zum 25. Mal und die beiden burgenländischen Gemeindevertreterverbände setzen mit ihrem Motto diesem historischen Akt ein Denkmal.
Das Thema der Fachtagung, die in bewährter Weise am Donnerstag, 12. Juni, nachmittags stattfindet, trägt dem auch Rechnung: Zum Thema „Entwicklung der modernen Verwaltung seit der Wende“ diskutieren Zeitzeugen und Zukunftshoffnungen.
Der Gemeindetag selbst findet am Freitag, 13. 6. vormittags statt – Präsident Helmut Mödlhammer kann dabei wie jedes Jahr die Spitzen der österreichischen Politik im Kreise der zahlreichen Bürgermeister und Gemeindemandatare begrüßen.

Foto: Messe Oberwart

Die Messe Oberwart, im Vordergrund die Burgenland-Halle, wo Galaabend und Gemeindetag stattfinden werden, rechts dahinter die Hallen I und II und die etwas kleinere Mittelhalle, die die Messe berherbergen wird. Der Platz dazwischen wird als Freigelände genutzt. Alle Infos zu Messe auf **www.kommunalmesse.at**

Kommunalmesse ’14 ein würdiger Rahmen

Einen würdigen Rahmen für den Gemeindetag wird die Kommunalmesse 2014 bieten – auf zahlreiche Bitten seitens der Gemeindevertreter und der kommunalen Wirtschaft findet sie auch heuer statt.
Rund 9000 Quadratmeter Ausstellungsfläche stehen am 12. und 13. Juni zur Verfügung, damit die Kommunalwirtschaft Österreichs und des angrenzenden Auslands ihre innovativen Produkte präsentieren kann.
Die Kommunalmesse steht unter dem Motto **„Lebenswerte Gemeinden gestalten“**.
Die Gemeinden prägen unser Leben entscheidend. Und das haben sie immer schon getan – auch schon vor 1848, als Österreichs Gemeinden die Ausgestaltung erhielten, die sie heute noch auszeichnet.
Seit damals ist „die Gemeinde“ mit dem (eigenen und dem übertragenen) Wirkungskreis betraut, der sie unter anderem dazu befähigt, den Menschen eine lebenswerte Gemeinde zu gestalten.
Die Gemeinden sind Raum zur Entfaltung, Heimat und leben Werte vor. Die Verantwortlichen in den Gemeinden arbeiten jeden Tag dafür, dass sich die Bewohner wohl fühlen. Und die Wirtschaft unterstützt die Gemeinden dabei mit ihren Produkten und Dienstleistungen.
Auch 2014 kann die Wirtschaft die Kommunalmesse als Plattform nutzen, um ihre innovativen Ideen und praktischen Lösungen zu präsentieren.

KOMMUNALMESSE 2014
www.diekommunalmesse.at

Haushaltsreform: Kommunale Doppik bietet Chancen

Internationale Vergleichbarkeit mit nationaler Umsetzung verbinden

In den vergangenen drei Monaten berichtete KOMMUNAL ausführlich über die bevorstehende Haushaltsreform des Bundes und die Auswirkungen auf die Gemeinden. Die widersprüchlichen Signale, die wir aus Berichten und Interviews bekamen, ließen uns nach weiteren Antworten suchen. Sektionschef Gerhard Steger aus dem Finanzministerium präzisiert die Pläne und betonte, dass es keinen Grund zur Angst gäbe.

Hans Braun

Was wird es nun für die Gemeinden werden? Kommt ein auf kommunale Bedürfnisse zugeschnittenes Haushaltsrecht oder eine nach internationalen Standards aufgebaute Doppik - Stichwort IPSAS/EPSAS?

GERHARD STEGER: Das Finanzministerium arbeitet – wie im Regierungseinkommen festgehalten – an einer Reform der VRV, die die rechtliche Grundlage für einen einheitlichen Rechnungslegungsstandard ist. Die zugrunde liegende politische Entscheidung ist ja, und das ist aus meiner Sicht gut so, dass man die einzelnen Gebietskörperschaften untereinander vergleichen können soll, was das Rechnungswesen betrifft.
Es geht jetzt darum, das in eine Form zu bringen, die internationalen Standards – weil Sie IPSAS erwähnt haben – entspricht, soweit das sinnvoll und zweckmäßig ist.
Es ist uns aber klar, dass die Verwaltung das alles dann auch bewältigen können muss. Wir werden schon bald einen Entwurf der VRV vorlegen können. Darin werden auch die spezifischen Bedürfnisse des öffentlichen Sektors berücksichtigt sein.

Aber wir werden uns im Sinne einer nationalen und internationalen Vergleichbarkeit weitgehend an IPSAS orientieren.
In der Haushaltsrechtsreform des Bundes haben wir etwa 80 Prozent von IPSAS übernommen. Das zeigt, dass es uns nicht um eine hundertprozentige

„Wir werden schon bald einen Entwurf der VRV vorlegen können. Darin werden auch die spezifischen Bedürfnisse des öffentlichen Sektors berücksichtigt sein."

Übernahme von IPSAS geht. Wir wollen internationale Vergleichbarkeit mit nationaler Umsetzung miteinander verbinden. Insofern braucht niemand Sorge haben. Wir werden eine Form finden, die all diese Neuerungen bewältigen wird.
Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es eine Reihe massiver Vorteile der Doppik gibt. Sie gibt einfach ein komplettes Bild der finanziellen Verhältnisse der jeweiligen Gebietskörperschaft wieder. Es muss im Interesse aller sein, dass Bürgerinnen und Bürger sehen können was los ist. Und mit einer einfachen Einnahmen/Ausgaben-Rechnung sehe ich viele Dinge nicht.

Gerade in der Vermögensbewertung liegen aber oft auch die Ängste der Gemeindeverantwortlichen. Wie bewerte ich beispielsweise eine vor Jahren angelegte Forststraße?

Ein wunderbares Beispiel – ich lade alle ein, einen Blick in die **Eröffnungsbilanz des Bundes** zu werfen, die seit kurzer Zeit online auf der Homepage des BMF abrufbar ist. Dort ist nachzulesen, dass wir uns genau bei der Frage der Bewertung von Straßen oder Wegen, befestigt oder unbefestigt, an internationalen Standardwerten orientieren. Wir machen auch keine Gutachter reich, wir haben für jede Straße Vergleichswerte genommen, haben Quadratmeterpreise zu Grunde gelegt und haben dann noch unterschieden, ob der Zustand des jeweiligen Weges gut, mittel oder schlecht ist. Wir wollen einen vernünftigen, plausiblen Wert beziffern. Der Bund hat das in der Eröffnungsbilanz sehr gut gelöst. Und wir reden hier nicht von der Theorie. In der **Eröffnungsbilanz-Verordnung des Bundes** haben wir die rechtlichen Grundlagen mit pragmatischen Bewertungsmaßstäben geschaffen. Mit der Eröffnungsbilanz des Bundes haben wir hier vorbildlich gezeigt, dass es mit eigenen Ressourcen möglich ist.

Die Kriterien für diese Bewertungen stehen alle in der Eröffnungsbilanz-Verordnung des Bundes?

Richtig.

Eine weitere Sorge der Gemeinden ist, dass die Kosten für die Umstellung. für Software und Schulungen

beispielsweise, sehr hoch sein werden. Wie sieht es damit aus?
Das kann ich auch gut verstehen. Wir haben unsere Mitarbeiter/innen und Mitarbeiter/innen aus allen Ministerien in der Doppik geschult. In diesen Schulungen haben wir erklärt, worauf es ankommt und was man für Erkenntnisse aus diesen Zahlen gewinnen kann. Es ist nicht nur darum gegangen, wie man es macht, sondern auch, was der konkrete Nutzen für die Anwender ist.
Das hat wunderbar funktioniert und das Ergebnis ist jetzt im Internet. Unsere Lösung war, die Leute zu begleiten und zu unterstützen und ihnen das nötige Handwerkszeug zu geben.

Kann das Finanzministerium – etwa in Form einer Kooperation mit dem Gemeindebund – hier Hilfestellung für die Gemeinden leisten?
Als erster Schritt und als Rechtsgrundlage ist die neue VRV notwendig. Im zweiten Schritt geht es um die Umsetzung der VRV. Spätestens in dieser Phase ist es sinnvoll, über Gemeindegrenzen hinweg zu kooperieren. Da kommt den Gemeindebünden und -verbänden sicher eine bedeutende Rolle zu. Auch den Ländern kommt hier sicherlich eine unterstützende Wirkung zu und der Bund wird wie schon bisher kräftig mitarbeiten.

*Zur Eröffnungsbilanz auf **www.bmf.gv.at***

Können Sie „der Bund wird kräftig mitarbeiten“ genauer definieren?
Als erster Schritt muss die Rechtsgrundlage mit der neuen VRF geschaffen werden und hier sind wir schon sehr weit.

*Zum Gesetzestext auf **www.ris.bka.gv.at***

Abschließend noch eine Frage: Beispiele aus Deutschland zeigen, dass dort manche Kommunen die Umstellung auf die Doppik am liebsten wieder rückgängig machen würden. Macht die „österreichische Spielart der Doppik“ hier den Unterschied?
Da ich den konkreten Fall nicht kenne, nur so viel: Aus meinen vielen Deutschlandaufenthalten weiß ich, dass es dort ein sehr reges Interesse an unserer Haushaltsreform gibt sowie unsere neue Haushaltsrechtsreform international als Vorzeigebeispiel gilt.

Doppik für kleine Gemeinden eher fragwürdig

Die Frage nach dem Mehrwert wird entscheidend sein

Wie stehen Sie zur Frage, welches Buchhaltungssystem eine Gemeinde verwenden soll: Kameralistik oder Doppik?
LEOPOLD OTT: Bei der Kameralistik gibt es den sehr großen Vorteil, dass es strukturierte Informationen im Rechnungsabschluss gibt, die nahe an einer Kostenrechnung sind. Es müsste das kamerale Rechnungssystem mit einer ordentlichen Vermögensbewertung aufgewertet werden. In der Doppik ist das kein Thema, da gibt es das alles

Wenn das geklärt wäre, wäre dann eine Umstellung auf die Doppik, wie sich vom Bund verfolgt wird. notwendig?
Man müsste beachten, dass es Gemeinden verschiedenster Größenordnungen gibt. Eine größere Gemeinde mit mehr (Personal-) Ressourcen wird eine Umstellung auf die Doppik leichter schaffen als eine kleine.

Leopold Ott, Stadtamtsdirektor von Neulengbach in Niederösterreich

Welches System verwenden Sie in Neulengbach und können Sie Gemeindevermögen bewerten?
Unser System ist das GIM von der Gemdat. Und die zweite Frage: Es gibt noch keine klaren Richtlinien zur Bewertung des Gemeindevermögens. Wir orientieren uns hier an Bundesländer-Vorgaben.

War die Umstellung einfach oder eher intensiv?
Die Umstellung war schon 1996 und war relativ kostengünstig und auch bei der Schulung recht einfach, vor allem weil die Systematik gleich geblieben ist.

Die VRV Neu soll ja in den nächste Wochen in Begutachtung geben. Was erwarten Sie sich davon?
Ende Jänner gibt es eine Tagung auf Gemeindebund-Ebene, wo wir abklären und abgleichen, was die Bundesländer-Intentionen sind.

Worst Case: Was passiert, wenn der Bund sagt, es muss alles auf Doppik umgestellt werden? Womit müssten die Gemeinden rechnen?
Die Buchungsprogramme werden nicht alle die Möglichkeiten haben, die die Doppik verlangt, daher fallen jedenfalls Programmkosten an. Und es wird zu einem entsprechenden Schulungsaufwand bei den Bediensteten kommen.

Etwas, was sich für eine kleine Gemeinde mit ein, zwei Millionen Budget nicht wirklich rechnen wird.
Ja. Und vor allem geht es darum zu klären, welchen Mehrwert erreiche ich mit so einer Maßnahme wie der Umstellung auf Doppik. Und eine Doppik ohne Kostenrechnung gibt wesentlich weniger Aussagekraft als das kamerale Rechnungswesen.

Wie geht es in Niederösterreich mit dem Haushaltswesen weiter?
Ich kann nicht für Niederösterreich sprechen, aber es gibt eher die Tendenz, kameral mit entsprechenden Aufwertungen umzusetzen.
Derzeit haben wir aber eine traurige Schuldenstands-Diskussion, weil niemand – oder die wenigsten – sein Vermögen genau kennt. Man muss immer die Fremdverschuldung mit den vorhandenen Vermögenswerten vergleichen können und den Vorteil bietet die Doppik. Hier muss die Kameralistik nachbessern. Die Abbildung des Vermögensstandes im Gesetz ist zwar schon gefordert, wird bei vielen Gemeinden aber gerade erst jetzt umgesetzt. Da geht’s eben um Dinge, wie bewerte ich eine Straße.

Salzburger Gemeinden lösen die Frage nach der „Vermögensbewertung“

Man braucht die Kameralistik nur richtig anwenden

In Salzburg ist man der Frage nach der Vermögensbewertung in der Kameralistik entscheidend näher gekommen. KOMMUNAL sprach mit Herbert Schober, Finanzverwalter der Salzburger Flachgaugemeinde Grödig, über die Lösungsansätze der ARGE kommunales Vermögensmanagement Salzburg.

Wie stehen Sie zur „Glaubensfrage“ – denn das ist es manchmal ja anscheinend – Kameralistik oder Doppik?
HERBERT SCHOBER: Die Kameralistik ist ein umfassendes Buchhaltungssystem, wenn man es richtig einsetzt und verwendet. Sie wird momentan eher zu Unrecht schlecht gemacht, denn sie bildet alles ab, was man braucht – bis auf die Vermögensbewertungen. In Salzburg haben wir gerade ein Projekt laufen, wo wir das Thema Vermögensbewertung angehen. Wenn man die Kameralistik um diesen Part erweitert, ist alles vorhanden, was man von einer Buchhaltung braucht.

Ist die Erweiterung der Kameralistik in dem Punkt denn so einfach zu bewerkstelligen?
Wir erarbeiten das für die Gemeinden in Salzburg jetzt so, dass die Vermögensbewertung nach dem Wiederbeschaffungswert erfolgt. Die Gemeinden brauchen dann nur mehr das Mengengerüst eingeben. Beispiel Gebäude: Für die verschiedenen Gebäudetypen einer Gemeinde – Kindergarten, Gemeindeamt, Hauptschule – gibt es pro Kubikmeter umbauten Raum, einen Wert, und dadurch kenne ich die Errichtungskosten des jeweiligen Gebäudes genau. Das gleiche gibt es für den Kanal, für die öffentlichen Beleuchtung, wo man nur mehr die Lichtpunkte eingeben muss. Am Ende habe ich relativ einfach einen Überblick über mein Vermögen.

Wie sieht das denn aus mit Forstwegen. Welche Bewertungskriterien oder -richtlinien haben Sie da?
Die werden derzeit gemeinsam mit der Fachhochschule Salzburg (Campus Puch Urstein) erarbeitet. Noch im Jänner beginnt ein Projekt, die Bewertungsfragen sollten im Mai fertig sein.

Im Dezember 2013 wurde in der „Kleinen Zeitung“ ein Bericht veröffentlicht, dass an der FH Campus 02 in Graz an einem derartigen Katalog schon gearbeitet wird. Und der Bund hat in der „Eröffnungsbilanz des Bundes“ (siehe auch Beitrag links, Anm. d. Red.) solche Kriterien schon publiziert. Werden diese Erkenntnisse da auch verwendet?
Als wir unser Projekt gestartet haben, war die Diskussion um die Bundeshaushaltsreform und die VRV Neu noch gar nicht so richtig in Gang gekommen. Unser Ziel war, dass wir das für die Gemeinden erarbeiten. Von den rund 45 Gemeinden im Flachgau haben sich in einem ersten Schritt sechs Gemeinden bereit erklärt, das für die anderen Gemeinden des Flachgaus zu erarbeiten. In einem nächsten Schritt soll es in Zusammenarbeit mit dem Land Salzburg und dem Salzburger Gemeindeverband für alle Gemeinden in Salzburg nutzbar werden.

Laut dem Finanzministerium kommt die Umstellung auf die Doppik in Form einer „Kommunalen Doppik“. Ist das schon „in Stein gemeißelt“ oder kann sich da aus ihrer Sicht noch was ändern?
Es kommt was – und es dürfte allen bewusst sein, dass man sich dagegen nicht wehren kann. Aber man versucht jetzt, das so praxisnahe wie möglich zu gestalten. Und einige unserer Anregungen konnten wir auch schon einfließen lassen.
Also es wird was kommen, aber es wird keine so gravierende Veränderungen mit sich bringen. Außer dass die Vermögensbewertung Bestandteil sein wird. Aber das ist auch gut und richtig so, dass die auch hinein kommen ins kommunale Rechnungswesen.

„Man kann die Kameralistik so beibehalten, wie sie jetzt ist. Kostengünstig und mit relativ einfachen Arbeiten kann man eine Bilanz wie bei der Doppik daraus erstellen, kann Cash-flow-Berechnungen vornehmen.“

Bei den Immobilien-KGs müssen wir ja rückwirkend bilanzieren und da haben wir gesehen, wenn das Thema Vermögensbewertung gelöst ist, ist alles weitere relativ einfach. Wenn die Kameralistik vom Grunde her beibehalten wird – und sie richtig verwendet wird! – dann hat man eine doppische Bilanz mit einer Cash-flow-Rechnung innerhalb von ein paar Stunden. Und man kann alles abbilden, was man braucht, ohne das bestehende Buchhaltungssystem umzustellen oder zu ändern.

Sind die internationalen Standards wie IPSAS und EPSAS damit auch erreichbar? Oder anders gefragt:

Sind diese Standards für eine kleine/mittlere Gemeinde mit ein bis zwei Millionen Euro Budget überhaupt sinnvoll?
Das haben wir mit Prof. Iris Saliterer vond er FH Graz, die für den Bund die VRV- Entwürfe verfasst hat, abgeklärt. Die Normen werden erfüllt und stellen kein Problem dar. Es stellt auch die Vermögensbewertung nach dem Wiederbeschaffungswert grundsätzlich nach IPSAS kein Problem dar. Es ist viel einfacher, als wenn ich die historischen Anschaffungswerte erheben muss.

Da würden sich auch die Befürchtungen, wonach bei einer Umstellung auf die Doppik mit Kosten in sechsstelliger Höhe und Umstellungsdauer von zwei bis drei Jahren zu rechnen ist – was ja für eine Gemeinde mit einem Budget von zwei Millionen Euro ein Wahnsinn wäre – nicht bewahrheiten?
Meiner Meinung nach ist das nicht notwendig. Unser Landeshauptmannstellvertreter und Finanzlandesrat Dr. Christian Stöckl, dem wir das präsentiert haben, ist auch der Meinung, dass die Kameralistik so beibehalten werden kann, wie sie jetzt ist. Man kann mit relativ einfachen Arbeiten eine Bilanz wie bei der Doppik daraus erstellen, kann Cash-Flow-Berechnungen vornehmen – das ist dann alles kein Problem mehr. Und das alles bei relativ geringen Kosten.

Unter dem Strich: Man hat in Salzburg ein System, wo man mit wenig Aufwand für die Gemeinden in der Kameralistik, aber nach doppischen Grundsätzen, bilanzieren kann. Man bräuchte also im Endeffekt den ganzen Aufwand mit einer mehr oder weniger erzwungenen Umstellung auf ein anderes Haushaltssystem gar nicht?
Richtig. Deshalb haben wir das Dr. Stöckl auch präsentiert, weil wir eben dem Land zeigen wollten, dass es da schon was Fertiges gibt.

Und wenn das Land seinen Sanctus drauf gibt, können zumindest alle Salzburger Gemeinden das verwenden.
Das wird sich zeigen. Es gibt laufend Gespräche, wo wir unsere Buchhaltung präsentieren. Unser Ziel war jedenfalls, ein einheitliches System für alle (Salzburger) Gemeinden zu erarbeiten.
Mitte des Jahres sollten wir das Thema Vermögensbewertung abgeschlossen haben, was für unseren Ansatz, den Werterhalt des Gemeindevermögens zu gewährleisten, ganz wesentlich wäre.

„Für die Gemeinden in Salzburg erarbeiten wir die Vermögensbewertung nach dem Wiederbeschaffungswert."

Herbert Schober, Finanzverwalter von Grödig

WISSEN I

Die ARGE kommunales Vermögensmanagement Salzburg

Die ARGE bündelt die führenden Leiter der Finanzverwaltungen von engagierten Salzburger Gemeinden koordiniert von der SOT Süd-Ost Treuhand GmbH. Sie ist inhaltlich vernetzt mit dem FLGÖ, Gemeindebund und Städtebund, der Gemeindeabteilung Salzburg , Prof. Iris Saliterer (AAU, aktueller VRV-Entwurf), dem Land Kärnten und einem Gemeinde-IT-Anbieter.
Die ARGE leitet kamerale Rechnungsabschlüsse in doppische Bilanzen weiter und stimmt beide Systeme aufeinander ab. Diese Herausforderung ist inhaltlich gelöst, dutzende Male erprobt und kann jederzeit auf beliebige kamerale Haushalte übertragen werden.

WISSEN II

Die VRV

Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) regelt die Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Sie kann also als „Kontenrahmen" der Kameralistik (des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte) verstanden werden. Sie wird laufend von einem Gremium, dem VR-Komitee, an dem ExpertInnen vom Österreichischen Städtebund, Österreichischem Gemeindebund, der Verbindungsstelle der Bundesländer, dem Bundesministerium für Finanzen, der Nationalbank und der Statistik Austria mitwirken, aktualisiert und an den Anforderungen der Praxis reformiert.

EU-Vergabepaket verabschiedet

Rettungsdienste, Sektor Wasser, Kommunalkredite ausschreibungsfrei

Verträge zwischen mehreren Auftraggebern sind vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen, wenn sie gemeinsame Aufgaben im öffentlichen Interesse gemeinschaftlich erfüllen.

In der Plenarwoche vom 13. Jänner verabschiedete das EU-Parlament das lange diskutierte Vergabepaket, das aus der Revision der allgemeinen Vergaberichtlinie, der neuen Konzessionsrichtlinie und der Sektorenrichtlinie für die Bereiche Wasser, Energie, Verkehr und Postdienste besteht.
Für die Gemeinden von besonderer Bedeutung sind die Ausnahme von Rettungsdiensten und Kommunalkrediten vom Anwendungsbereich der Richtlinien, d. h. diese Dienste können ausschreibungsfrei vergeben werden. Bei den Rettungsdiensten können also weiterhin Organisationen mit starkem Lokalbezug beauftragt werden.
Lang umkämpft war auch die Ausnahme des Wassersektors von der Konzessionsrichtlinie; auch mit dieser Forderung konnten sich Kommunen und kommunale Unternehmen durchsetzen.
Interessant sind die Bestimmungen zur interkommunalen Zusammenarbeit: Verträge zwischen mehreren Auftraggebern sind vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen, wenn sie gemeinsame Aufgaben im öffentlichen Interesse gemeinschaftlich erfüllen, wobei es nicht auf die Rechtsform der Zusammenarbeit ankommt. Das heißt auch vertragliche Kooperationsformen werden privilegiert, eine Auslegung, die man sich zum Beispiel im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuerrichtlinie wünschen würde.
Die Richtlinien treten nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft, danach müssen sie binnen zweier Jahre in nationales Recht umgesetzt werden.
http://www.europarl.europa.eu

URKUNDEN-VO

Kommunale Bedenken nicht geteilt

Der Rechtsausschuss des Europaparlaments stimmte vor Weihnachten über den Berichtsentwurf des deutschen Sozialdemokraten Bernhard Rapkay zur Urkundenverordnung ab.
Dabei wurden die Bedenken zahlreicher kommunaler Verbände, darunter des Österreichischen Gemeindebundes, von der Mehrheit der Abgeordneten im Ausschuss nicht geteilt. Der Gemeindebund sprach sich u. a. dagegen aus, dass Behörden einfache Kopien oder nicht beglaubigte Übersetzungen ausländischer Urkunden akzeptieren sollten, die Abgeordneten sahen darin kein Problem.
Die Abstimmung im Plenum wird im Februar stattfinden, im Rat wird das Dossier intensiver diskutiert, Bedenken der kommunalen Ebene finden dort nach derzeitigem Stand eher Beachtung.

REGIONALPOLITIK

Verordnungen sind veröffentlicht

Am 20. Dezember 2013 wurden die Verordnungen zur Umsetzung der EU-Regionalpolitik, darunter die Rahmenverordnung mit den gemeinsamen Bestimmungen sowie EFRE- und ELER-Verordnung veröffentlicht. Die Vorschriften befinden sich damit in Kraft, die Mitgliedstaaten sollten nun möglichst bald ihre Partnerschaftsvereinbarungen mit der EU-Kommission unterzeichnen. Die Rechtsgrundlage für diese Vereinbarungen wurde am 7. Jänner von der Kommission verabschiedet. Anzumerken ist jedoch, dass die Partnerschaftsvereinbarung nicht rückwirkend gilt, d. h. bisherige Arbeiten nicht davon erfasst sind.

EU-Kommissar Johannes Hahn

Kommissar Johannes Hahn informierte Mitte Jänner darüber, dass der Kommission drei Partnerschaftsvereinbarungen offiziell übermittelt wurden, 24 Entwürfe sind bekannt. Die Kommission wird Vereinbarungen und Entwürfe eingehend prüfen und allenfalls auch Verbesserungsvorschläge unterbreiten. Er betonte, dass in diesen finalen Verhandlungsrunden Regionen und wenn möglich auch die Kommunen einzubeziehen sind.
Des weiteren rief Kommissar Hahn nochmals folgende Grundprinzipien der nächsten Förderperiode in Erinnerung:

- Keine Finanzierung isolierter Projekte, Programme müssen klar definierten Prioritäten folgen;
- Ziele sollen zu Beginn der Förderperiode feststehen;
- Ex-ante-Konditionalitäten sind vor Programmstart zu erfüllen.

http://ec.europa.eu/regional_policy

Arbeitsschwerpunkte 2014: Neue Sicherheitsstrategie INNEN.SICHER

Moderne Polizei und moderne Sicherheitsverwaltung

Die Strategie INNEN.SICHER. 2014 ist die wesentliche Handlungsanleitung für die Arbeit des Bundesministeriums für Inneres. Schwerpunkte sind neben der Bekämpfung der Kriminalität unter anderem der Kampf gegen die Cyber-Kriminalität, der Schutz kritischer Infrastruktur, die Datensicherheit und die Gesamtsteuerung Migration.

Ziel des Handlungsfeldes **Moderne Polizei und Sicherheitsverwaltung** ist es, die Außendienstpräsenz der Polizistinnen und Polizisten und deren Eigensicherung zu erhöhen, Personal zielgerichtet einzusetzen und die Verwaltungsaufgaben zu reduzieren. Das alles unter der Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten wie Infrastruktur, Topografie, Flächenausdehnung und vor allem der Erhaltung der Bürgernähe. Um dieses Ziel zu erreichen, werden in den kommenden Monaten drei Detailkonzepte ausgearbeitet: für Führungs- und Fachkarrieren, für ein modernes, flexibles Bewertungskonzept für die Polizeiinspektionen und ein Detailkonzept zur Dienststellenstrukturanpassung.

Gesamtsteuerung Migration. Die Entwicklung der Migration auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ist eine zentrale Zukunftsfrage für Österreich. Daher wird eine gesamtstaatliche Migrationsstrategie entwickelt, die Zusammenarbeit auf EU-Ebene und mit den Herkunftsländern intensiviert und das Instrument der freiwilligen Rückkehr ausgebaut.

Schutz der Verfassung und Terrorismusbekämpfung. Ziel ist es, die präventiven und repressiven Mechanismen auszubauen. Dazu werden die Ausrüstung, Ausbildung und Infrastruktur modernisiert, eine Ansprechstelle für Deradikalisierung eingerichtet und besondere bundesgesetzliche Regelungen für den Staatsschutz geschaffen.

Videoüberwachung im grenznahen Raum. In der Bekämpfung der Kriminalität wird im grenznahen Raum verstärkt Videoüberwachung zum Einsatz kommen. Eckpunkte des Projekts sind zwei wesentliche Maßnahmen: die Ausweitung des bestehenden „Kennzeichenerkennungssystems“ (KES), bei dem Kameras sofort Alarm schlagen, wenn sie ein Kennzeichen erkennen, nach dem gefahndet wird. Dieses 2005 mit drei mobilen Einheiten eingeführte System wurde 2010 in einem Pilotprojekt um zwei stationäre Einheiten erweitert und läuft erfolgreich im Kampf gegen Eigentumskriminalität: Seit 2010 sind mithilfe des Kennzeichenerkennungssystems 300 Fahrzeuge identifiziert worden, die entweder gestohlen waren oder von jemandem verwendet worden sind, der per Haftbefehl gesucht wurde. In einem weiteren Schritt soll die generelle Grenzsicherung ausgebaut werden. Das heißt, eine Videoüberwachung im Grenzraum, die automatisch „Risikofahrzeuge“ erkennt und den Polizisten meldet, auch wenn sie noch gar nicht zur Fahndung ausgeschrieben sind. Das System soll anonymisierte Fahrzeugprofile erfassen, etwa Fahrzeugart, Fahrzeugfarbe, die Region, aus der das Fahrzeug stammt, sowie Zeit und Ort der Vorbeifahrt. Kennzeichen und somit personenbezogene Daten sollen aber nicht erfasst werden. Diese anonymisierten Fahrzeugprofile können mit kriminalpolizeilichen Erkenntnissen abgeglichen werden, etwa häufig verwendete Täterfahrzeuge („Risikofahrzeuge“). Der Abgleich ermöglicht der Polizei, rasch und gezielt Kontrollen oder Schwerpunktaktionen an jenen Orten und zu jenen Zeiten anzusetzen, an denen die Erfolgswahrscheinlichkeit am höchsten ist.

Moderne Polizei: Mehr Außendienst und näher zum Bürger.

Foto: Copyright BMI

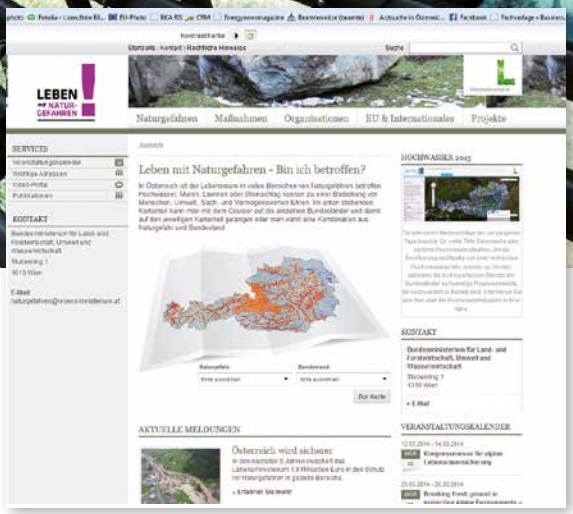
Entgeltliche Einschaltung des Bundesministeriums für Innenres

Neue Website www.naturgefahren.at informiert, berät und warnt

Österreich wird sicherer

Noch nie standen für den Schutz vor Naturgefahren mehr Mittel als im Jahr 2013 zur Verfügung. Auch die Anzahl der durchgeführten Projekte und Maßnahmen hat mit fast 2000 Projekten eine noch nie dagewesene Höhe erreicht. In den kommenden fünf Jahren werden 1,8 Milliarden Euro in den Schutz vor Naturgefahren investiert.

Foto: BMLFUW



In Österreich ist der Lebensraum in vielen Bereichen von Naturgefahren betroffen. Auf der neuen Website kann man auf der Startseite am Kartenteil mit dem Cursor auf die einzelnen Bundesländer und damit auf den jeweiligen Kartenteil gelangen oder man wählt eine Kombination aus Naturgefahr und Bundesland.

Ab 2014 werden vom Lebensministerium 200 Millionen Euro pro Jahr investiert, um Österreich mit gezielten Investitionen sicherer zu machen.
Hochwässer, Murgänge und Sturzfluten haben in den letzten Jahren große Zerstörungen mit Todesopfern und Schäden in Millionenhöhe ausgelöst. Seit der Hochwasserkatastrophe 2002 wurden 2,9 Milliarden Euro Gesamtmittel in den Schutz vor Naturgefahren investiert. Nach den Katastrophenereignissen im vergangenen Jahr wurde das Aktionsprogramm „Hochwassersicheres Österreich“ ins Leben gerufen. In den nächsten fünf Jahren wird der Bund rund eine Milliarde Euro in den Schutz der Bevölkerung investieren. Damit werden rund 1,8 Milliarden Euro an Gesamtinvestitionen ausgelöst.
Neben konkreten Investitionen in Schutzbauten sind die Gefahrenzonenplanung und die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung für Naturgefahren, Stichwort Risikobewusstsein, besonders wichtig.

Broschüre und Website

Das Lebensministerium bietet umfassende Informationen zur Eigenvorsorge als Schutz vor Naturkatastrophen in der Broschüre „Leben mit Naturgefahren“ an und stellt mit der zentralen Internetplattform **www.naturgefahren.at** alle wichtigen Informationen zu Naturgefahren für die interessierte Bevölkerung zur Verfügung.
Auf dieser brandaktuellen Website (Screenshot links) kommt man nicht nur via Mausklick zu Detailansichten in den Bundesländern. Die Seite ist auch nach Bedrohungen – Hochwasser, Lawinen, Steinschlag etc. – differenziert aufgebaut und bietet beispielsweise Übersichtskarten, welche Niederschlagsmengen zu erwarten sind und welche Gefahrenpotenziale lauern. Zusätzlich finden sich umfangreiche Materialen, Videos, Fotos und Broschüren, die die Besucher zum Thema informieren.

Mehr auf **www.naturgefahren.at**

Die Rotbuche ist der Baum des Jahres 2014

Foto: BMLFUW/Uwe Lochstampfer

Die Rotbuche ist von großer ökologischer und ökonomischer Bedeutung und wurde vom Lebensministerium gemeinsam mit dem Kuratorium Wald zum österreichischen Baum des Jahres 2014 gewählt.
Als echte Europäerin ist die Rotbuche (lat.: Fagus sylvatica) unter den weltweit vorkommenden elf Buchenarten etwas ganz besonderes. Ihr Name kommt von der leicht rötlichen Färbung des Holzes. Die Rotbuche ist in Österreich mit etwa zehn Prozent am Gesamtvorrat die häufigste Laubbaumart. Besonders stark vertreten ist sie im Wienerwald, wo sich viele Erholungsuchende an ihrer prachtvollen Erscheinung erfreuen.
Die Rotbuche ist eine Alleskönnerin. Ihr Holz wird für viele hochqualitative Produkte genutzt. Die Rotbuche wird sowohl für den Möbel- und Innenausbau als auch als Rohstoff für die Textilfaser Viskose verwendet.
Da die Fichte zunehmend zurückgedrängt werden wird, bietet sich eine Rückkehr zu einem ökologisch sinnvollen Buchen-Tannen-Mischwald an. Die Buche, welche unter wärmeren klimatischen Bedingungen gute Voraussetzungen findet, sollte hier wieder mehr zum Einsatz kommen. Die Rotbuche wurde zum Baum des Jahres 2014 gewählt, um die Aufmerksamkeit auf die große – in Zukunft noch zunehmende – ökologische und ökonomische Bedeutung dieser Baumart zu lenken. Am Internationalen Tag des Waldes am 21. März 2014 wird der Baum des Jahres vom Lebensministerium und dem Kuratorium Wald öffentlich präsentiert.

Siedlungswasserwirtschaft

Investitionskosten sind erhoben

2012 organisierte die Kommunalkredit Public Consulting im Auftrag des Lebensministeriums eine Erhebung der geplanten Investitionen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (Zeitraum bis 2022). Demnach sinken die jährlichen Investitionssummen von rund einer Milliarde Euro in den Jahren 2013 und 2014 auf rund 900 Millionen im Jahr 2015. Von 2016 bis 2018 belaufen sich die Investitionen auf ca. 720 Millionen Euro jährlich. 2019 bis 2021 sinkt der Wert weiter auf 600 Millionen.
Weiters besteht österreichweit ein hoher Investitionsbedarf, der in vielen Bezirken über 1100 Euro pro Person beträgt.

Gemeinden beim Ausbau Spitzenreiter

Österreichs Gemeinden waren mit dem Ausbau der wasserbaulichen Infrastruktur immer Spitzenreiter. So wurden seit 1960 rund 55 Milliarden Euro in die Errichtung von Trinkwasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen investiert. Aber heute sind Anlagen in die Jahre gekommen, etwa ein Drittel aller Wasserleitungen ist älter als 40 Jahre. Wenn man davon ausgeht, dass derartige Anlagen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 50 Jahren haben, so wird klar, dass die Sanierung eine der zukünftigen Herausforderung sein wird.
Die öffentlichen Förderungen ermöglichten, dass in der Vergangenheit die Wasserver- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur unter Vorschreibung zumutbarer Gebühren ausgebaut werden konnte. Ein Aussetzen der Förderungen würde Qualitätsverluste, sprunghaft steigende Gebühren und einen Verlust lokaler Wertschöpfung und lokaler Arbeitsplätze nach sich ziehen.
Detaillierte Ergebnisse der Erhebung sind als **Broschüre** auf **www.lebensministerium.at/wasser** erhältlich.

Entgeltliche Einschaltung des Lebensministeriums

Die Eröffnungsbilanz des Bundes

Der Nationalrat hat im Dezember 2007 eine umfassende Haushaltsrechtsreform beschlossen, bereits bevor die Europäische Union die Vorgaben für eine erhöhte Haushaltsdisziplin verschärfte. Die rechtliche Umsetzung erfolgte mit dem Bundeshaushaltsgesetz 2013.

Mag. Sandra Kaiser

ist Referentin in der Sektion II Budget im Bundesministerium für Finanzen.

Eine nachhaltig positive Entwicklung öffentlicher Finanzen erfordert eine möglichst ausgeprägte Klarheit über die finanziellen Konsequenzen von Entscheidungen auf politischer Ebene sowie in der Verwaltung. Aus diesem Grund wird neben der Liquiditäts- und Ressourcensicht auch eine Vermögenssicht benötigt.

Erstmalige Bewertung von bundeseigenem Vermögen

Als letzten – noch ausständigen – Meilenstein der Reform erfüllte der Bund seinen Verfassungsauftrag und erstellte eine Eröffnungsbilanz zum Stichtag 1. Jänner 2013. Damit erfolgte erstmals eine Bewertung des bundeseigenen Vermögens. Erst durch die Vermögensrechnung ist der vollständige und transparente Ausweis des Vermögens und der Schulden des Bundes möglich.

Es wurde das Ziel verfolgt, Vermögen und Fremdmittel des Bundes zur Gänze zu erfassen und dabei einen erheblichen Verwaltungsaufwand möglichst zu vermeiden. Daher wurden pragmatische Regelungen für Bewertungen von Vermögen unter sinnvoller Einbeziehung von Pauschal- und Vergleichsparametern vorgenommen. Bewertungsalternativen waren dann zulässig, wenn dennoch eine verlässliche Bewertung erfolgen konnte. Durch diese Vorgehensweise konnten teure externe Gutachten vermieden und ein verwaltungsinternes Bewertungs-Know-how aufgebaut werden.

Einheitliche Darstellung aller öffentlichen Haushalte

Basierend auf dem Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018 soll eine Harmonisierung der Rechnungslegungsvorschriften für alle öffentlichen Haushalte erfolgen, sodass es in naher Zukunft auch zu einer Darstellung der Vermögenssicht der Haushalte der Länder und Gemeinden kommen wird.

Darstellung der Mittelherkunft und Mittelverwendung

Die Aktivseite der Bilanz setzt sich aus dem lang- und kurzfristigen Vermögen zusammen und zeigt die Mittelverwendung. Die Passivseite besteht aus den lang- und kurzfristigen Fremdmitteln und dem Nettovermögen als Ausgleichsposten. Sie legt offen, woher die finanziellen Mittel stammen und gibt einen Überblick über die Verbindlich-

Eckzahlen der Eröffnungsbilanz des Bundes

AKTIVA in Euro		
A Langfristiges Vermögen		**76.102.292.902,39**
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	368.174.458,38
A.II	Sachanlagen	39.588.678.261,93
A.III	Wertpapiere und sonstige Kapitalanlagen	3.824.000.000,00
A.IV	Beteiligungen	25.189.128.452,17
A.V	Langfristige Forderungen	7.132.311.729,91
B Kurzfristiges Vermögen		**13.406.897.790,94**
B.I	Kurzfristiges Finanzvermögen	0,00
B.II	Kurzfristige Forderungen	8.499.492.321,12
B.III	Vorräte	698.836.278,74
B.IV	Liquide Mittel	4.208.569.191,08
BILANZSUMME		**89.509.190.693,33**

PASSIVA in Euro		
C Nettovermögen (Ausgleichsposten)		**-133.873.299.331,09**
D Langfristige Fremdmittel		**187.219.596.890,75**
D.I	Langfristige Finanzschulden, netto	169.702.071.074,72
D.II	Langfristige Verbindlichkeiten	14.004.805.522,87
D.III	Langfristige Rückstellungen	3.512.720.293,16
E Kurzfristige Fremdmittel		**36.162.893.133,67**
E.I	Kurzfristige Finanzierungen, netto	19.848.526.578,95
E.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten	15.931.759.970,13
E.III	Kurzfristige Rückstellungen	382.606.584,59
BILANZSUMME		**89.509.190.693,33**

Fotos: Fotolia (2), iStock (2)/BMF

keiten sowie über die weiteren zukünftigen (Vorab-)Belastungen in Form der Rückstellungen.

Die größten Positionen der Aktivseite bilden das Sachanlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Kulturgüter) sowie die Beteiligungen des Bundes (rund 180) ab.

Passivseitig hingegen stellen die eingegangenen Finanzschulden den weitaus höchsten Buchwert dar.

Die Bilanzposition Nettovermögen ergibt sich aus der Differenz der aktivierten Vermögenswerte abzüglich der Summe der passivierten Fremdmittel. Das negative Nettovermögen zeigt unverkennbar, dass die Verbindlichkeiten des Bundes deutlich höher liegen als sein Vermögen. Bei der Aussagekraft dieser Position ist festzuhalten, dass primär nicht die Höhe relevant ist, sondern vielmehr die Veränderungen im Zeitablauf.

Konsolidierungspfad muss weiter eingehalten werden

Auch wenn der Bund die Möglichkeit hat, durch künftige Maßnahmen das vorhandene, deutlich negative Nettovermögen Schritt für Schritt zu verbessern, so zeigt die derzeitige Situation doch, dass im Bemühen um nachhaltige öffentliche Finanzen nicht nachgelassen werden darf.

Die Republik Österreich orientiert sich bei der Haushaltsrechtsreform an den „International Public Sector Accounting Standards“ (IPSAS), welche fundierte, bereits international etablierte Standards darstellen. Weltweite Anfragen zeigen, dass die Fachwelt die österreichische Reform mit größtem Interesse verfolgt und sie zu einem viel beachteten Beispiel moderner Budgetsteuerung (best-practice) geworden ist.

Die Eröffnungsbilanz des Bundes im Detail samt Geschäftsbericht sowie die Kurz- und Langfassungen der Bilanzen jeder Untergliederung (sachlich zusammengehörende Einheiten des Bundeshaushaltes) finden Sie auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen unter: **www.bmf.gv.at > Budget > Haushaltsrechtsreform**.

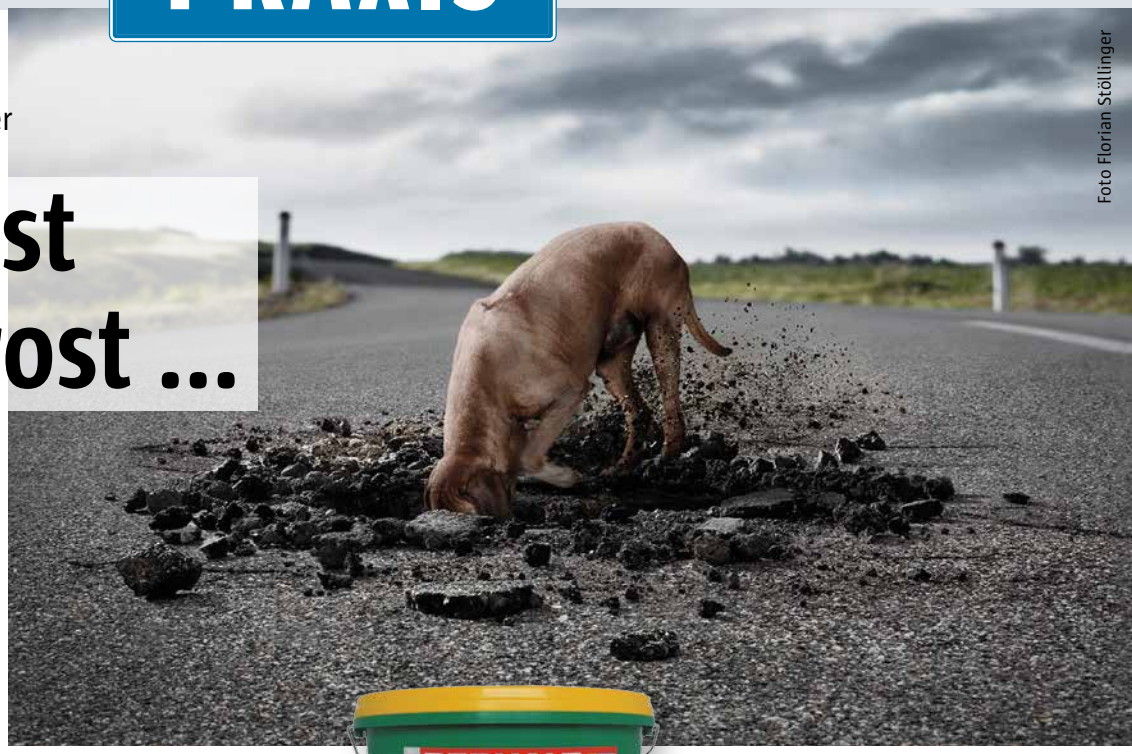


Foto Florian Stöllinger

Rephalt: Gegen Schlaglöcher

Kein Frust durch Frost ...

... oder andere Ursachen für Löcher im Asphalt. Frostschäden an Straßen entstehen speziell bei häufigen Frost-/Tauwechseln und können in Form von blasenförmigen Aufwölbungen, wenn Wasser durch eine defekte Oberfläche ins Innere eindringt, hervorgerufen werden. Bei Frost vergrößert sich das Volumen des Wassers um bis zu zehn Prozent. Schmilzt das Eis beim nächsten Sonnenschein, hinterlässt es einen Hohlraum. Wiederholt sich dieser Vorgang, werden schließlich Teile des Materials durch „Frostsprengung“ abgetrennt.
Ist die Oberfläche erst einmal aufgebrochen, schreitet der Zerstörungsprozess schnell voran, weil nun noch mehr Wasser eindringen und gefrieren kann. Dazu kommt die mechanische Beanspruchung, insbesondere durch den Winterdienst und den Verkehr. Daher vergrößert sich ein Frostaufbruch von einer Aufwölbung oder einer breiteren Fuge bis hin zu einem größeren „Schlagloch“, indem die offenen Ränder wegbrechen und sich neue Risse im Material öffnen. Ein kreisförmig aufgebrochener Straßenbelag vergrößert und vertieft sich im Laufe einiger Tage bis Wochen zu großen Schlaglöchern. Davon betroffen sind vor allem Fahrbahnen, auf denen viele Lkw unterwegs sind. Denn

die Belastung durch eine 10-Tonnen-Achse eines Lkw entspricht in etwa der von 160.000 Pkw-Achsen.
Als Sofortmaßnahme wird ein in Österreich hergestelltes Produkt, das weltweit erfolgreich ist, angewandt. „REPHALT“ aus dem Hause „Vialit“ ist ein reaktiv aushärtendes Mischgut, das hohe Anteile an NAWARO beinhaltet und die Festigkeit eines Heißasphalts erreicht.
Diese Anwendung ist nicht von kurzfristiger Dauer, da wir von einem hochwertigen Produkt sprechen und die mehr als 10-jährige Erfahrung von Gemeinden, Straßenmeistereien und div. Autobahnbetreibern „REPHALT“ ein positives Zeugnis ausstellen!
Dieses und weiter Produkte können ab Februar 2014 auch auf **www.kommunalbedarf**.at bezogen werden.

www.kommunalbedarf.at

Sitzbank: Art. Nr.: 594017
Sitzbank Silaos in Eichenoptik mit grauer Armlehne, 3-Sitzer
statt EUR 422,-
EUR 355,-

Schaukasten: Art. Nr.: 405075
Einseitiger Aluminiumschaukasten silber eloxiert für den Aussenbereich. Weiße Blechrückwand und versperrbare Flügeltür mit Sicherheitsschloß und 4 mm Plexicho Verglasung 750x1200 mm
statt EUR 385,-
EUR 325,-

Verkehrsspiegel: Art.Nr.: 958
Unzerbrechlicher Verkehrsspiegel mit 5 Jahren Garantie inkl. Universalhalterung, Abmessung 800x600 mm
statt EUR 306,-
EUR 285,-

Weltpremiere: Großbauprojekt aus Holz

Londoner Kingsgate House aus steirischen Fichten

Foto: horden cherry lee architects

Das Kingsgate House beherbergt PEFC UK und besteht zu 95 Prozent aus PEFC-zertifiziertem steirischen Holz.

Das Mitte Jänner eröffnete Londoner Kingsgate House wurde im Einklang mit der nachhaltigen Beschaffungspolitik Großbritanniens errichtet. 1092 m³ PEFC-zertifiziertes Kreuzlagenholz wurden für den siebenstöckigen Wohnbau verarbeitet. Die PEFC-Zertifizierung gewährleistet die legale und nachhaltige Herkunft des verwendeten Holzes. Die PEFC-zertifizierten Bauelemente stammen von der steirischen KLH Massivholz GmbH.
Das Kingsgate House an der King's Road im Westen von London ist ein siebenstöckiges Wohnhaus mit 43 Einheiten, errichtet aus Kreuzlagenholz. „Die PEFC-Zertifizierung eines gesamten Bauprojekts ist eine Weltpremiere", so Alun Watkins, Geschäftsführer von PEFC UK bei den Eröffnungsfeierlichkeiten des Kingsgate House nicht ohne Stolz.

www.pefc.at

Viatec 2014: Fachmesse für alpine Verkehrsinfrastruktur

Tiroler Gemeindetag begleitet Fachmesse in Innsbruck

Nachdem die Viatec 2013 in Bozen Station gemacht hat, findet sie vom 19. bis 21. Februar 2014 wieder in der Messe Innsbruck statt. Die internationale Fachmesse für alpine Verkehrsinfrastruktur beschäftigt sich mit allen Facetten des Straßen-, Brücken- und Tunnelbaus und deren Erhaltung.
Die 10. Viatec bietet einen Querschnitt über aktuelle Technologien für den Bau und die Pflege von Straßen, Tunneln und Brücken im alpinen Raum. Das reichhaltige Vortragsprogramm der Viatec 2014 zum Thema Straßenerhaltung, Lawinenschutz, Fuhrparkmanagement und Haftungsfragen wird von der Tiroler Landesbaudirektion gestaltet und verspricht auch für Gemeinden interessant zu werden.
www.viatech.org

Klima- und Energiefonds

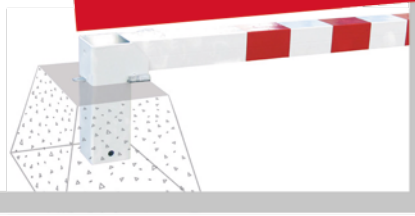
Projekt „SolarFood" demonstriert Energieeffizienz

Das Erzeugen von Wärme benötigt sehr viel Energie. Doch gerade Wärme lässt sich auf umweltfreundliche Weise herstellen – etwa durch Solarthermie, Biogas oder den Einsatz von Biomassebrennstoffen.
Das Projekt „SolarFoods" – gefördert im Energieforschungsprogramm des Klima- und Energiefonds – zeigt, wie Nahrungsmittel zukünftig energieeffizienter und CO_2-ärmer hergestellt werden können. Realisiert wurde „SolarFoods" durch die Technische Universität Wien und deren Forschungspartner AEE INTEC, TU Graz, Universität für Bodenkultur, IFA-Tulln, TechForTaste.Net und der BRAUUNION. Die Brauerei hat die Erkenntnisse des Projekts bereits umgesetzt: In Göss liefert eine Solarthermieanlage, die rund 1500 Quadratmeter Fläche umfasst, bereits die für den Brauvorgang benötigte Wärme.
www.solarfoods.at

Aktionsangebote gültig bis 28.02.2014

Fahrradständer: Art. Nr.: 207325
Fahrradständer City aus feuerverzinktem Stahl, pulverbeschichtet. Zur doppelseitigen Fahrradeinstellung.
statt EUR 325,-
EUR 295,-

Feuerwehrpfosten: Art. Nr. 204295
Klappbarer Feuerwehrpfosten (70x70 mm) aus verzinktem Stahl mit 3 roten reflektierenden Streifen und Dreikantschlüssel.
Höhe über Boden: 1 m.
statt EUR 128,-
EUR 115,-



KOMMUNALBEDARF.AT

Alles für Ihre Gemeinde
www.kommunalbedarf.at

Alle Preise exkl. MwSt. Lieferkosten auf Anfrage.
Es gelten die AGB von kommunalbedarf.at, siehe www.kommunalbedarf.at

PRAXIS

Denkmalpflege: Messe erhöht Qualitätsstandards

„Damit Stein nicht einfach zerbröselt“

Mit einer äußerst positiven Resonanz ist Mitte Jänner die zweite Monumento Salzburg zu Ende gegangen. Die internationale Denkmalpflegemesse hat sich als perfekte Plattform für den Wissens- und Erfahrungsaustausch rund um aktuelle Entwicklungen und bewährte Restaurierungsmethoden gezeigt. „Mit mehr als 180 Ausstellern aus acht Nationen, über 40 Vorträgen und rund 2400 Fachbesuchern avancierte die ‚Monumento Salzburg’ zur internationalen Drehscheibe für den Wissensaustausch im Denkmalpflegebereich und trägt so erheblich zur Steigerung des Qualitätsstandards bei“, ist der Messezentrum-Chef Dkfm. Henrik Häcker überzeugt. Die Internationalität der Messe spiegelte sich auch bei den Besuchern wider, die aus mehr als zehn Ländern nach Salzburg anreisten. Die hohe Verweildauer sprach für die Qualität der Aussteller und die Atmosphäre auf der Messe. Experten und Interessierte aus allen Teilen Mitteleuropas haben sich an den Ausstellerständen davon überzeugen können, dass es sich bei historischen Objekten zwar um eine tote Materie handelt, die Restaurierung allerdings sehr lebendig vonstattengeht. Näheres unter **www.monumento-salzburg.at**

Stein bedarf kontinuierlicher Pflege und Wartung. Sonst können Stein-Figuren im Extremfall über Nacht wie Zucker zerbröseln.

Parlamentskorrespondenz

Österreich bei Subventionen Spitze

Die Geldleistungen aller Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zur Förderung von Unternehmen und Privatpersonen machten 2012 in Österreich insgesamt 80 Milliarden Euro oder 25,7 Prozent des BIP aus. In Europa ist das ein Spitzenwert, wie die folgenden Vergleichswerte zeigen: EU-27: 19,4 Prozent, Euroraum: 20,4 Prozent, Deutschland: 18,3 Prozent. Ein Großteil der Geldtransfers, nämlich 19,1 Prozent des BIP, floss an Privatpersonen, mit einem Anteil von 6,6 Prozent am BIP lagen die Unternehmensförderungen in Österreich aber besonders hoch. Dies geht aus dem Förderungsbericht 2012 (III-36 d.B.) hervor, den die Bundesregierung kürzlich dem Parlament vorgelegt hat.

Raiffeisen-Leasing gewinnt als einziges österreichisches Unternehmen einen Leasing Life European Award 2013; hier übernimmt Mag. Roland Maslo den Preis.

Auszeichnung: Leasing Life European Award 2013

Auszeichnung in der Kategorie „Green Finance Transaction“

Im Dezember 2013 wurden zum siebenten Mal in Folge die Leasing Life European Awards, die renommierten Branchenpreise des britischen Fachmagazins „Leasing Life“, vergeben. Raiffeisen-Leasing wurde als einziges österreichisches Unternehmen ausgezeichnet. Die Begründung der Jury: „Der Gewinner dieses Preises zeichnet sich durch eine beeindruckende Zahl abgeschlossener Verträge aus und verfügt über eine weitreichende Palette an umgesetzten Projekten sowie das erforderliche Maß an Fachkompetenz, um nachhaltig erfolgreich zu sein.“ Alle Details zum Leasing Life Award: **www.leasinglife.com**

Freiraum Maxglan

Jahreskarten vom Verkehrsverbund

Die Bewohner der ersten 66 Mietkaufwohnungen, die kürzlich in die neue Wohnanlage „Freiraum Maxglan“ in Salzburg eingezogen sind, kommen in den Genuss eines innovativen Mobilitätskonzepts. Stellvertretend für die Wohnungseigentümer in den fünf Wohnhäusern, die das Salzburger Siedlungswerk (ein Unternehmen der Salzburg Wohnbau-Gruppe) am ehemaligen Struberkasernengelände errichtet hat, übergab Landesrat Hans Mayr eine SVV-Jahreskarte an Ursula Funk. Jede der 66 Wohnungen ist mit einer solchen Jahreskarte vom Salzburger Verkehrsverbund ausgestattet. Seit Sonntag stoppt neben der Autobuslinie 28 und der Obuslinie 1 nun auch die Linie 8 an der Kleßheimer Allee direkt bei der neuen Wohnanlage, in der nach Fertigstellung im Frühjahr 2014 insgesamt rund 1000 Menschen leben werden. Damit bieten die öffentlichen Verkehrsmittel den Bewohnern zu den Hauptverkehrszeiten Anschlüsse im Fünf-Minuten-Takt. Die Obus-Haltestelle wurde schon 2012 von Ludwig-Viktor-Gasse in Freiraum Maxglan umbenannt. Bereits bei der Planung der Wohnanlage wurden alle Voraussetzungen geschaffen, um den Bewohnern die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel schmackhaft und die Notwendigkeit eines Zweitautos unnötig zu machen. So stehen den Mietern ein Carsharing-System mit insgesamt fünf EMIL-Elektroautos der Salzburg AG zur Verfügung.

www.salzburg-wohnbau.at

KOMMUNALMESSE 2014

www.diekommunalmesse.at

LEBENSWERTE GEMEINDEN GESTALTEN

12.-13. Juni 2014, Messezentrum Oberwart

Im Rahmen des 61. Österreichischen Gemeindetages

- 9.000 m² Ausstellungsfläche
- mehr als 140 Aussteller aus allen Branchen
- Partner und Experten für erfolgreiche Kommunalprojekte
- Hoher Praxisbezug

KOLUMNE: PITTERS KOMMUNALTREND

Kommunale Forschung

„Forschung und Bildung sind die Grundpfeiler unserer Politik“. Wem dröhnt er nicht in den Ohren, dieser Stehsatz in Interviews, Diskussionsrunden und Sonntagsreden. Dem ist nichts hinzuzufügen, denn kein vernunftbegabter Mensch wird die Bedeutung von Forschung und Bildung bestreiten. Die wissenschaftliche Literatur definiert Forschung als die systematische Suche nach neuen Erkenntnissen unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden in geplanter Form. Dies gilt insbesondere im kommunalen Umfeld, wo besonders intensiv und praxisnah geforscht wird. In verschiedensten Disziplinen entstehen hier jene Ideen, Konzepte und Umsetzungsstrategien, die unsere Gesellschaft lebenswert und zukunftsfähig machen sollen. Doch nicht überall scheint sich diese Erkenntnis durchgesetzt zu haben. Die neue Regierung steht und man möge ihr fairnesshalber Zeit zum Umsetzen ihrer Vorstellungen geben. Doch mit der Abschaffung des Wissenschaftsministeriums scheint sie sich keinen Gefallen getan zu haben. Die Umfragen kommen zu einem eindeutigen Ergebnis: Eine klare Mehrheit der Österreicher hält es für zentral, dass Wissenschaft und Forschung im Fokus moderner Politik stehen. Nachhaltige Themen wie Forschung bringen laut Pitters® KOMMUNALTREND fast keine Unterschiede bei der soziodemographischen Analyse. Frauen sind tendenziell sensibler als Männer, Jüngere mehr als Ältere. Erwartet werden aufklärende Informationen und offene Analysen. „Stärkefelder des ländlichen Raumes sind auch durch Schwerpunkte in der Forschungs- und Innovationspolitik weiterzuentwickeln.“ So sieht es das neue Arbeitsprogramm der Bundesregierung vor. Und dem ist tatsächlich nichts hinzuzufügen.

Dr. Harald Pitters ist Trendexperte und Kommunikationsforscher
E-Mail: **office@pitters.at**
www.pitters.at

Nachhaltige Themen wie Forschung bringen fast keine Unterschiede bei der soziodemographischen Analyse.

Das neue HYPO NOE Feuerwehr-Leasing

Kostengünstige Finanzierung für unsere Lebensretter

Die Hypo NÖ Leasing hat im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung des Landes Niederösterreich den Zuschlag für einen dreijährigen Rahmenleasingvertrag zur Finanzierung von Feuerwehrautos und -geräten erhalten.
Das große Plus: Gemeinden und Feuerwehren aus NÖ können ab sofort in einem standardisierten Prozess mit kurzer Bearbeitungsdauer die Modernisierung ihres Fuhrparks und ihrer Gerätschaften kostengünstig und unkompliziert finanzieren.
„Die Idee des Feuerwehr-Leasings ist von den Gemeindevertreterverbänden gekommen. Umso mehr freuen wir uns, dass die Idee aufgegriffen wurde und jetzt umgesetzt wird“, so die Präsidenten der Gemeindevertreterverbände von VP und SP, Alfred Riedl und Rupert Dworak.

BUCHTIPP

Obsorge kompakt

Der kompakte Ratgeber informiert bereits in 2. Auflage praxisorientiert und ausführlich über das österreichische Kindschaftsrecht. Das Buch widmet sich insbesondere auch den Neuerungen, die der Gesetzgeber im Kindschafts- und Namensrechts-Änderungsgesetz 2013 veranlasste. Dieses Gesetz führte zu einer Totalreform des österreichischen Kindschaftsrechts. Das Buch bietet eine Gesamtdarstellung der Obsorge, des Rechts auf persönliche Kontakte und des Informations-, Äußerungs- und Vertretungsrechts, aber auch der verfahrensrechtlichen Besonderheiten des Pflegschaftsverfahrens. Zahlreiche Beispiele sorgen für eine praktische Veranschaulichung der Rechtslage und der Problembereiche.

Das Buch

Mag. Markus Huber/
Mag. Doris Täubel-Weinreich:
Obsorge kompakt.
Alles über das Kinderschaftsrecht.
2. erweiterte Auflage.
144 Seiten, Preis: 27 Euro.
ISBN: 9783700756439
Erschienen bei Lexis Nexis:
www.lexisnexis.at

Glasrecycling

Weiter im Wachstum

Die aktuelle Hochrechnung verspricht das beste Ergebnis seit dem Start der Altglassammlung in den 1970er Jahren. Insgesamt rund 233.000 Tonnen Verpackungsglas wurden im Jahr 2013 recycelt und zu neuen Glasverpackungen. Das Non-Profit- Unternehmen Austria Glas Recycling steuert das ausgefeilte System, das von Österreichs Kommunen und Entsorgungswirtschaft laufend angepasst wird. Dr. Harald Hauke, Geschäftsführer der Austria Glas Recycling GmbH: „Ein System, das kaum besser sein könnte, liefert dennoch alljährlich neue Rekordergebnisse. Unsere Grundpfeiler sind ein hohes Maß an Wirtschaftlichkeit, laufende

233.000 Tonnen Verpackungsglas wurden 2013 recycelt.

Optimierungen, der Schutz unserer Umwelt sowie nachhaltiges Handeln. Im internationalen Vergleich liegen wir im Spitzenfeld.“

INFORMATION

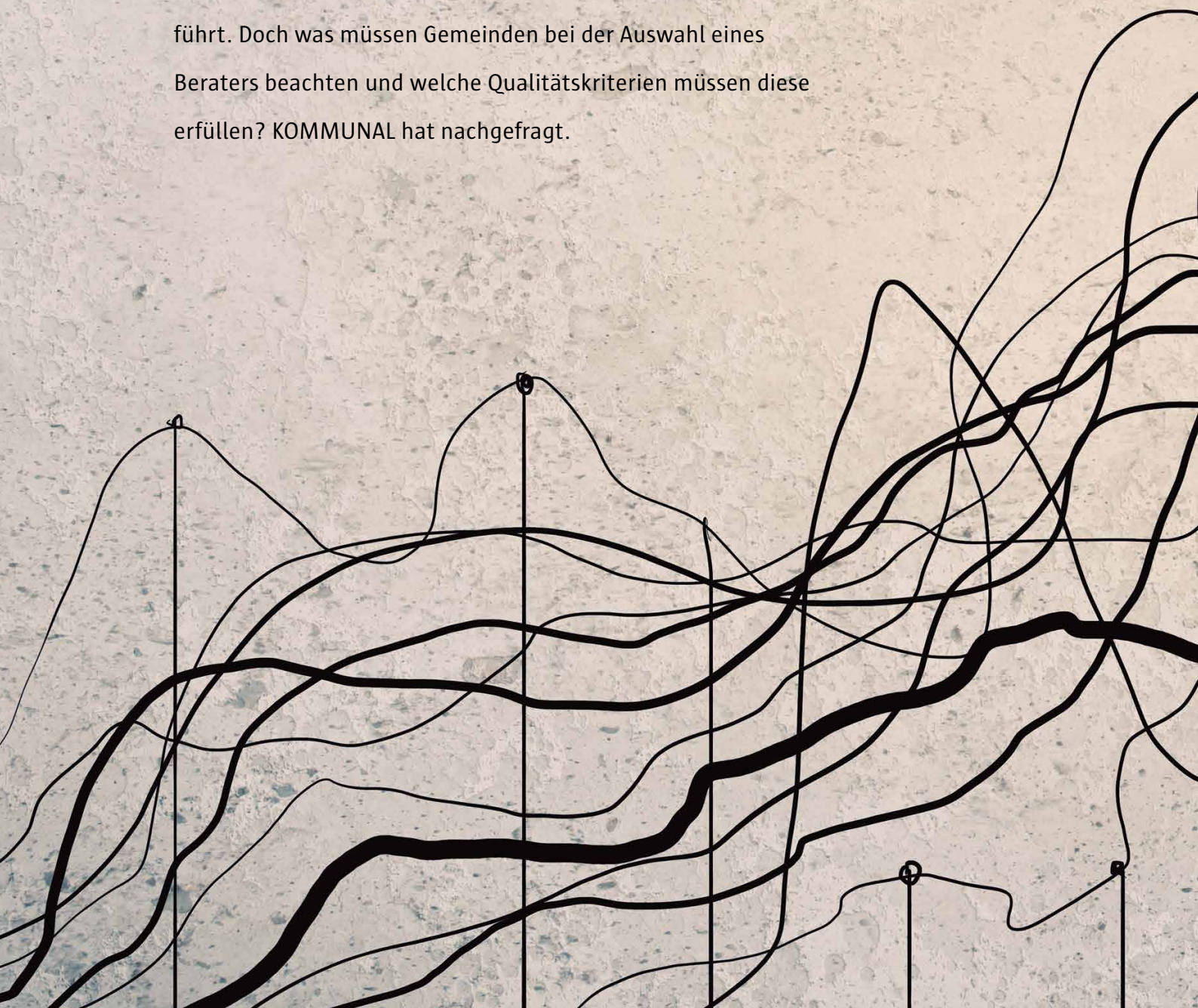
Austria Glas Recycling GmbH
Monika Piber-Maslo
Obere Donaustraße 71
1020 Wien
E-mail: piber-maslo@agr.at
www.agr.at

Entgeltliche Einschaltung

Consultingdienstleistungen in Gemeinden

Gut beraten

Immer mehr Projekte werden mittlerweile in Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Consultingunternehmen durchgeführt. Doch was müssen Gemeinden bei der Auswahl eines Beraters beachten und welche Qualitätskriterien müssen diese erfüllen? KOMMUNAL hat nachgefragt.



Berater mit Fachwissen und guter Branchenkenntnis helfen Gemeinden dabei, die gewünschten Ergebnisse zu erzielen.

Foto: DOC RABE Media/fotolia

Consulter unterstützen bei der strukturierten Umsetzung von ideen.

Katharina Lehner

Gemeinden müssen ihre Verwaltung auf moderne Beine stellen und Arbeitsprozesse möglichst effizient gestalten. Auf der anderen Seite muss sich die Gemeinde als Wohn- und Wirtschaftsstandort stets weiterentwickeln. Aufgrund dieser stets komplexer werdenden Anforderungen ziehen immer mehr Gemeinden den Rat von Unternehmensberatern hinzu.

Entscheidend sind das fachliche Know-how und dass der Berater maßgeschneiderte Lösungen anbietet.

Alfred Harl, MBA CMC, Obmann des Fachverbandes Unternehmensberatung, Buchhaltung, IT

Diese begleiten Gemeinden bei der Umsetzung von Projekten beispielsweise in der Organisationsentwicklung, im Personalmanagement, bei E-Government und Softwarelösungen, aber auch beim City- und Stadtmarketing bzw. der Standortentwicklung – um nur einige Beispiele zu nennen. Doch wie finden Gemeinden einen passenden Unternehmensberater und welche Qualitätsmaßstäbe sollte dieser erfüllen? KOMMUNAL fragte bei Alfred Harl MBA CMC, Obmann des Fachverbandes Unternehmensberatung, Buchhaltung und Informationstechnologie (UBIT) bei der Wirtschaftskammer Österreich nach.

Fachwissen entscheidet

Am Beginn eines jeden Consultingprozesses muss eine möglichst genaue Ausschreibung stehen, bei der sowohl der Auftrag als auch das Projektziel genau definiert werden. Somit können die Berater auf diese Ausschreibung hin möglichst treffsichere Rohkonzepte präsentieren. In einem zweiten Schritt muss der passende Unternehmensberater gewählt werden. Laut UBIT-Obmann Harl ist dabei weniger entscheidend, ob der Berater Erfahrungen in der Arbeit mit Gemeinden aufweist, sondern ob er Fachwissen auf dem gefragten Gebiet besitzt: „Entscheidend sind das fachliche Know-how, die Branchenkenntnis, die Umsetzungskompetenz und dass der Berater maßgeschneiderte Lösungen anbietet.“
Auf der Homepage der Wirtschaftskammer Österreich können Gemeinden im **„Firmen A-Z“ firmen.wko.at** gezielt nach Anforderungen und Themengebieten filtern. So kann man in der Suchmaske beispielsweise nach „Gemeinden“ und „Qualitätsmanagement“ suchen und anschließend einen Berater aus der Region wählen. Des Weiteren gibt es auf der Homepage des UBIT-Fachverbandes WKO-Expertengruppen zu Themen wie e-Government, IT Security, Bonitätsmanagement und Controlling, Wirtschaftstraining und andere Themenfelder.

Qualitätssicherheit

„Gemeinden sollten sicher sein, dass der Unternehmensberater auf dem letzten Stand ist“, so

Harl. Bei Unternehmensberatern gibt der Titel CMC (Certified Management Consultant) Sicherheit, dass die fachliche Kompetenz vorhanden ist. CMC ist ein Zertifikat des „International Council of Management Consulting Institutes“ (ICMCI) und somit ein internationaler Beratertitel, der in etwa 50 Ländern weltweit anerkannt ist. Berater müssen hierfür ein Hearing unter vier Experten bestehen. Österreichische Berater, die dieses Zertifikat erlangt haben, finden sich auf der Seite www.cmcmastersclub.at. Auch laufende Fortbildung ist ein wichtiges Qualitätskriterium. Die „incite“-Akademie ist die Qualitätsakademie des UBIT-Fachverbandes und bietet neben CMC auch weitere Zertifizierungen, Lehrgänge und Seminare an.

Österreichische Beraternorm international top

Unternehmensberatungsdienstleistungen sind in Österreich mit der ÖNORM EN 16114 normiert. Diese Norm wurde in der österreichischen Branche aus der Initiative des ICMCI, europäischer Normungsinstitute und des UBIT entwickelt. Mittlerweile ist sie eine europäische Norm und soll nun weltweit als ISO-Standard eingeführt werden. „Österreichs Beraterstandard zählt weltweit zu den höchsten. In Amerika fragen sie mich, wie wir das in Österreich machen“, erzählt Harl.
In der Norm sind allgemeine Grundsätze für die Berater, das Phasenmodell der Beratungstätigkeit sowie die Inhalte der einzelnen Phasen dargestellt. Ziel war es, den Best-Practice-Beratungsprozess sowie eine Checkliste für Qualitätssicherung und Prozessmanagement in den Beratungsprozessen festzuschreiben.
In der Angebotsphase soll ein Angebot gestellt und anschließend ein Vertrag zwischen dem Beratungsunternehmen und dem Klienten abgeschlossen werden. In der zweiten Phase, der Durchführung, ist das Ziel, die im Vertrag vereinbarten Leistungen umzusetzen. Eine fortlaufende Evaluierung ist Kernbestandteil des Prozesses. Der Zweck der Abschlussphase ist sinngemäß ein ordnungsgemäßer Abschluss des Beratungsprojekts sowie eine Evaluation und Kommunikation offener Punkte.

Pfiffige Ideen in Mank

In der Stadtgemeinde Mank im niederösterreichischen Mostviertel wurde bereits vor 15 Jahren ein Stadtmarketing-Projekt angestoßen. Federführend beteiligt ist der Stadtmarketing-Verein. Anfangs wurde eine Beraterfirma als fachliche Unterstützung hinzugezogen, schildert Ehrenobmann Johannes Zimola gegenüber KOMMUNAL. Hilfreich waren besonders die Einblicke in das Prozessmanagement, der kritische Blick von außen und die laufende Begleitung. Zahlreiche kreative Initiativen sind in den letzten 15 Jahren entstanden. Auf die Bewusstseinsbildung wurde besonders Wert gelegt. Der Verein überlegte sich, wie man den Bürgern vermitteln kann, welch positive Auswirkungen ihr Engagement auf das Gemeindeleben hat. So entstand das weit über die Gemeindegrenzen hinausgehende „Märchen von Fiffikus“, das in den Köpfen aller Bewohner fest verankert ist.

Qualitätskriterien auf einen Blick

- **CMC = Certified Management Consultant:** Das CMC-Zertifikat wird von der „International Council of Management Consulting Institutes“ (ICMCI) verliehen und steht für internationale Qualität
- **„incite“-Akademie:** Qualitätsakademie des WKÖ-Fachverbandes für Unternehmensberatung, Buchhaltung und Informationstechnologie www.**incite.at/ausbildung/**
- **Önorm EN 16114**: Unternehmensberatungsdienstleistungsnorm (nähere Informationen im Kasten rechts)

WISSENSWERT

Die Önorm EN 16114

In der Önorm EN 16114 sind Grundsätze und Prozesse der Unternehmensberatungsdienstleistungen festgeschrieben. Unternehmensberatungsdienstleistung (MCS: management consultancy services) sind definiert als „Zusammenstellung multidisziplinärer geistiger Arbeiten im Bereich der Managementtätigkeiten mit dem Ziel, Werte zu schaffen oder Veränderungen zu fördern, indem Beratung oder Lösungen bereitgestellt werden oder indem Maßnahmen getroffen werden oder indem abzuliefernde Leistungen hergestellt werden“.

Grundsätze:
- Grundlegende Rahmen (Verweis auf allgemeine Gesetze und rechtliche Rahmenbedingungen)
- Kommunikation (Bedeutung der Kommunikation)
- Ethische Prinzipien (Verhaltensregeln, Leitlinien, Werte)
- Soziale Verantwortung
- Fähigkeiten (des Unternehmens und seiner Mitarbeiter)
- Qualitätssicherung (bei Bedarf soll ein Qualitätsplan zur Identifizierung von Problemen und Risiken vorgelegt werden)
- Garantien (etwaige Garantieansprüche müssen ausgehandelt und vereinbart werden)
- Gesundheit und Sicherheit

3 Phasen
1) Angebotsphase:
- Ziel ist, ein Angebot zu stellen und einen Vertragsabschluss zwischen Beratungsunternehmen und ihrem Klienten.

2) Durchführungsphase
- Ziel ist es, die im Vertrag vereinbarten Leistungen umzusetzen und laufend zu evaluieren.

3) Abschlussphase
- Ziel ist ein ordnungsgemäßer Abschluss des Beratungsprojekts und die Kommunikation noch offener Punkte.

Informationen zur Norm finden Sie auf der Homepage des WKÖ-Fachverbandes Unternehmensberatung, Buchhaltung und Informationstechnologie (UBIT). **www.wko.at**

Bauernfeind – Qualitätsrohre aus Oberösterreich

PP-Glatt-Rohre/Drän made in Waizenkirchen

Bauernfeind ist der einzige österreichische Hersteller von Doppelverbundwellrohren aus Polypropylen bis zu einem Durchmesser von 1200 mm.

Als Hersteller von Qualitätsrohren sind wir ständig bemüht, unseren Kunden ein innovatives und qualitativ hochwertiges Rohrsystem anzubieten. Aus diesem Grund wurde auch heuer viel Zeit und Geld in die Entwicklung und Fertigung der neuen Spritzguss-Formstücke investiert, damit sich das Unternehmen auch weiterhin im Rohrsektor stark behaupten kann.

Produktneuheiten PP-Glatt-Rohr/Drän

Ab Frühjahr 2014 produzieren wir in unserem Werk in Waizenkirchen, PP-Glattrohre und Dränagen. Diese sind mit den Ringsteifigkeiten SN12 und SN16 in den Durchmessern 110 bis 630 mm erhältlich. Diese Produkte sind für den öffentlichen Kanalbau zugelassen und eignen sich daher optimal als Schmutz- und Mischwasserkanal. Passend dazu bieten wir Ihnen ein breites Sortiment an Zubehörteilen wie Bögen, Abzweigern uvm. aus der eigenen Spritzgussproduktion an.
Rohre und Dränagen können mit denselben Formstücken verbunden werden, wodurch weniger Lagerartikel und geringere Kosten anfallen.

Sonderbau/Schächte

Um Rohr- und Dränageleitungen zu sammeln oder ein starkes Gefälle ausgleichen zu können, eignen sich unsere PP-MEGA-Schächte hervorragend. Diese werden nach den jeweiligen Anforderungen gefertigt. Es können beliebig viele Anschlüsse in unterschiedlichen Materialien und mit unterschiedlichen Durchmessern an jeder Position des Schachtrohres angeschlossen werden.

Wir produzieren PP-MEGA-Rohre und -Dränagen in den Ringsteifigkeitsklassen SN8, SN12 und SN16 mit den Durchmessern 100 – 1200 mm.
Unsere Rohre sind ÖNORM EN 13476-3 geprüft und zeichnen sich durch Ihre hohe Qualität und lange Lebensdauer aus.

INFORMATION

Nähere Informationen zu unseren Produkten erhalten Sie durch unsere geschulten Mitarbeiter unter
07277/2598
oder Sie besuchen uns im Internet unter
www.bauernfeind.co.at.

Entgeliche Einschaltung

BUCH-TIPPS

Gemeinderecht für Praktiker

Jeder wohnt in einer Gemeinde, kennt ihre Einrichtungen und vielfältigen Aufgaben – aber wie ist das rechtlich geregelt? Dieser Ratgeber zeigt inhaltlich fundiert, aber dennoch leicht lesbar die rechtlichen Grundlagen für den Alltag in der Gemeinde auf:

- Was ist eine Gemeinde, welche Aufgaben hat sie?
- Zuständigkeit der Gemeindeorgane, wichtigste Prinzipien der Verwaltung
- Wie wirtschaftet und finanziert sich eine Gemeinde?
- Wer kontrolliert die Gemeinde und wer haftet wofür?
- und vieles mehr!

10 Illustrationen zeigen „das wahre Leben“ am Gemeindeamt. Mit Hinweisen auf die Bestimmungen aller Bundesländer, insbesondere Steiermark und Kärnten.

Das Buch

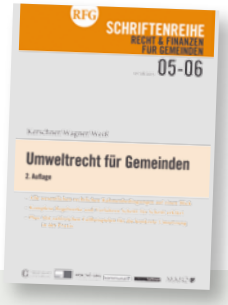
Martin Haidvogl: Gemeinderecht für Praktiker.
216 Seiten, flexibler Einband.
ISBN: 978-3-214-03810-6
Preis: 18,80 Euro
Erschienen 2013 im Verlag MANZ’sche Wien.
www.manz.at

Umweltrecht für Gemeinden

Das Umweltrecht ist ein weites Feld. Nun gibt es im Zuge der RFG-Schriftenreihe eine Neuauflage dieses wichtigen Informationsbandes.

Die Autoren Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Kerschner, Univ.-Prof. Dr. Erika M. Wagner und Sen. Sc. Dr. Rainer Weiß haben bereits 2004 eine RFG-Schriftenreihe zu diesem Thema verfasst. Aufgrund der zahlreichen Neuerungen gibt es nun eine Neuauflage dieses Doppelbandes.

Die Autoren wollen mit ihrem „Werk“ einen leicht verständlichen, gemeindeorientierten Einblick in das Umweltrecht geben. Anhand von elf Beispielfällen werden Möglichkeiten aufgezeigt.



Das Buch

Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Kerschner, Univ.-Prof. Dr. Erika M. Wagner, Sen. Sc. Dr. Rainer Weiß: Umweltrecht für Gemeinden.
2. Auflage, 124 Seiten.
ISBN: 978-3-214-14521-7
Die Schriftenreihe „Recht und Finanzierung für Gemeinden“ (RFG) wird allen Gemeinden kostenfrei zugestellt. Download:
www.kommunalnet.at
www.gemeindebund.at
zum Download.

Baumpflege vom Maschinenring

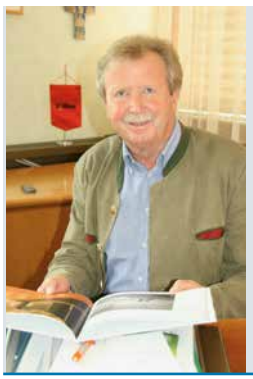
Sicherheit geht vor

Immer mehr Gemeinden gehen in Sachen Baumpflege auf Nummer sicher: Für Schnitt und Monitoring der Bäume beauftragen sie die Profis vom Maschinenring. Das bringt nicht nur gepflegte und gesunde Bäume, sondern auch Rechtssicherheit.

Kein Baum zu hoch, kein Ast zu weit: Die Baumpfleger des Maschinenrings beherrschen die richtigen Schnitt- und nötigen Klettertechniken.

In der Kärntner Stadtgemeinde Althofen reichte ein Windstoß: Ein vom Baum fallender Ast beschädigte ein parkendes Auto. Für den Bürgermeister von Althofen, Manfred Mitterdorfer, war nach diesem Vorfall klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Denn laut § 1319 ABGB haften Eigentümer – im öffentlichen Raum häufig die Gemeinde – für alle Schäden, die umstürzende Bäume oder herabfallende Äste verursachen.

Die Stadtgemeinde beauftragte den regionalen Maschinenring Gurk mit der Durchführung von Baumpflege und -sicherungsarbeiten. „Der Maschinenring war bereits im Bereich Winterdienst und in der Landschaftspflege für uns tätig, da war es nur logisch, ihn auch mit den notwendigen Baumpflegemaßnahmen zu beauftragen“, so Bürgermeister Mitterdorfer.
Nach eingehender Begutachtung des Baumbestandes führten die Baumspezialisten des Maschinenrings im Verlauf des Herbstes 2013 Arbeiten an 160 Bäumen durch. Bürgermeister Mitterdorfer betont: „Es hat alles zu unserer vollsten Zufriedenheit geklappt und nun stehen wir auch rechtlich auf der sicheren Seite.“



Es hat alles zu unserer vollsten Zufriedenheit geklappt und nun stehen wir auch rechtlich auf der sicheren Seite.

Manfred Mitterdorfer, Bürgermeister von Althofen

Nach eingehender Begutachtung des Baumes entscheidet der Baumpfleger, welche Äste entfernt werden müssen.

Haftungsübernahme durch den Maschinenring

Die regionalen Maschinenringe sind erster Ansprechpartner der Gemeinden für eine professionelle Baumpflege. Die qualifizierten Baumpfleger und Baumkontrolleure des Maschinenrings sind bei einschlägigen Rechtsnormen ebenso sattelfest wie in der Baumbiologie und bringen das nötige Spezialgerät selbst mit. Sie beherrschen die richtigen Schnitttechniken und führen sie mittels seilunterstützter Klettertechnik und Hebebühnen auch unter schwierigen Bedingungen durch.

In einem Baumkataster werden alle Bäume und ihr jeweiliger Zustand erfasst und in weiterer Folge regelmäßig kontrolliert. So bürgt der Maschinenring für die Gesundheit und Sicherheit von Ahorn, Birke, Eiche & Co. und übernimmt auch die Haftung für den von ihm gepflegten Baumbestand.

INFORMATION

Maschinenring Österreich
Tel.: +43 (0) 59060-900
Mail: oesterreich@maschinenring.at
www.maschinenring.at

Entgeltliche Einschaltung

Neues Abfallwirtschaftsgesetz und Verpackungsverordnung 2014

Die Verpackungssammlung bringt wesentliche Neuerungen

Die Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes (AWG) und die neue Verpackungsverordnung 2014 bringen ab 1. Jänner 2015 wesentliche Neuerungen für Sammlung und Verwertung von Verpackungen. Gemeinden, Städte und Abfallverbände sind davon auch massiv betroffen.

Eine der Fragen, die sich dem Betrachter der Materie primär stellen, ist die nach dem Grund der Neuregelung. Wozu braucht es also eine Neuregelung der Verpackungssammlung? Dazu Werner Knausz, Vorstand der ARA AG: „Das Stichwort heißt Wettbewerb im Markt für Haushaltsverpackungen. Als Voraussetzung, dass neben den bestehenden Sammel- und Verwertungssystemen zukünftig weitere Anbieter auf den Markt kommen können, mussten einige rechtliche Grundlagen geschaffen werden."

Die Gemeinden müssen nun genau aufpassen, wie neue Anbieter die Aufgabe lösen wollen und sie werden gut daran tun, sich die Konzepte genau anzuschauen.

Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Präsident

Künftig werden also auch im Haushaltsbereich mehrere Sammel- und Verwertungssysteme die Entpflichtung von Verpackungen anbieten. Für diesen Wettbewerb war es unter anderem notwendig, eine klarere rechtliche Abgrenzung von Haushalts- und Gewerbeverpackungen zu schaffen und die Kontrolle weiterhin aufrecht zu erhalten. Auch künftig sollen die hohe Bequemlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger und die gut ausgebaute Infrastruktur für die Verpackungssammlung erhalten bleiben. Knausz: „Eine der Prämissen bei der Neuregelung war es, die hohe Sammelbereitschaft der BürgerInnen, deren umfangreiche Information und das dichte Entsorgungsnetz keinesfalls zu gefährden. Denn gemeinsam mit unseren Partnern in den Kommunen und der privaten Entsorgungswirtschaft haben wir in den vergangenen 20 Jahren Österreich europaweit ins Spitzenfeld bei der Sammlung und Verwertung von Verpackungen gebracht. Die ARA wird auf einer partnerschaftlichen Basis mit Kommunen und Entsorgern auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass das Verpackungsrecycling in Österreich auf höchstem Niveau betrieben wird."

Bis 2017 werden die regionalen Sammelsysteme wie bisher zwischen Gemeinden, Städten und Abfallverbänden und den bestehenden Sammel- und Verwertungssystemen ARA, AGR und Ökobox abgestimmt. Für die bundesweite Neuausrichtung der getrennten Sammlung hat das Lebensministerium zu einem sogenannten Stakeholderdialog eingeladen. Teilnehmer daran sind Vertreter der Sozialpartner, der Bundesländer, des Städtebundes, des Gemeindebundes, der Entsorgungswirtschaft, der Sammel- und Verwertungssysteme, von NGOs und der neuen Verpackungskoordinierungsstelle. Darauf aufbauend

wird das Lebensministerium voraussichtlich bis 2016, die grundsätzlichen Vorgaben für die bundesweite Ausgestaltung der Sammlung ab 2018 in einer eigenen Verordnung treffen.

Und die kommunale Sammlung?

Die Novelle hat natürlich auch Auswirkungen auf die Kommunen, die für die regionale Organisation verantwortlich zeichnen. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer: „Wie bisher müssen die Gemeinden berechenbare Lösungen anstreben. Die Zusammenarbeit mit der ARA war in vielerlei Hinsicht gut. Die Gemeinden müssen nun genau aufpassen, wie neue Anbieter die Aufgabe lösen wollen und sie werden gut daran tun, sich die Konzepte genau anzuschauen. Die Kommune hat nichts davon, sich rasch einen Billiganbieter zu nehmen, eine Prüfung auf Nachhaltigkeit ist angesagt. Es wäre auch nicht gut, wenn ein billiger Anbieter in ein oder zwei Jahren nicht mehr existiert – die Gemeinden sollten sich unbedingt die Qualität der Anbieter ansehen.“
Die AWG-Novelle untersagt die sogenannte Duplizierung von Sammeleinrichtungen. Bestehende kommunale Sammeleinrichtungen (z. B. Altpapiersammlung, öffentlich zugängliche Altstoffsammelzentren und die Sammlung der gemischten Siedlungsabfälle) sind also durch die Sammel- und Verwertungssysteme zu berücksichtigen. Sammel- und Verwertungssysteme für Haushaltsverpackungen dürfen somit keine eigenen neuen Sammeleinrichtungen aufbauen, sondern müssen die regional vorhandene Sammlung mitbenutzen. Das umfasst sowohl die bestehende getrennte Verpackungssammlung von ARA, AGR und Ökobox als auch die Altstoffsammelzentren sowie die Altpapier- und Restmüllsammlung der Kommunen. Sammel- und Verwertungssysteme haben die Sammelmengen je Sammelkategorie (das sind Papier-, Glas-, Metall- und Leichtverpackungen) entsprechend ihrem monatlichen Marktanteil an definierten Übergabestellen zu übernehmen und sind danach für Sortierung und Verwertung dieser Mengen verantwortlich. Und auch die Verrechnung wird auf neue Beine gestellt. Mit der Novelle bleibt die Mitbenutzung auf Gemeindeebene (§ 29c AWG) weiterhin möglich, wobei ein Sammel- und Verwertungssystem eigene Verträge mit allen Gemeinden, Städten und Abfallverbänden sowie den betroffenen Entsorgern über die Mitbenutzung der bestehenden Sammlung abschließt. Die Verrechnung erfolgt durch die Kommunen und Entsorger monatlich zu den jeweiligen Marktanteilen direkt an die Systeme. Ein Vorteil für Gemeinden?
Mödlhammer: „Es hat alles seine Licht- und Schattenseiten. Das Licht wäre, dass wir neue Möglichkeiten haben, Verträge abzuschließen, weil das Angebot verbreitert wurde. Auf der anderen Seite ist Eigenverantwortung gefragt und die Entscheidungsfähigkeit in den Kommunen steigt. Damit steigt aber auch der Verwaltungsaufwand.“

Eine der Prämissen bei der Neuregelung war es, die hohe Sammelbereitschaft der BürgerInnen, deren umfangreiche Information und das dichte Entsorgungsnetz keinesfalls zu gefährden.

Werner Knausz, Vorstand der ARA

FAQ: Was AWG-Novelle 2013 und Verpackungsverordnung 2014 bringen

WIE WERDEN VERPACKUNGEN IN ZUKUNFT GESAMMELT?
Wichtig ist: Es soll sich für die Bürgerinnen und Bürger möglichst wenig ändern. Dennoch gibt es Optimierungspotenziale, die genützt werden sollen. Außerdem soll die Verpackungssammlung regional möglichst vereinheitlicht werden.

WAS GESCHIEHT MIT DER KOMMUNALEN SAMMLUNG?
Bestehende kommunale Sammeleinrichtungen sind durch die Sammel- und Verwertungssysteme zu berücksichtigen.

WAS BEDEUTET UND WIE ERFOLGT „MITBENUTZUNG“?
Die AWG-Novelle untersagt die sogenannte Duplizierung von Sammeleinrichtungen.

ZWEI FORMEN DER MITBENUTZUNG SIND AB 2015 MÖGLICH:

► Bei der **Mitbenutzung auf Systemebene (§ 30 AWG)** schließt ein Sammel- und Verwertungssystem einen Vertrag mit einem bestehenden System und erlangt dadurch in einem Schritt die bundesweite Flächendeckung. Für die Gemeinden und Entsorger ändert sich bei dieser Form der Mitbenutzung nichts.

► Bei der **Mitbenutzung auf Gemeindeebene – „Direktverträge“ (§ 29c AWG)** schließt ein Sammel- und Verwertungssystem eigene direkte Verträge mit allen Gemeinden, Städten und Abfallverbänden sowie den betroffenen Entsorgern (Sammlern) über die Mitbenutzung der bestehenden Infrastruktur und die Sammlung ab. Bei der Mitbenutzung über Direktverträge müssen bundesweit alle Kommunen und Entsorger Verträge mit den neu hinzukommenden Systemen abschließen und monatlich die Leistungen direkt mit allen betroffenen Systemen zu den jeweiligen vom Lebensministerium veröffentlichten Marktanteilen abrechnen.

Kommunen und Entsorger sind laut AWG zum Vertragsabschluss und zur Gleichbehandlung verpflichtet. Preisunterschiede sind nur möglich, wenn sie sachlich gerechtfertigt sind. Sammelmengen sind im Verhältnis der Marktanteile an die Systeme zu übergeben.

WER IST KÜNFTIG MEIN ANSPRECHPARTNER BEI DEN SAMMEL- UND VERWERTUNGSSYSTEMEN?
Für 2014 bleibt alles wie gewohnt. Ab 2015 ist davon auszugehen, dass neue Sammel- und Verwertungssysteme für Haushaltsverpackungen die bestehenden Systeme von ARA, AGR und Ökobox auf eine der beiden möglichen Formen mitbenutzen werden. Die Abstimmung der regionalen Sammelsysteme erfolgt auch dann bis Ende 2017 weiterhin mit den RegionalbetreuerInnen von ARA, AGR und Ökobox. Für die Zeit ab 2018 ist eine Neuausschreibung vorgesehen.

Weitere Informationen:
www.ara.at/awg2013

Schnell, zuverlässig und kostensparend

Innovative Leistungen für Österreichs Gemeinden

Die Österreichische Post AG bietet den Gemeinden zahlreiche Lösungen an, mit denen die Kommunikation schnell, zuverlässig und kostengünstig funktioniert. Beispiele sind der hybride Rückscheinbrief für den schnellen Versand von RSa- und RSb-Sendungen, und die Gemeindestreuung, mit welcher unadressierte Werbung zielgenau ohne Streuverluste die Haushalte der jeweiligen Gemeinde erreicht.

Gemeindestreuung

Beim Zustellen unadressierter Werbung mussten bislang Streuverluste in Kauf genommen werden. Mit der Info.Post Gemeindestreuung ist eine treffsichere Kommunikation in der ganzen Gemeinde sichergestellt, weiß auch Walter Plesiutschnig von der Stadtgemeinde St. Andrä: „So können wichtige Themen effektiv kommuniziert werden. Und durch die Nutzung des Postversandmanagers ist sogar der Versand einfach und schnell erledigt.“

Mit der Gemeindestreuung der Post erreiche ich die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde jetzt noch zielgenauer.

Walter Plesiutschnig, St. Andrä

Vorteile auf einen Blick:
- Zustellung ohne Streuverluste
- ab 400 Stück, keine Mengenobergrenze
- Mutationsmöglichkeiten für verschiedene Gemeinden
- Postversandmanager zur einfachen Versandvorbereitung
- Aufgabe der Sendung in allen Annahmestellen (inkl. aller Postgeschäftsstellen)

Hybrider Rückscheinbrief

Mit dem neuen hybriden Rückscheinbrief bietet die Österreichische Post AG den Behörden eine kostengünstige und schnelle Versandmöglichkeit für RSa- und RSb-Sendungen.

Wir erfassen unsere Rückscheinbriefe komfortabel über das Post Manager Portal. Die bisherige zeitintensive Fertigung der Rückscheinsendungen entfällt und wir sparen Zeit und Geld.

Andrea Houtz, Bauabteilung Magistrat Klagenfurt

Vorteile auf einen Blick:
- Zeitsparend: Avisodatenaufbereitung, Übermittlung an die Post, Druck, Kuvertierung und Postaufgabe sind in dieser Versandlösung inkludiert.
- Kostensparend: Hohes Einsparungspotenzial durch günstigere Verarbeitung und geringere Kosten für das Porto-Zusatzentgelt
- Elektronische Zustellbestätigung als pdf
- Format einheitlich für RSa- und RSb-Sendungen

Sofort nutzen:
Die Umsetzung erfolgt ganz einfach über das Post Manager Portal. Über die Eingabemaske können die Rückscheinbriefe online erfasst werden. Dort müssen nur die Empfänger-Adressdaten eingegeben und der Bescheid als pdf hochgeladen werden. Den Rest erledigt die Post.

INFORMATION

Österreichische Post AG
Haidingergasse 1, 1030 Wien
Business-Hotline: 0800 212 212
www.post.at/geschaeftlich

Jetzt kostenlos anmelden:
hybrid.rueckscheinbrief@post.at
www.post.at/hybrid-rueckscheinbrief

Entgeltliche Einschaltung

Neuer Forschungsbericht „Integration in Österreich“ vorgestellt

Integration ist Österreich wichtig

Integration und Migration sind zu tagtäglichen Schlagwörtern in Politik, Medien und Öffentlichkeit geworden. Doch was denken die Österreicher eigentlich über Integration? Diesen Fragen widmet sich der neue Forschungsbericht „Integration in Österreich“ des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF). Das Klima hat sich verbessert und Sprache wird als wichtiges Kriterium angesehen.

Acht von zehn Österreichern halten Integration und Zuwanderung persönlich für ein wichtiges Thema. Zwei von drei Befragten meinen, das Thema habe in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Zu diesem Ergebnis führte die von Univ.-Doz. Dr. Peter A. Ulram (ecoquest) durchgeführte Analyse von Umfragedaten des Gallup-Instituts. Befragt wurden österreichische Staatsbürger – sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund.

Grundeinstellung zur Integration

Die Einstellung zu den Themen Integration und Zuwanderung hat sich in den letzten Jahren zunehmend verbessert. Während 2008 mehrheitlich noch Skepsis vorherrschte, gaben 2012 über 60 Prozent der Befragten an, das Zusammenleben verlaufe „sehr gut“ oder „eher gut“. Die Sorge der Österreicher über zu starke Zuwanderung scheint sich verringert zu haben. Zwei Drittel der Befragten finden, es müsse bei der Integration noch mehr getan werden. Vier von zehn der Befragten sprachen sich für ein System aus Anreizen aus, 38 Prozent befürworteten eine Mischung aus positiven Anreizen und strengen Regeln.

Integration erfordert den Einsatz und das Engagement von allen Teilen der Gesellschaft.

Engagement von allen

Laut Studie kommt der Sprache als Erfolgsfaktor für Integration eine wesentliche Bedeutung zu. So werden von Zuwanderern vor allem Deutschkenntnisse bzw. das Erlernen der Sprache erwartet. Seitens der Öffentlichkeit sind laut Befragung vor allem Toleranz, Akzeptanz und Respekt gefragt. Die Studie belegt somit die Notwendigkeit der auch von offiziellen Stellen geforderten und geförderten positiven Willkommenskultur und betont zudem, dass Integration ein gegenseitiger Prozess ist, der Einsatz und Engagement von allen Teilen der Gesellschaft erfordert.

Positive Anreize setzen

Besonders positiv bewertet wurden auch die raschere Zuerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft bei außerordentlich gelungener Integration und besonderer Leistung. Mehr als die Hälfte der Befragten sprach sich auch für eine Anerkennung von bereits erworbenen Qualifikationen aus. Dies geht mit Bestrebungen der Regierung einher, das Potenzial der Zuwanderung besser auszuschöpfen. Integrationsminister Sebastian Kurz meint dazu: „Österreich soll die Qualifikationen seiner Zuwanderer so gut wie möglich nutzen.“ Auch der Österreichische Integrationsfonds wird dies auf regionaler und lokaler Ebene unterstützen.

INFORMATION

Gratis bestellen können Sie den Forschungsbericht per E-Mail: **pr@integrationsfonds.at oder auf www.integrationsfonds.at**

Initiative „Zukunftsorte braucht das Land“

Klosterneuburg: Neue Dachmarke stärkt die gemeinsame Identität

Eine unverwechselbare und flexibel anwendbare Dachmarke prägt das neue visuelle Erscheinungsbild der „Babenbergerstadt“ Klosterneuburg.

Um die kommunalen Schwerpunktfelder Klosterneuburgs zu visualisieren, wurden sechs Submarken zu den Themen Wirtschaft, Freizeit & Sport, Tourismus, Weinbau, Kultur & Bildung und Kommunales entwickelt.

Die Überarbeitung des visuellen Auftritts durch die Design- und Kreativagentur Nofrontiere führte zu einer neuen, klaren Markenarchitektur. Das neue Design leitet sich aus dem Stadtwappen ab, das sich ebenso wie das alte Logo in reduzierter Form – und integriert in die Donauwellen – im neuen Logo wiederfindet. Alexander Szadeczky, Gründer und Geschäftsführer von Nofrontiere: „Unsere Dachmarken-Kreation hat sich ganz auf die Kernaufgabe konzentriert: die aktive und unverwechselbare Positionierung des Standorts Klosterneuburg.“ Die dadurch erreichte Wiedererkennbarkeit ist einer von vielen Beiträgen, die Kreativschaffende zur Unterstützung im Standortwettbewerb der Gemeinden leisten können.

Um die kommunalen Schwerpunktfelder Klosterneuburgs zu visualisieren, wurden sechs Submarken zu den Themen Wirtschaft, Freizeit & Sport, Tourismus, Weinbau, Kultur & Bildung und Kommunales entwickelt. Jedes Thema erhält eine definierten Farbe und einen Schriftzug. Auch die Orte Kierling, Maria Gugging, Kritzendorf, Höflein, Weidling, Weidlingbach und Scheiblingstein profitieren von ortsspezifischen Varianten des neuen Designs. Zudem optimiert ein neues Corporate Design auch das Leitsystem der gesamten Gemeinde. Die Umsetzung erfolgt sukzessive, diverse Drucksorten sind bereits im Entstehen. Die Website wird in den nächsten Wochen in neuem Design präsentiert.

Für Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager trifft der neue Dachmarken-Ansatz exakt die Anforderungen der Stadtgemeinde: „Klosterneuburg hat neben einer reichen Geschichte unglaublich viele Vereine und Organisationen, die die Gegenwart der Stadt prägen. Alle haben ihre Identität, sind aber auch Teil der kollektiven Identität der Stadt. In Zukunft soll die Dachmarke zum Zeichen der Gemeinsamkeit in Klosterneuburg werden.“

Infos: **www.klosterneuburg.at**

www.zukunftsorte.at
Zukunfts Orte
Plattform der innovativen Gemeinden Österreichs

KLOSTER NEU BURG
STADTGEMEINDE

[individuell + schnell]millimetergenau = fantastische Büromöbel

formel hali [48+15]m*

Die neue Fertigungstechnologie gewährleistet nun auftragsbezogene, tageweise Variantenfertigung.
Um die schnelle und ganz auf die persönlichen Kundenbedürfnisse abgestimmte Fertigung und deren Abwicklung sicherstellen zu können, hat der oberösterreichische Büromöbelhersteller mit der **formel hali [48+15]m*** eine absolute Brancheninnovation ins Leben gerufen: hali kann ab sofort die Produktion von 48 Millionen Varianten von Systembüromöbeln – sowohl in Klein- als auch in Großserie –, die außerdem auch noch größenvariabel sind, auf Wunsch innerhalb von 15 Werktagen gewährleisten. Möglich machen dies vollautomatisierte Prozesse und eine millimetergenaue Fertigung. Schnelligkeit, Individualität sowie Maßgenauigkeit: allesamt Attribute, die vor allem den Kunden zugute kommen.

hali fantastisch – Bestbieter für den Bund:

hali büromöbel ging bei der öffentlichen Ausschreibung der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) als Bestbieter hervor und erhielt den Zuschlag für die nächsten zwei Jahre.

Über hali bürmöbel:

Die Marke hali steht für innovative und designorientierte, gesamtheitliche Raumlösungen sowie Bürokonzepte. hali büromöbel produziert seit nunmehr fünfzig Jahren in Eferding – ein klares Bekenntnis zum oberösterreichischen Standort. Auf einem Areal von 35.000 m² und einer Produktionsfläche von 25.000 m² wird mittels modernster Maschinenanlagen Holz ver- und bearbeitet. hali büromöbel ist klima:aktiv pakt2020 Partner.

Der oberösterreichische Büromöbelhersteller setzt auf Innovation.

INFORMATION

Nähere Informationen über hali büromöbel erhalten Sie auf www.hali.at

Entgeltliche Einschaltung

Die Arbeit beeinflu

Inneneinrichtungen in Gemeinden

sst die Einrichtung

Ein Gemeindeamt oder ein Rathaus ist nicht nur Sitz einer Verwaltung. Darüber hinaus ist es auch ein Symbol für die Menschen in der Gemeinden, ihre zentrale Anlaufstelle, ihre politische Vertretung und ein Ort, an dem man kommuniziert oder sich beraten lässt. Und es ist der Ort, wo mehr als 70.000 Menschen in Österreich arbeiten. Auch hier stellt sich die Frage, wie weit „geänderte Arbeitsumwelt“ die Einrichtung beeinflusst.

Hans Braun

Schon klar, ein Gemeindeamt ist keine Spielwiese für kreative Arbeitsecken. In einem Gemeindeamt braucht es üblicherweise einen Raum, in den die Bürger mit ihren Anliegen zu ihrer Verwaltung kommen können – oder sollte es jedenfalls geben. Aus verschiedenen Gründen wird es auch ein klassisches „Desk“ geben, einen Schalter, an dem sich die „Kunden“ mit ihren Anliegen melden können. Dort wird entweder das Anliegen erledigt oder der Bürger, die Bürgerin zum zuständigen Sachbearbeiter weitergeleitet. Dabei spielen natürlich auch Datenschutz und Diskretion eine Rolle. In den Amtsstunden wird es also eher nicht zu offen zugehen. Auch in größeren Rathäusern wird es keine allzu offenen Begegnungszonen zwischen dem Mitarbeitern und den Kunden geben können. Zu heikel

sind viele Anliegen. Je größer das Rathaus, desto eher wird man sich Gedanken über einen Sicherheitsplan machen müssen. Fragen wie: „Wo werden die Möbel im Raum platziert, damit im schlimmsten Fall Fluchtmöglichkeiten bleiben?“ oder „Wie muss die Umgebung der Büros aussehen, damit keine gefährlichen Gegenstände herumliegen – Stichwort Altglas. In einem früheren Interview, das ich

mit dem Terrorismusbekämpfungs-Experten und Polizeigeneral Erich Zwettler (KOMMUNAL 10/2012) führen konnte, bestätigte dieser, dass es nicht sehr ratsam sei, Brieföffner, Scheren und andere spitze Gegenstände auf dem Schreibtisch herumliegen zu lassen.
Eine weitere Einschränkung also, die es von vornherein beim Einrichten von Gemeindeämtern und Rathäusern zu bedenken gilt.
Aber wie sieht es mit der Arbeitssituation der übrigen Mitarbeiter aus, wenn keine Amtsstunden sind? In den meisten durchschnittlichen Gemeindeämtern gibt es zwar kaum verschlossene Türen, aber die Kommunikation zwischen den Mitarbeitern muss durch zeitraubende Besprechungen und Konferenzen aufrecht erhalten bleiben. Und je größer die Gemeinde, desto weniger weiß der Einzelne, woran sein Kollege, seine Kollegin gerade arbeiten. Aber wie ließe sich das ändern, wie kommt man zu einem offeneren Arbeitsumfeld und wie würde sich das auf die Einrichtung auswirken?
Im Grunde genommen herrscht in vielen „Amtsstuben“ noch ein „alter Geist“, wenngleich die Klischees vom Beamten mit Ärmelschoner nur mehr von ein paar Billigmedien bedient werden. Die Realität sieht längst anders aus. Aber die Frage ist, wohin geht der Weg, wie sollten Arbeitsplätze eingerichtet sein? Wie sieht der Arbeitsplatz der Zukunft aus – danach richten sich auch die Anforderungen der „Einrichter“.
Nancy Johnson Sanquist, Vizepräsidentin von „Manhatten Software“ und Mitglied des Verwaltungsrates der „Internationalen Facility Mangement Foundation“, hielt beim 6. FM-Kongress vergangenen November an der TU Wien eine vielbeachteten Vortrag über die Entwicklung unserer Arbeitsumwelt.

Workplace evolution – internationale Trends und Umsetzungsmöglichkeiten

Zum einen, so Sanquist, bringt die immer weiter fortschreitende Digitalisierung unserer Welt eine ständig steigende Mobilität der Mitarbeiter mit sich. Bei vielen, wenn nicht den meisten, wird es nicht mehr reichen, einen Tisch und einen Sessel hinzustellen und zu sagen, das ist dein Arbeitsplatz. Hier wird die Initiative und der Druck auf die Arbeitgeber und die Vorgesetzten auch von den Mitarbeitern ausgehen.
Es wird in vielen Bereichen auch viel mehr Arbeit nicht mehr „im Büro“ erledigt werden, sondern von zu Hause oder direkt beim Kunden, also beim Bürger. Vielerorts ist das ja schon so beispielsweise bei Baubesprechungen, wenn die Verhandlung vor Ort statfindet und mit einem Laptop und einem transportablen Drucker gleich alles Schriftliche erledigt wird. Es muss – und darf! – dabei nicht so weit gehen wie ein Fall in Deutschland 2012 aufzeigte, wo ein 35-Jähriger ein volles mobiles Büro am Beifahrersitz seines Autos installiert hatte (*siehe Kasten*).
Aber zeitgleich mit dieser Entwicklung wird es immer weniger eigene Arbeitspätze „am Arbeitsort“ geben müssen. Wenn, dann scheint der Trend in Richtung „ein Platz, mehrere Nutzer“ zu gehen. Wobei natürlich zu bedenken ist, dass ein juristischer Sachbearbeiter andere Ansprüche als ein Kundenbetreuer haben wird.
Abgesehen von diesen Anforderungen haben sich, so Sanquist, aber auch die Anforderungen an den Faktor „Arbeit“ verändert. Das US Bureau of Labor Statistics hat erhoben, dass die neue Generation Mitarbeiter mehr Wert auf „Zusammenarbeit und Multi-Media-Werkzeuge“ legt. Arbeit wird auch weniger als Erarbeiten von „Pensionen“ (für die „Traditionalisten“ wesentlich) definiert, die „neue Generation“ legt mehr Wert auf die richtige „Work-Life Balance“ (der Zustand, in dem Arbeits- und Privatleben miteinander in Einklang sind). Und, ganz wesentlich, mehr Wert wird auf mobile Technologie gelegt, während es früher „stationäre“ Technologien waren.

Einige Arbeitsplatz-Trends

1: Gamification
Als Gamification bezeichnet man im Englischen die Anwendung spieltypischer Elemente und Prozesse in spielfremdem Kontext. Zu diesen spieltypischen Elementen gehören unter anderem Erfahrungspunkte, Highscores, Fortschrittsbalken, Ranglisten, virtuelle Güter oder Auszeichnungen. Durch die Integration dieser spielerischen Elemente soll im Wesentlichen eine Motivationssteigerung der Personen erreicht werden, die ansonsten wenig herausfordernde, als zu monoton empfundene oder zu komplexe Aufgaben erfüllen müssen. Datenanalysen zeigen teilweise signifikante Verbesserungen in Bereichen wie Benutzermotivation, Kundenbindung oder Datenqualität.

2: Reduktion des Raumangebotes für Mitarbeiter
Langfristige Untersuchungen haben ergeben, dass das Raumangebot des einzelnen Mitarbeiters bereits von knapp 21 Quadratmeter 2010 auf 14 m² 2017 sinken wird. Dieser Trend wird in dem selben Maß weitergehen,

in dem mobile Technologien zunehmen. Dieses „weniger“ an Platz geht allerdings mit einem qualitativ höherwertigem Platz einher.

3: The end of command-and-control
Die klassische „Anordnungs- und Kontroll-Mentalität“ im Arbeitsleben wird – auch bedingt durch die steigende Mobilität der Mitarbeiter – sukzessive beendet.

4: Mitarbeiter-Entwicklung
Mit den Worten von Nancy Sanquist: „Development of human ressources (employees) are in the driver's seats“.

Wie Arbeits-Umgebung „Leistung“ beeinflusst

90 Prozent der Teilnehmer an einer (US-amerikanischen) Untersuchung brachten die Ausstattung des Arbeitsplatzes in direkten Zusammenhang mit Produktivität.* Sie benannten auch neun Punkte, die die Arbeitsumgebung verbessern würden:

- **Natürliches Licht**
- **Lichtqualität**
- **Weniger Ablenkung**
  Laut der Studie wird der durchschnittliche Arbeitnehmer elfmal pro Stunde unterbrochen oder abgelenkt (office distractions). Die dadurch verlorene Zeit beträgt demnach knapp mehr als zwei Stunden täglich.
- **Luftqualität**
- **Technologische Anpassungsfähigkeit**
- **Akustik**
- **Privatsphäre**
- **Temperatur und Komfort**
- **Nachhaltiges Büro**

Diese und andere Untersuchungen zeigen auf, dass die direkte Folge von nachhaltig gestalteten Arbeitsplätzen ein Sinken der Krankenstände bei gleichzeitigem Anstieg der Produktivität ist. Allerdings wird in der zitierten Studie auch die Bauweise der Gebäude mit eingerechnet.

Wichtiger als das eher allgemein formulierte Ergebnis oben scheint dennoch, dass hohe Gesundheits- und Produktivitätskosten direkt von schlechter Raumumgebung beeinflußt wird. Die amerikanische Studie schätzt die Kosten auf rund 100 Milliarden Dollar jährlich. Besonders zutreffend sind diese Folgen für jene Mitarbeiter, die 90 Prozent ihrer Zeit in Büros innen verbringen. Hier ist die Konzentration von Schadstoffen üblicherweise zehnmal (in manchen Fällen hundertmal) höher als bei Arbeitsplätzen im Freien. So fühlen 80 Prozent der Angestellten mehr Motivation und mehr Loyalität für ihr Unternehmen, Die Mitarbeiterzufriedenheit stieg um 29 Prozent durch die nachhaltige Arbeitsumgebung und die Produktivität stieg um annähernd fünf Prozent.Bemerkenswert ist, dass sich 88 Prozent der Arbeitnehmer und 91 Prozent der „Chefs“ einig sind, dass wirtschaftlicher Erfolg und ein angenehmes Arbeitsklima direkt zusammenhängen. 24 Prozent der Arbeitnehmer und 65 Prozent der Chefs stimmen weiter überein, dass diese „immateriellen Elemente“ („inteánglibes affect culture“) die Arbeitskultur beeinflussen. All dem wird die Büroeinrichtung der Zukunft Rechnung tragen müssen.

Mobiles Büro, wie es nicht sein soll

Diese Meldung der saarländischen Polizei ging um die Welt. Millionen Autorfahrer weltweit werden jährlich gestraft, weil sie ohne Freisprechanlage während des Fahrens telefonieren, aber das hatte sich ein 35-Jähriger im Saarland nicht zu schulden kommen lassen. Die Polizei stoppte ihn, weil er in einer 100er-Zone mit 130 unterwegs war und staunte nicht schlecht, als sie einen Blick ins Auto warfen. Auf dem Beifahrersitz fanden sie in einer hölzernen Halterung

einen Laptop in einer Dockingstation mit Internet-Router, WLAN-Antenne, Drucker und Stromversorgung. Ein Navi und ein Mobilfon an der Windschutzscheibe komplettierten sein „Büro“.
Weil es keine Hinweise gab, dass er während des Fahrens am Laptop gearbeitet hatte, kam der Mann mit 120 Euro wegen Schnellfahrens und einer Verwarnung, weil er „ungesicherte Gegenstände“ im Auto hatte, davon.

Quelle: Huffington Post 2012

* 2008 Gensler Workplace Survey

Für alle sechs Gebäude der WU Wien wurde die Möblierung entwickelt.

Neudoerfler sorgt bei Arbeiten und Lernen für Wohlfühlatmosphäre

Neue Dimensionen an der WU

1 Campus, 6 Architekten, 6 Gebäude, rund 90.000 m² Nutzfläche und 45.000 Möbelstücke. Der neue Campus der Wirtschaftsuniversität Wien ist ein Projekt der Superlative. Tausende Studierende und Mitarbeiter finden hier zukünftig ein Eldorado für Lehre und Forschung. Neudoerfler Office Systems stattete die Seminarräume, Büros und Selbststudienzonen aus – für mehr Konzentration und Wohlfühlatmosphäre.

Während jedes Gebäude der WU in seiner Formensprache und Farbgestaltung einzigartig ist, verbindet sie ein wesentlicher Faktor: die Möblierung. Das Konzept für die Einrichtung wurde übergreifend entwickelt und funktioniert unabhängig von der jeweiligen Architektur. „Dass Neudoerfler die Möglichkeit hatte, dieses einzigartige Bauprojekt auszustatten und wir dies sehr gut erfüllt haben, ist für uns eine tolle Bestätigung. Wir haben innerhalb von drei Monaten 3000 Arbeitsplätze für Studierende und 1000 Büros in sechs Gebäudekomplexen und in Arbeitsgemeinschaft mit den Office-Planern vom Team Gnesda, von Architekt Andreas Burghardt und Hans Lechner ZT eingerichtet. Zusätzlich haben unsere Mitarbeiter in der Logistik flexibel auf kurzfristige Änderungen reagiert, das war wirklich eine Meisterleistung“, so Mag. Helmut Sattler, CEO Neudoerfler Office Systems.

Work-Wellness, Konzentration und Entspannen

Die öffentlich genutzten Bereiche des neuen Campus sind ganz der Kommunikation verpflichtet. Den Studierenden wird ein attraktives und inspirierendes Umfeld für ungestörte Gespräche in kleinem Rahmen, gemeinsames Lernen, Diskutieren und Plaudern geboten. Auch eigene Entspannungszonen wurden geschaffen. Für intensives Arbeiten, Projektgruppen und Präsentationen stehen wiederum eigens gestaltete Bereiche zur Verfügung.

Präsentieren im Sitzen. Oder Stehen.

Für die Seminarräume wurde sogar ein spezieller zweiteiliger „Presenter Table“ entwickelt, der die Referenten ergonomisch bestmöglich unterstützt. Während in einem fixen Tisch mit Unterschrank die gesamte Medientechnik untergebracht ist, kann der zweite Teil des Tisches, auf dem auch der Bildschirm steht, individuell und per Knopfdruck elektrisch in der Höhe verstellt werden. Der Vortragende kann so im Stehen sein Wissen vermitteln.

INFORMATION

www.neudoerfler.com

Entgeltliche Einschaltung

Kommunalforum Alpenraum

Mehr Energie für Gemeinden

Vernetzung und Wissenstransfer stehen am 17. März im neuen Lindner Traktoren Innovationszentrum in Kundl im Mittelpunkt des diesjährigen Kommunalforums Alpenraum. Hochkarätige Experten zeigen, wie Gemeinden die Herausforderungen im Energiebereich meistern können.

Das Programm

Anfangs wird Univ.-Prof. DI Dr. Stefan Schleicher, Uni Graz, erörtern, was die Energiewende für die Gemeinden im Alpenraum bedeutet. Der Geschäftsführer des Energieinstituts Vorarlberg, Josef Burtscher, referiert über Effizienz- und Motivationspotenziale in den Kommunen.
Energie aus Trinkwasserkraftwerken wird ebenso Thema sein wie Smart Communities, Wärme aus der Region für die Region oder Wasserkraft und Ökologie, vorgetragen von Prof. Dr. Dominik Godde, Director Hydro Fleet Germany, E.ON Kraftwerke GmbH. Neben weiteren Vorträgen besteht im Rahmen der Thementische die Möglichkeit, in Kleingruppen Themen ausführlich zu besprechen. Der anschließende Ausklang lädt zum weiteren Austausch ein.

17. März 2014 ab **9 Uhr** im Lindner Innivationszentrum Kundl
www.kommunalforum-alpenraum.at

INFORMATION

Über das Kommunalforum

Mit dem Kommunalforum Alpenraum schafft Lindner eine Plattform für mehr Vernetzung der Gemeinden. Kooperationspartner sind das Forum Land, der Bayerische Gemeindetag & Gemeindezeitung, Kommunal – das Fachmagazin des Österreichischen Gemeindebundes, die Gemeindeverbände Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Südtirol, der Österreichische Städtebund, Tiroler Tageszeitung und der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner.

Vorzeigeprojekte für den kommunalen Bereich

Kommunal Service Salzburg: Profis am Werk

Die Salzburg Wohnbau zählt zu den führenden Wohn- und Kommunalbauunternehmen im Bundesland Salzburg. Mit ihrer Tochterfirma, der Kommunal Service Salzburg GmbH, bietet das Unternehmen ein breites Spektrum an Dienstleistungen für den kommunalen Bereich, das vor allem für Gemeinden sehr interessant ist.

Die Salzburg Wohnbau bietet gemeinsam mit ihrer Tochterfirma Kommunal Service Salzburg GmbH zahlreiche Dienstleistungen für Gemeinden an. In punkto Gebäudemanagement spielen vor allem Brandschutz und Energiemanagement eine wichtige Rolle. So werden die Erstellung von Energieausweisen, Heizungsoptimierungen sowie thermische und energetische Sanierungen von der Planung über die Finanzierung bis zur Durchführung abgewickelt.

Flexible Lösungen

In technischer Hinsicht unterstützt die Kommunal Service Salzburg gemeindeeigene Einrichtungen in allen Belangen einer modernen Betriebsführung, tritt für Städte und Gemeinden als Bauträger auf und bietet flexible Lösungen sowie Betreuungsunterstützung bei den unterschiedlichsten Aufgaben an. Jahrelange Erfahrung, großes Know-how und umfangreiche Kompetenz bilden die Eckpfeiler des erfolgreichen Unternehmens.

Vorzeigeprojekte

Auch im vergangenen Jahr konnten von den Salzburger Experten wieder zahlreiche Vorzeigeprojekte realisiert werden. So wurden unter anderem im Auftrag der Gemeinde Puch die Sanierungen von sieben Gemeindeliegenschaften abgewickelt. Zu den Aufgaben zählten dabei die Durch- und Ausführung der Kostenschätzungen und erforderlichen Ausschreibungen sowie der Abrechnungen, die Anfertigung der Planungsunterlagen und die Überwachung der Sanierungsarbeiten. Die Sanierungsarbeiten wurden an den Volksschulen in Puch und St. Jakob, dem Sportheim, dem Feuerwehrhaus, der KOWE (Kooperative Werkstätte), dem Kindergarten sowie dem Seniorenwohnheim durchgeführt.

Beim Feuerwehrgebäude wurde die Fassade saniert und Malerarbeiten durchgeführt.

Sanierungsarbeiten im Außen- und Innenbereich wurden an der Volksschule Puch vorgenommen.

Das Sportheim in Puch erhielt unter anderem neue Fenster.

Fotos: Neumayr

Kosten – Nutzen

Mit einem Investitionsvolumen von 155.000 Euro konnten Renovierungen in den Innen- und Außenbereichen, wie den Austausch von Fenstern, Dachdecker-, Spengler-, Maler-, Fassaden- und Abdichtungsarbeiten sowie umfangreichen brandschutztechnische Sanierungsarbeiten und diverse Umbauten erfolgreich umgesetzt werden.

Salzburg Wohnbau

INFORMATION

Informationen über die Kommunal Service Salzburg:

Tel.: 0662/2066-264
www.salzburg-wohnbau.at
www.facebook.com/sbg.wohnbau

KS KOMMUNAL SERVICE SALZBURG

Entgeltliche Einschaltung

AWG NEU! WAS NUN?

Die Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz wirft zahlreiche Fragen auf. Informieren Sie sich auf der „AWG INFO-TOUR", veranstaltet vom Österreichischen Gemeindebund und der ARA.

ARA.recycling **www.ara.at**

Alle Termine und Infos zur „AWG INFO-TOUR" finden Sie unter **www.ara.at/awg2013**

St. Stephen's

?§!

Österreichischer Gemeindebund

SO MACHT RECYCLING SINN.

ARA

Altstoff Recycling Austria

CHRONIK

Vor allem die Speckgürtel um die Landeshauptstädte wachsen, kleinere Gemeinden sind von Abwanderung betroffen.

Analyse der letzten zehn Jahre

Speckgürtel wächst schneller als Österreichs Städte

ÖSTERREICH
In den vergangenen zehn Jahren zeigt sich ein deutliches Wachstum der Städte Österreichs sowie ihrer Umlandgemeinden. Zwischen 2003 und 2013 betrug dieses Plus 7,4 Prozent. Dies geht aus der Statistik Austria-Publikation „Österreichs Städte in Zahlen 2013“ hervor. Das stärkste Wachstum verzeichnet Eisenstadt mit 14 Prozent, gefolgt von Graz mit 12,9 Prozent und Wien mit 9,3 Prozent. Von den Umlandgemeinden nahm die Bevölkerung in Gänserndorf bei Wien um 30 Prozent zu, in Kalsdorf bei Graz um 20 Prozent und in Leonding bei Linz um 16 Prozent. Auf der anderen Seite verzeichnen Gemeinden in peripheren Regionen einen Bevölkerungsrückgang. Die Migration innerhalb des Landes steht im Zusammenhang mit unterschiedlichen Lebensphasen. Bis etwa zum 40. Lebensjahr überwiegt die Zuwanderung vom Land in die Stadt, ab etwa 60 Jahren kehrt sich der Wanderungsstrom in Richtung ländliche Gemeinden um. In den vergangenen vier Jahrzehnten stieg der Anteil der Einpersonenhaushalte durchschnittlich um 10,7 Prozentpunkte. Familien mit Kindern leben überwiegend in kleinen Gemeinden und Städten, Paare ohne Kinder oder Alleinerzieher sind stärker in Ballungszentren angesiedelt.

Foto: fotolia/ Klaus Eppele

Kommunalsteuereinnahmen werden in einen Topf eingezahlt.

Eine Steuerzone für interkommunale Kooperation

Neun Gemeinden – ein Steuerkuchen

OBERPINZGAU
Seit mittlerweile fünf Jahren teilen sich insgesamt neun Gemeinden der Salzburger Region Oberpinzgau eine Steuerzone. Ins Leben gerufen wurde das Projekt „Steuerzone Oberpinzgau“ bereits Anfang 2009. Die beteiligten Gemeinden zahlen die Kommunalsteuereinnahmen ihrer Betriebe in den gemeinsamen Topf der Region ein. Liegen die Erwerbe einer Gemeinde unter der bundesgesetzlich festgelegten Kommunalsteuer des Jahres 2012, so wird die Differenz nach einem bestimmten Aufteilungsschlüssel verteilt. Nach aktuellem Stand werden 20 Prozent der Standortgemeinde zugesprochen, um Vorleistungen für Erschließungs- und Grundstückskosten zu decken. Die restlichen 80 Prozent teilen sich die Gemeinden.

Niederösterreich: 30 Millionen Euro pro Jahr

Mittel für Hochwasserschutz aufgestockt

ST. PÖLTEN
In Niederösterreich standen bislang 20 Millionen Euro pro Jahr für den Ausbau des Hochwasserschutzes zur Verfügung. Mit dem neuen Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter einigte sich die Landesregierung nun, die Mittel auf 30 Millionen Euro pro Jahr aufzustocken. Der Hochwasserschutz in Niederösterreich soll auch im ländlichen Raum rascher ausgebaut werden. Bereits im Herbst, also noch ehe die neue Bundesregierung im Amt war, wurde beschlossen, dass der Hochwasserschutz entlang der Donau um vier Jahre früher als geplant fertiggestellt werden soll.

Kirchenaustritte 2013

Salzburg als Katholikenschreck?

SALZBURG
In keiner anderen Diözese Österreichs gab es 2013 so viele Kirchenaustritte wie in Salzburg. 20 Prozent mehr Katholiken als im Jahr 2012 haben die Kirche verlassen. Gefolgt wird die Diözese Salzburg von der Diözese Linz. Hier traten im Vergleich zum Vorjahr 16,5 Prozent mehr aus der Kirche aus. Die wenigsten Austritte gab es mit zwei Prozent in der Diözese Wien. Eine Erklärung für die herausragende Rolle Salzburgs gibt es nicht, schließlich gab es 2013 keine kirchlichen Skandale.

Zukunft für 25 Gemeinden

Gemeinsam statt einsam

ZILLERTAL
Alle 25 Gemeinden im Zillertal ziehen für die Entwicklung ihrer Region an einem Strang. Bürgermeister, Experten und engagierte Bürger haben zusammen ein Strategiekonzept für eine gemeinsame Zukunft des Zillertals entwickelt. 2014 trat der Leitfaden für die Entwicklung in Kraft. Im Zillertal leben 35.000 Menschen und der Tourismus dient als wichtige Einnahmequelle. Die Gemeinden haben sich jedoch zur Förderung der Nachhaltigkeit verpflichtet. „Wir sind unseren Kindeskindern gegenüber verplichtet, ihnen ein schönes Leben im Tal zu sichern", betont der Obmann des Verbandes und Bürgermeister von Ried im Zillertal, Hansjörg Jäger. „Klasse statt Masse", lautet somit das Motto auch für den Tourismus. „Wir dürfen nicht nur auf Bettenbau setzen, wir müssen Leitbetriebe fördern", so Jäger.

Foto: Gredler

Prozessbegleiter Mag. (FH) Jochl Grießer, Obmann Bgm. Hansjörg Jäger, Obmann-Stv. Bgm. Robert Pramstrahler.

Multiversum

Rechnungshof übt scharfe Kritik

SCHWECHAT
Das krisengeschüttelte Multiversum in Schwechat kommt nicht aus den Schlagzeilen. Der Rechnungshof legte einen Bericht über das Veranstaltungszentrum vor und stellte bei Planung und Bau erhebliche Mängel fest. Statt 30 Millionen soll das Projekt 50 Millionen Euro gekostet haben. Jedes Jahr kommen neue Verluste hinzu. Kritisch sieht der Rechnungshof, dass der Bürgermeister seine Kompetenzen überschritt und den Gemeinderat nicht befasste. Bürgermeister Hannes Fazekas ist mittlerweile zurückgetreten.

UNESCO:

Footprint-Schulen ausgezeichnet

GRAZ
Internationale Ehre erfährt das Projekt Footprint-Schulen-Steiermark. Anfang Dezember wurde es von der Österreichischen Unesco-Kommission ausgezeichnet, weil im Projekt der wertschätzende und achtsame Umgang mit allen Lebewesen und Ressourcen gefördert wird. Schulen, die sich mit dem Thema nachhaltige Entwicklung identifizieren, können die Urkunde „Footprint-Schule-Steiermark" bekommen. Die Vereinten Nationen haben den Zeitraum von 2005 bis 2014 zur Weltdekade mit dem Motto „Bildung für nachhaltige Entwicklung" erklärt. Ziel ist es, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in allen Bildungsbereichen zu verankern.

Foto: Gemeindebund Burgenland

Die konstituierende Sitzung des Verbandes fand Anfang Jänner statt.

Neu: Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband

Vorreiter für Gemeindekooperation

MITTELBURGENLAND/ OBERPULLENDORF
Am 7. Jänner 2014 fand die konstituierende Sitzung des neu gegründeten Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbandes Mittelburgenland/Oberpullendorf statt. 21 von 28 Gemeinden des Bezirks sind dabei. „Damit setzen wir ein kräftiges Zeichen des Willens zur Zusammenarbeit. Unser Bezirk ist in diesem Bereich burgenlandweit Vorreiter für Gemeindekooperationen", so Rudolf Geißler, der als Bürgermeister der Sitzgemeinde des Verbandes gleichzeitig auch erster Obmann ist. Durch die Bündelung von Kompetenz sollen sich Effizienz- und Qualitätssteigerungen auf einem immer komplexeren Aufgabengebiet ergeben.

Bürgermeisterseminar:

Burnout vermeiden

ÖSTERREICH
Der Bürgermeisterjob geht an die körperliche Substanz: Kaum Urlaub und oft bis zu 80 Arbeitsstunden pro Woche. Die eigene Gesundheit wird von den kommunalen Führungspersonen meist hintangestellt. Die richtigen Techniken des Führens und des persönlichen Zeitmanagements helfen, Burnouts zu vermeiden. Der Österreichische Gemeindebund und der Fonds Gesundes Österreich bieten auch 2014 wieder Kurse an, damit sich Bürgermeister in kurzer Zeit Techniken aneignen können, um ein Burnout zu verhindern. Informationen bei Ing. Petra Gajar/Fonds Gesundes Österreich:
E-Mail: **petra.gajar@goeg.at** oder Tel.: **01/895 04 00-12.**

GVV-Präsident Alfred Riedl (3. v. l.) konnte die gesamte Regierungsmann- und -frauschaft der VP-Niederösterreichs und andere Spitzen des Landes begrüßen: VP-NÖ-Klubchef Klaus Schneeberger, Landesrätin Barbara Schwarz, Landeshauptmann Erwin Pröll sowie die Landesräte Petra Bohuslav, Karl Wilfling, Wolfgang Sobotka, Stephan Pernkopf und VP-Landesgeschäftsführer Gerhard Karner.

Enkeltaugliche Konzepte für Mindestsicherung und häusliche Altenpflege

Neujahrsempfang des GVV NÖ: Neue Wege in der Sozialpolitik

Der Gemeindevertreterverband der VP Niederösterreich hatte zum traditionellen Neujahrsempfang nach St. Pölten eingeladen. 400 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Funktionäre und befreundete Organisationen kamen ins Landhausschiff. GVV-Präsident Alfred Riedl betonte die positive Stimmung in den Gemeinden nicht zuletzt durch Erfolge von 2013.

Aufhorchen ließ Riedl mit seiner Ansage, die Mindestsicherung und die häusliche Altenpflege neu zu organisieren – der GVV werde entsprechende enkeltaugliche Konzepte nach dem Vorbild von Dänemark und den Niederlanden präsentieren. In Richtung Gemeinderatswahl meinte der GVV-Chef, dass man noch stärker gegen die Besserwisser, Miesmacher und Kleingeldwechsler antreten müsse – Fleiß und partnerschaftliches Zusammenstehen seien mehr denn je gefragt.
„Es ist ein guter Start ins Jahr 2014. Besser könnt's immer gehen, aber der Blick in unsere Gemeinden und die vielen Gespräche vor Ort signalisieren mir, dass es gut läuft", sagt Alfred Riedl anlässlich seiner Rede beim Neujahrsempfang.

> „Den Menschen Geld zu geben und sie aus der Gesellschaft auszuschließen ist unsozial. Viel besser, viel sozialer wäre es doch, die Menschen teilhaben zu lassen"
>
> Alfred Riedl fordert eine Neustrukturierung der Mindestsicherung

Das Jahr 2013 sei für die Gemeindevertreter ein anstrengendes und herausforderndes Jahr gewesen. Doch die Ergebnisse haben bestätigt, dass man sich auf die niederösterreichischen Städte und Gemeinden verlassen kann: „Ob Volksabstimmung, Landtagswahl oder Nationalratswahl – es ist euer Verdienst und eure erfolgreiche politische Arbeit", dankte Riedl den anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.
Dass die Bürger mit der Arbeit in den Städten und Gemeinden zufrieden sind, zeigen auch aktuelle Umfragewerte: „Trotz der vielen Diskussionen und des schwierigen politischen Umfeldes derzeit wird den Gemeindevertretern das höchste Vertrauen und die größte Anerkennung von allen Gebietskörperschaften geschenkt", so Riedl weiter.
Aber auch der kürzlich erschienene Gemeindefinanzbericht stellt den niederösterreichischen Gemeinden wieder ein erfreuliches Zeugnis aus. Erneut konnten sich die Kommunen als die besten Manager in der Krise beweisen. „Die NÖ Gemeinden sind mit 470 Millionen Euro nach wie vor die größten öffentlichen Investoren im Bun-

Foto: Erich Marschik

desländervergleich. Trotzdem sind unsere Finanzschulden um 71 Millionen Euro gesunken und wir haben neben Vorarlberg mit 308 Millionen am meisten zurückgezahlt“, rechnet Riedl vor. Aufhorchen ließ Riedl in seiner Rede mit der Forderung nach einer Neustrukturierung der Mindestsicherung und häuslichen Altenpflege. Hier läuft einiges schief. Und das muss sich ändern. „Den Menschen Geld zu geben und sie aus der Gesellschaft auszuschließen ist unsozial. Viel besser, viel sozialer wäre es doch, die Menschen teilhaben zu lassen. Andere Länder wie Dänemark und die Niederlande zeigen uns bereits vor, wie es gehen kann“, so Riedl. Hinsichtlich der häuslichen Altenpflege meint Riedl: „Wir müssen es schaffen, für die ältere Generation noch mehr lokale Angebote zu ermöglichen, den Wünschen der Menschen gerecht zu werden und zur Pflege in den eigenen vier Wänden zurückkehren und den Ausbau institutioneller Betreuung verringern“, mahnte Riedl.
Der GVV hat sich gemeinsam mit dem Gemeindebund zum Ziel gesetzt, Enkeltaugliche Konzepte für eine Neustrukturierung dieser sozialpolitischen Fragen – mit wissenschaftlicher Unterstützung von Universitätsprofessoren – zu diskutieren und dem Bund vorzulegen.

Starke Gemeinden in einem sozialen Europa

Nachdenken über Sozialdemokratie NEU gefordert

„Starke Gemeinden in einem sozialen Europa“ – unter diesem Motto stand der traditionelle Neujahrsempfang des Verbandes sozialdemokratischer Gemeindevertreter/Innen in Niederösterreich (SPÖ-GVV-NÖ).

Die Liste der Ehrengäste des Empfanges war lang, so hielt MEP Karin Kadenbach und LH-Stv. Karin Renner Gastvorträge. Auch die Alt-Präsidenten Alfred Hauffek, Anton „Toni“ Koczur und Bernd Vögerle waren gekommen — mehr als 500 Bürgermeister und Gemeindemandatare waren der Einladung des GVV gefolgt.
Gastgeber GVV-Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak ging gleich in medias res und tischte der neuen Regierung im Namen der Gemeinden ein ganzes Paket an Forderungen auf. Er sparte auch nicht mit Kritik an den eigenen Reihen. Im Rückblick auf die Wahlergebnisse im vergangenen Jahr und in Vorschau auf die Feierlichkeiten zum 125-Jahr-Jubiläum der österreichischen Sozialdemokratie forderte Dworak „ein intensives nachhaltiges Nachdenken über eine Sozialdemokratie NEU“, so wie eine Rückbesinnung auf die Menschen an der Parteibasis.
Dworak:„Der graue Finanzausgleich, also all jene Aufgaben, die die Gemeinden von den Ländern zusätzlich übernommen haben, beläuft sich bereits auf 500 Millionen Euro pro Jahr. Als nachhaltige Abgeltung dieser ebenso nachhaltigen Mehrausgaben ist daher im Zuge der

Foto: Werner Jäger/SPÖ-GVV-NÖ

Landeshauptmann-Stellvertreterin Karin Renner, GVV-Präsident Rupert Dworak und Europa-Parlamentarierin Karin Kadenbach stellten ein ganzes Paket an Forderungen.

nächsten Finanzausgleichsverhandlungen der FAG-Schlüssel von 11,83 Prozent für die Gemeinden anzuheben, um diese Mehrbelastung auszugleichen.“ Die Gemeinden brauchen, so Dowrak weiter, aber auch einen Ausgleich für die Abgeltung des Umsatzsteuermehraufwandes im Schulbau, der im Zuge des Stabilitätsgesetzes ab April 2012 entstanden ist. Gerade in die Bildungseinrichtungen wird in den nächsten Jahren wieder zu investieren sein und „es bedarf daher keiner Verteuerung durch die Umsatzsteuer“.
Mit gleich drei Ministerien ging Dworak „ins Gericht“: Zum ersten mit dem Ministerium für Infrastruktur in der Frage der Eisenbahnkreuzungsverordnung. „Der Österreichische Gemeindebund hat mit allen Fraktionen den Konsultationsmechanismus und eine Klage beim VfGH eingereicht, weil es unverständlich ist, dass die Gemeinden bei der Sanierung oder Modernisierung, ohne Parteienstellung zu haben, automatisch zur Kasse gebeten werden. Dagegen werden wir uns wehren“, so Dworak, der auch Vizepräsident des Österreichischen Verbandes ist.
Auch die Idee des Finanzministeriums, dass Gemeindekooperationen umsatzsteuerpflichtig sind, stößt den Gemeindevertretern sauer auf. „Wenn die Gemeinden wieder einmal bereit sind, noch kostengünstiger im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu arbeiten, dann halte ich es für unerhört, dass der Finanzminister dabei mitkassiert.“
Und seit Anang des Jahres macht den GemeindevertreterInnen auch ein Gerücht aus dem Innenministerium Sorgen. Angeblich sollen 100 Polizeiposten geschlossen werden. Nirgendwo sind Lebensqualität und Sicherheitsempfinden spürbarer als in unseren Gemeinden, so Dworak. Heimat bedeutet Wohlfühlen, Geborgenheit und Sicherheit. „Ich kann mir daher nicht vorstellen, dass Polizeiinspektionen im ländlichen Regionen geschlossen werden, wo schon Postämter und andere öffentliche Einrichtungen wegrationalisiert wurden, ohne mit den Betroffenen zu reden, ohne auf die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Raum einzugehen.“

Forderung nach einer Sozialdemokratie NEU

Rupert Dworak sparte auch seine eigene Partei nicht aus: „Das erfreuliche Kärntner Wahlergebnis ist nicht zuletzt dadurch zustande gekommen, weil sich die Kärntner GenossInnen auf eine alte Stärke unserer Partei rückbesonnen haben. Sie haben wieder mehr Augenmerk auf die Grundstrukturen, Sektionen, auf die Orts- und befreundeten Organisationen, die Mitglieder und vor allem aber auf die vielen ehrenamtlich tätigen FunktionärInnen gelegt.“ Daraus, so Dowrak, können wir lernen. Er sei auch der Meinung, dass die Partei angesichts der anderen, unerfreulichen Wahlergebnisse im Vorjahr nicht einfach so weiter machen, nicht wieder in den Trott der geläufigen Tagesordnungen übergehen könne. „Nachdenkarbeit ist angesagt.“
„Zum Jahreswechsel jährte sich zum 125sten Mal die Gründung unserer Partei (*diese fand zum Jahreswechsel 1888/89 im niederösterreichischen Hainfeld statt, Anm. d. Red.*). Wir werden dieses Ereignis gebührend feiern. Aber wir müssen auch immer wieder nachhaltig die Rolle und Funktion der Sozialdemokratie NEU denken. Diese Nachdenkarbeit muss eine begleitende kollektive Anstrengung werden“, so Dworak abschließend.

> Unsere Partei kann angesichts der unerfreulichen Wahlergebnisse im Vorjahr nicht einfach so weiter machen, kann nicht wieder in den Trott der geläufigen Tagesordnungen übergehen. Nachdenkarbeit ist angesagt.
>
> Rupert Dworak über die Sozialdemokratie NEU

Kuratorium für Verkehrssicherheit

Geplante Sicherheit

Im Jahr 2013 ist in Österreich die Zahl der Verkehrstoten erstmals unter 500 gesunken. Damit hat sich das Risiko, durch einen Verkehrsunfall getötet zu werden, seit dem Jahr 2000 um mehr als die Hälfte reduziert.

Othmar Thann

Die positiven Entwicklungen resultieren aus einer Fülle von Maßnahmen. Neben verbesserten Sicherheitstechnologien und erfolgreichen Gesetzesinitiativen tragen auch gut geplante Infrastrukturmaßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit auf Österreichs Straßen bei. Das KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) zeigt, wie richtige Raumplanung die Sicherheit in den Gemeinden erhöhen kann.
Anfang des Jahrtausends verzeichnete die Statistik noch 976 Tote. Damals lag die Wahrscheinlichkeit, im Lauf des Lebens bei einem Verkehrsunfall getötet zu werden, bei neun Promille.
13 Jahre später liegt sie bei rund vier Promille. Zurückgegangen ist in den letzten 13 Jahren auch die Zahl der Verkehrsunfälle: Wurden im Jahr 2000 bei 42.126 Unfällen knapp 55.000 Menschen verletzt, so liegt im Jahr 2013 die Zahl unter 45.000 Verletzten – und dies trotz einer deutlichen Zunahme an Fahrzeugen.

Wirkungsvolle Maßnahmen

Durchschnittlich passieren in Österreich mehr als die Hälfte

Durchschnittlich passieren in Österreich mehr als die Hälfte aller Verkehrsunfälle im Ortsgebiet. Unfälle, die durch eine gute Planung der Infrastruktur in den Gemeinden reduziert werden können.

aller Verkehrsunfälle im Ortsgebiet. Neben häufigen Unfallursachen, die auf ein Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmer zurückzuführen sind – wie etwa alkoholisiertes Fahren oder zu hohe Geschwindigkeiten – gibt es Unfälle, die durch eine gute Planung der Infrastruktur in den Gemeinden reduziert werden können. Der Grundstein für eine verkehrssichere Infrastruktur wird also schon in der Planungsphase gelegt.

▸ Mit Road Safety Audit (RSA) und Road Safety Inspection (RSI) Sicherheitsmängel aufzeigen

Maßgeblich für gute Planung und damit die Reduktion von Unfällen in der Gemeinde sind örtliche Entwicklungsprogramme bzw. -konzepte und Flächenwidmungspläne. Die Bestimmungen in diesen Dokumenten tragen stark zur Entwicklung und auch zur Steigerung oder Verminderung der Unfallzahlen in einer Gemeinde bei. Für die konkrete Planung von Straßenbauprojekten sollte künftig auch auf Gemeindestraßen das Road Safety Audit (RSA) verstärkt zum Einsatz kommen. Bei diesem standardisierten Verfahren zeigen unabhängige Experten – auch bei der Frage von Baustellenführungen – potenzielle Sicherheitsprobleme auf, die Korrekturen im frühen Entstehungsstadium ermöglichen. 80 Prozent der Sicherheitsmängel sind mit relativ geringem Aufwand in der Planung eliminierbar. Der volkswirtschaftliche Nutzen dieses Instruments ist rund 50 Mal höher als die Kosten der Audit-Durchführung. Häufige Mängel, die bei Audits festgestellt werden, betreffen vor allem die räumliche Linienführung, Kurvenradien, Sichtweite und Entwässerung. Im Gegensatz dazu steht das Instrument der Road Safety Inspection (RSI) zur Sicherheitsüberprüfung von bestehenden Straßen. Dabei wird das bestehende Straßennetz laufend durch Experten (Road Safety-Inspektoren) auf Mängel im Verkehrssicherheitsbereich geprüft. Vorhandene Mängel eines Streckenabschnitts werden aufgezeigt und nach Gefahrenpotenzial bzw. Dringlichkeit bewertet. Zudem werden Maßnahmen, die zur Verbesserung der Ist-Situation beitragen sollen, vorgeschlagen. Oftmals beruhen Mängel im Streckenumfeld auf veränderten Rahmenbedingungen im Straßenraum, wie zum Beispiel Bewuchs oder neu errichteten Gebäuden.
Im Gegensatz zu einem RSA, bei dem Straßenabschnitte, die in Planung sind, einer Überprüfung unterzogen werden, um Problemstellen in Bezug auf Verkehrssicherheit aufzuzeigen, wird eine RSI und die daraus abgeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung von Unfällen auf bestehenden Straßen durchgeführt.

▸ Integriertes Verkehrssicherheitskonzept berücksichtigt Bestands- und Planungsebene

Langfristiges Ziel im Verkehrssicherheitsmanagement ist es, bereits im Flächenwidmungsverfahren und bei der Planung von Großprojekten ein Road Safety Impact Assessment (Folgenabschätzung hinsichtlich der Verkehrssicherheit) durchzuführen. Beim Bau von Einkaufszentren sollte beispielsweise schon im Vorfeld untersucht werden, welche Auswirkungen ein solcher Anziehungspunkt auf das Verkehrsaufkommen hat und wie die Verkehrssicherheit davon beeinflusst wird. Ein integriertes Verkehrssicherheitskonzept setzt auf Bestands- wie auf Planungsebene an. Ein umfassendes Konzept kann somit auf Mängel im bestehenden Straßennetz und auf Risikofaktoren im Planungsvorhaben hinweisen. Die Umsetzung korrektiver Maßnahmen kann zu einer Reduzierung der Unfallzahlen in einer Gemeinde und zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit führen.

> Der Grundstein für eine verkehrssichere Infrastruktur wird schon in der Planungsphase auch in den Gemeinden gelegt.

Die Experten des KfV haben in all diesen Bereichen Know-how und alle Instrumente schon umfassend erfolgreich in der Praxis eingesetzt. Für nähere Informationen stehen Ihnen die Experten des KfV gerne zur Verfügung.

Dr. Othmar Thann ist Direktor des Kuratoriums für Verkehrssicherheit

Burgenland

www.eu-gemeinderaete.at

Homepage für EU-Gemeinderäte

BURGENLAND
Die burgenländischen Europa-Gemeinderäte haben eine neue Homepage bekommen. Unter **www.eu-gemeinderaete.at** können sie sich austauschen, ihre Arbeit präsentieren und über aktuelle Veranstaltungen informieren. Mehr als 140 Personen aus 100 Gemeinden wurden im Burgenland bisher als Europagemeinderäte geschult. In ihren Gemeinden fungieren sie als lokale Ansprechpartner und machen „die EU“ greifbar. Land Burgenland und Regionalmanagement unterstützen seit Anfang 2012 die Initiative „EU-Gemeinderäte“.

Foot: Jürgen Fächle

Forschungscampus für 500 Forscher und Studierende

Ökoenergie-Campus in Strem geplant

STREM
Am Ortsrand von Strem soll ein Großprojekt für Ökoenergie umgesetzt werden. Über 200 Millionen Euro werden in einen Forschungscampus mit Anlagen, Labors, Unterkünfte und Freizeiteinrichtungen für rund 500 Forscher und Studierende investiert. Das bis jetzt in Güssing entwickelte Know-how in Sachen Bioenergie soll hier verbessert und dann weltweit verkauft werden. Hinter dem Projekt stehen zwei internationale Konzerne auf dem Energiesektor. Scheitern könnte das Projekt noch an der ausstehenden Grundstücksumwidmung.

Neujahrsvorsatz

Proporz soll 2014 fallen

BURGENLAND
Einen besonderen Neujahrsvorsatz hat die burgenländische SPÖ gefasst. Im Rahmen einer Verfassungs- und Demokratiereform soll der Proporz abgeschafft sowie Landesregierung und Landtag verkleinert werden. Auch ÖVP-Chef Franz Steindl kündigte bereits an, über die Abschaffung des Proporzes reden zu wollen. Weitere Eckpunkte sind die Erweiterung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auf alle Gemeinden und ausgelagerten Gesellschaften sowie ein Ausbau des Minderheitenrechts für die Opposition.

Kärnten

Forderung an die Bundesregierung

Strukturfonds als Sofortmaßnahme

KÄRNTEN
In einer Aussendung wandte sich der Kärntner Gemeindebund an die neue Bundesregierung und forderte sie auf, die Anliegen des ländlichen Raums ernst zu nehmen.
Aufgrund des abgestuften Bevölkerungsschlüssels verlieren viele Kärntner Gemeinden an Finanzkraft. „Ohne ein rasches Gegensteuern und Initiativen zur Stärkung des ländlichen Raums werden Kärntens Städte und Gemeinden, insbesondere die Gemeinden abseits des Zentralraums, nicht mehr in der Lage sein, annähernd gleichwertige Lebensbedingungen für ihre Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen und essenzielle Infrastrukturen wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Straßen, Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen aufrecht zu erhalten“, so Präsident Ferdinand Vouk und die Vize-Präsidenten Valentin Happe und Maximilian Lindner. Sie bekennen sich zu Verwaltungskooperationen und zur Nutzung von Einsparungspotenzialen, fordern jedoch als Sofortmaßnahme einen Strukturfonds in der Höhe von 500 Millionen Euro für strukturschwache Gemeinden und Abwanderungsgemeinden.

Foot: Gemeindebund Kärnten

Kärntens Gemeindebund-Präsident fordert, dass die neue Bundesregierung die Anliegen des ländlichen Raumes ernst nimmt.

Kinder- und Jugendschutz

Meldungspflicht wird ausgebaut

KÄRNTEN
Mit Jahresbeginn ist in Kärnten das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz in Kraft getreten. Es löst das alte Jugendwohlfahrtsgesetz ab und bringt neue Regeln für den Schutz von Kindern. Es gibt aber auch Kritik, denn die Verschwiegenheitspflicht bei Beratungen wird gelockert. Stattdessen wird das Vier-Augen-Prinzip eingeführt. Eine weitere Änderung betrifft die Gefährdungsmeldung selbst. Künftig sollen viel mehr Berufsgruppen als bisher verpflichtet sein, bei Verdacht auf Kindesmissbrauch eine solche Meldung zu machen.

Niederösterreich

Gemeinde hat keine rechtliche Handhabe

Oed: Ist die Media-Markt-Werbung blöd?

OED
Die Gemeinde Oed-Öhling ist seit der Media-Markt-Werbung mit dem Slogan „Ich bin doch nicht OED“ in aller Munde. Kommunalnet fragte in der Gemeinde nach, wie die Werbung ankommt. Laut Bürgermeister Josef Dirnberger wurde die Gemeinde nicht vorab gefragt, ob die Werbeagentur den Namen verwenden darf. Da die Werbung nicht explizit den Gemeindennamen Oed-Öhling verwendet, gibt es auch keine rechtliche Handhabe. Aber: „Die Jungen finden es eher lässig“, so der Ortschef.

Reduktion der Bezirksgerichte

Fusion lässt auf sich warten

AMSTETTEN
Mit dem Jahreswechsel wurde auch die Zahl der Bezirksgerichte reduziert. Allerdings kann aus Platzmangel nicht an allen Standorten übersiedelt werden. Die Bezirksgerichte Haag und Waidhofen an der Ybbs sind auf dem Papier zwar mit Amstetten zusammengelegt worden, doch aufgrund fehlender räumlicher Kapazitäten muss in Amstetten in den kommenden drei Jahren erst ein Zubau errichtet werden.

Der Zonenplan sollte den „Wildwuchs“ an Windrädern beseitigen.

Kritik der IG Windkraft

98 Prozent der Fläche für Windkraft tabu

NIEDERÖSTERREICH
Im Dezember wurde vom Land Niederösterreich ein Zonenplan für den Windradausbau präsentiert. Das Ergebnis: 98 Prozent der Landesfläche sind laut diesem Plan für einen Windradausbau tabu. Auf den verbleibenden zwei Prozent können Anlagen beantragt werden. Diese werden allerdings einer Umweltverträlichkeitsprüfung unterzogen. Die IG Windkraft kritisiert den Zonenplan als „drastische Einschränkung“ und stellt die Klimaziele des Landes in Frage.

Oberösterreich

Postings in Internetforen

Wann geht Kritik zu weit?

STEYR
Die Anonymität im Internet motiviert zur Verbreitung beleidigender Postings. Steyrs Bürgermeister Gerald Hackl erlebt dies im Moment hautnah.
Im Forum „e-steyr.com“ verbreiteten Poster beispielsweise, dass er sich für die Genehmigung eines Einkaufszentrum bestechen hat lassen, oder dass er „billige Parteipolitik“ betreibt. Gegen diese und weitere Anschuldigungen will sich Hackl nun zur Wehr setzen und verklagt die Internetforum-Poster. „Politiker dürfen nicht empfindlich sein, aber sie haben auch Bürgerrechte“, so Hackl.
Der Betreiber des Webforums, Peter Freyka, nahm die Postings zwar vom Netz. Die Identität der Poster muss er aber nicht bekannt geben, solange ihn kein Gericht dazu anweist.
Im Dezember 2013 forderte Hackl über eine Anwaltskanzlei, dass ein Leserbrief über ihn von der Seite entfernt werden müsse, weil dieser sein Ansehen in der Öffentlichkeit schädige. Der Betreiber ließ den Leserbrief mit dem Verweis auf die Meinungsfreiheit auf der Seite stehen und erklärte: „Wir lassen uns nicht mundtot machen, Hr. Bürgermeister!“

Foot: fotolia/momius

Ein Sturm der Entrüstung mit beleidigenden Postings, statt sachliche Kritik: Das Phänomen ist in Internetforen und Social Media bekannt.

Polizeiposten

Widerstand gegen Schließungen

OTTNANG/AMPFLWANG
In den letzten Wochen wurde über die Schließung einzelner Polizeiposten spekuliert. Anfang Februar will Innenministerin Johanna Mikl-Leitner ein Konzept vorlegen. In den Gemeinden regt sich jedoch bereits Widerstand.
Ottnangs Bürgermeister Josef Senzenberger kündigte eine Resolution gegen die drohende Schließung von Polizeiinspektionen an.
Auch die Gemeinde Ampflwang, deren Posten von der Schließung betroffen sein soll, will um das Bestehen kämpfen, so Rosemarie Schönpass, Bürgermeisterin von Ampflwang.

Salzburg

Hohe Verkehrsbelastung in den Gemeinden

Ruf nach flächendeckender Lkw-Maut

Foto: lassedesignen/fotolia

Um die Autobahnmaut zu umgehen, passieren die Lkw-Ortsgebiete.

SALZBURG
Immer mehr LKWs rollen durch Österreichs Gemeinden. Die Fahrer umgehen so die Autobahnmaut, die Gemeinden leiden unter der hohen Verkehrsbelastung. Das Land will dem gemeinsam mit dem Bund einen Riegel vorschieben. Angedacht ist eine flächendeckende Lkw-Maut für Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen. Die Bürgerinitiative Lebensraum Salzkammergut hat bereits im April 2011 ein Fahrverbot für Lkw über 3,5 Tonnen auf der Wolfgangseestraße (B158) erkämpft.

Kauf der Betten über Spenden ermöglicht

Mobile Betten für schnelle Pflege

ST. VEIT
Die Gemeinde St. Veit im Pongau hat für die Pflege ihrer älteren Gemeindebürger einen schnellen und unbürokratischen Weg gefunden. Vier mobile Pflegebetten können ohne Wartefrist beim Gemeindeamt oder beim Bauhof angefordert werden. Unabhängig davon, ob sie wenige Wochen oder mehrere Jahre benötigt werden. Der Kauf der 3000 Euro teuren Betten wurde durch Spenden möglich, sagt Bürgermeister von St.Veit, Sebastian Pirnbacher: „Alle haben mitgeholfen."

Gemeinde, Feuerwehr, ÖBB:

Streit um Kosten für Tunnelsicherung

TAXENBACH
In der Pinzgauer Gemeinde Taxenbach streiten Gemeinde, Feuerwehr und ÖBB über die Sicherung von drei Eisenbahntunnels. Bei einem Unfall könnten die Einsatzkräfte nur schwer in den Eisenbahntunnel vordringen, weder mit Fahrzeugen noch zu Fuß. Taxenbachs Bürgermeister fordert die ÖBB zum Handeln auf und will nicht, dass die kostspieligen Sicherungsaufgaben an der Gemeinde hängen bleiben.

Steiermark

Integration von Jugendlichen

Erste Jugendkonferenz

Foto: RMO GmbH

In Arbeitsgruppen wurden Wünsche und Forderungen erarbeitet.

OSTSTEIERMARK
Erstmals in der Geschichte der Oststeiermark fand, auf Einladung der Regionalentwicklung Oststeiermark, im Dezember 2013 in der Stadtwerke-Hartberg-Halle eine Jugendkonferenz statt. Eingeladen waren alle Jugendlichen der Region im Alter von 15 bis 19 Jahren. Viele waren angereist um ihre Ideen, Wünsche und Forderungen an die Zukunft der Region einzubringen. Die Jugendkonferenz hat gezeigt, wie ernst die Jugendlichen ihre Region nehmen. So wurden viele positive Dinge wie die schöne Landschaft oder ein starkes Vereinswesen hervorgehoben. Wichtige Anliegen der Jugendlichen sind beispielsweise eine Stärkung des Öffentlichen Verkehrs oder die Förderung von Späteinsteigern in die Lehre. Gerade der Umwelt- bzw. Tierschutz ist den Jugendlichen wichtig, ebenso soziales Engagement von Betrieben und die Versorgung von benachteiligten Menschen. Im Bereich Kultur wünschen sich die Jugendlichen mehr Konzerte und auch Veranstaltungen. Ein großer Wunsch ist der Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort.

Rückhaltebecken

Ärger über Ablöse

LIEBOCH
Seit gut 20 Jahren wird in der Gemeinde Lieboch über den Bau eines Rückhaltebeckens diskutiert. Nun, kurz vor der Umsetzung, kommt es zu Problemen mit den Landwirten. Zwischen 6,50 und 7,50 Euro pro Quadratmeter wollen das Land und die Gemeinde Lieboch für Grundstücksablösen bezahlen. Zudem soll es einmalige Entschädigungen für künftige Überschwemmungsgebiete geben. 15 betroffene Liebocher Landwirte sind mit dem Angebot unzufrieden und haben sich zu einer Interessensgemeinschaft zusammengeschlossen.

Tirol

Forderung des Tiroler Gemeindevertreterverbandes

Agrargemeinschaftliche Erlöse gehören steuerfrei gestellt

TIROL
Nachdem das Höchstgericht entschied, dass die Nutzung und der Ertrag aus agrargemeinschaftlichem Gemeingut den Gemeinden zustehen, fordert Tirols Gemeindeverbands-Präsident Ernst Schöpf nun, dass diese Erlöse steuerfrei gestellt werden. Der Tiroler Gemeindeverband hat ein Gutachten bei dem Steuerrechtler Hermann Peyerl von der BOKU Wien beauftragt. Das Gutachten stellt fest, dass Gemeinden bei den Einkünften steuerbefreit sind, da Kommunen Aufgaben für das Gemeinwohl zu erfüllen haben. Bei Agrargemeinschaften werden die Einkünfte hingegen wie bei allen anderen Unternehmen besteuert. Deswegen darf für diese Einkünfte keine Körperschaftsteuer anfallen. „Wenn die Einkünfte aus dem agrargemeinschaftlichen Gemeindegut künftig den Gemeinden zuzurechnen sind, dann muss auch die Besteuerung nach den für Gemeinden geltenden Regeln erfolgen“, erklärt Peyerl.

Ein Gutachten bestätigt die Forderung des Gemeindeverbands.

Pilotprojekt

Zukunftsweisender Energiemix

IMST
Die Wohnhausanlage „Arche Noah“ in der Tiroler Gemeinde Imst ist eines der zukunftsweisenden Bauprojekte in Österreich. Auch aus energietechnischer Sicht ist diese Wohnhausanlage einzigartig: Das ausgeklügelte Heizsystem verbindet Sonnenkraft, Erdwärme und Erdgas. Wenn die erneuerbaren Energiequellen das Gebäude witterungsbedingt nicht mehr ausreichend mit Wärme oder Strom versorgen können, springt Erdgas ein. Die „Arche Noah“ in Imst ist somit ein Vorbild für andere Projekte.

Vorarlberg

Kontinuierlicher Ausbau

Immer mehr Ganztagsklassen

VORARLBERG
In den letzten vier Jahren hat sich die Zahl der Ganztagsklassen in Vorarlberg von zwei auf 50 erhöht. Die derzeitige Anmeldesituation zeigt, dass es im kommenden Jahr ein weiteres Aufstocken geben wird, so die Personalressourcen und Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.
Bei einer Ganztagsklasse mit verschränktem Unterricht verbringen die Schüler den Tag von 8.00 bis 16.00 Uhr in der Schule, wobei sich Unterrichts- und Freizeiteinheiten abwechseln. Auch Kinder mit nicht deutscher Muttersprache profitieren von diesem Modell.

Sichere Radwege erleichtern den Umstieg vom Auto aufs Fahrrad.

Investitionen in Radwegsanierung

Das Fahrrad als echte Alternative

RANKWEIL
Um 100.000 Euro wird in der Gemeinde Rankweil der Geh- und Radweg entlang der Nafla umgebaut. An manchen Stellen des etwa 80 Meter langen Abschnitts stand nur ein Streifen von 1,7 Metern Breite für den Radverkehr zur Verfügung. Um eine Mindestbreite von 2,5 Metern zu erreichen, wurde die Ufermauer in Form einer Auskragung umgebaut. Die Maßnahme dient der Verkehrssicherheit aber auch der Attraktivität des Radweges und ist ein weiterer Anreiz für den Umstieg aufs Fahrrad.

Tagesklinisches Angebot

Der beste Ort für den Patienten

VORARLBERG
In Vorarlberg soll die tagesklinische Versorgung ausgebaut werden, um lange Spitalsaufenthalte von Patienten abzukürzen. Kern der Reform ist das „Best-point-of-service“-Prinzip, das besagt, dass der Patient immer am für ihn passenden Ort behandelt werden soll. Besonders ältere und alleinstehende Patienten sollen laut Gesundheitslandesrat von den geplanten Nachsorgeeinrichtungen profitieren. Hierfür müssen die therapeutische und medizinische Betreuung ausgebaut werden.

SÜDTIROL

Foto: Südtiroler Gemeindenverband

Die Mitglieder des Rates der Gemeinden und des Verwaltungsrates des Südtiroler Gemeindenverbandes : Mag. Werner Dissertori, Bernhard Daum, Dr. Patrik Ausserer, Dr. Fritz Karl Messner, Elisabeth Laimer, Dr. Günther Januth, Dr. Luigi Spagnolli, Klaus Ladinser, Präsident Andreas Schatzer, Erwin Wegmann, Dr. Liliana Di Fede, Joachim Reinalter, Franz Locher, Albert Pürgstaller, Dr. Franz Complojer und Benedetto Zito (es fehlt Dr. Luigi Gallo).

Der Südtiroler Gemeindenverband hat einen neuen Präsidenten

Andreas Schatzer, Bürgermeister und Präsident

BOZEN
Am Freitag, den 13. Dezember 2013 hat die Vollversammlung des Südtiroler Gemeindenverbandes im Festsaal der Gemeinde Bozen ihren neuen Präsidenten gewählt. Nach dem Wechsel von Arno Kompatscher in den Südtiroler Landtag musste nicht nur der Posten des Verbandspräsidenten, sondern auch jener des Präsidenten des Rates der Gemeinden neu besetzt werden.
Zuvor musste jedoch das 17. Mitglied im Rat der Gemeinden ersetzt werden. Für dieses Amt gab es vier Bewerber: den Bürgermeister der Gemeinde Terlan, Klaus Runer, den Bürgermeister der Gemeinde Prettau, Robert Alexander Steger, den Bürgermeister der Gemeinde Schlanders, Dieter Pinggera, und als Kandidaten der letzten Minute den Bürgermeister der Gemeinde Sarntal, Franz Locher. Während die anderen Kandidaten bei ihrer Vorstellung unterstrichen, auch für das Amt des Präsidenten zur Verfügung zu stehen, betonte Franz Locher einzig für den Posten eines Ratsmitglieds zu kandidieren. Bei der anschließenden geheimen Wahl entfielen 45 Stimmen auf Franz Locher, 25 auf Dieter Pinggera, 22 auf Robert Alexander Steger und 15 auf Klaus Runer.
Damit waren aber auch gleich drei Anwärter auf den Präsidentenposten aus dem Rennen. Der Präsident des Gemeindenverbandes und des Rates der Gemeinden wird nämlich aus den 17 Mitgliedern des Rates der Gemeinden gewählt. Somit blieb nur mehr der Bürgermeister von Vahrn, Andreas Schatzer, als Kandidat für das Präsidentenamt übrig. Der Bürgermeister von Bozen, Luigi Spagnolli, hatte kurz zuvor unter Hinweis auf eine Vereinbarung mit Andreas Schatzer seine Kandidatur zurückgezogen.
Die Wahl des Nachfolgers von Arno Kompatscher schien damit nur mehr eine Formsache zu sein. Umso überraschender fiel das Wahlergebnis aus: Andreas Schatzer erhielt 75 von 105 Stimmen, 28 Stimmzettel blieben weiß, zwei Stimmen entfielen auf Franz Locher.
Auf die vielen weißen Stimmzettel angesprochen, gibt sich Andreas Schatzer gelassen: „Mit dem Wahlausgang bin ich eigentlich zufrieden. Die 28 weißen Stimmzettel sind auf die Vereinbarung mit Bozens Bürgermeister Luigi Spagnolli zurückzuführen. Ich wurde aber nicht richtig verstanden. Wir haben nur besprochen, dass die Landeshauptstadt eine Sonderrolle erhält. Über eine Korrektur bei der Aufteilung der laufenden Zuweisungen wird bereits seit Längerem diskutiert. Mehr Geld für Bozen gibt es aber nur, wenn die Gemeinden insgesamt mehr Geld vom Land bekommen.“ Zu seinen weiteren Schwerpunkten befragt, sagt der neue Präsident des Gemeindenverbands sein Ziel sei es, die ausufernde Bürokratie in den Griff zu bekommen und den Verband so aufzustellen, dass in Zeiten knapper werdender Kassen viel mehr als heute zentral abgewickelt werden kann. In der Zwischenzeit sind für die Gemeinden weitere wichtige Entscheidungen gefallen. Am 9. Januar 2014 wurde der bisherige Präsident Arno Kompatscher vom Südtiroler Landtag zum neuen Landeshauptmann gewählt. Der ehemalige Präsident des Gemeindenverbandes Arnold Schuler hingegen wurde mit gestrigen Datum (16. 1. 2014) zum Landesrat für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gemeinden. Sein Ressort leiten wird Klaus Unterweger, ein vormaliger Mitarbeiter des Gemeindenverbandes. Alles in allem also keine schlechten Vorzeichen für die bevorstehende Legislaturperiode.

INFORMATION

Südtiroler Gemeindenverband
info@gvcc.net
Tel. +39 0471 304655
www.gvcc.net

PERSONALIA

Foto: Waidhofen a.d. Thaya

Gemeinderätin Barbara Tobolka-Mares, Bürgermeister Robert Altschach, Vizebgm. Thomas Lebersorger und Stadtrat Eduard Hieß.

Neuer Ortschef in Waidhofen a. d. Thaya

Nach dem überraschenden Rücktritt von Bürgermeister Kurt Strohmayer-Dangl Anfang Dezember, fand am 16. Dezember 2013 die Neuwahl des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Waidhofen an der Thaya statt. Seitens des Klubs der Österreichischen Volkspartei im Gemeinderat, die die absolute Mehrheit hält, wurde Stadtrat Robert Altschach für die Wahl zum Bürgermeister vorgeschlagen und mit 20 gültigen Stimmen gewählt. Vizebürgermeister bleibt Mag. Thomas Lebersorger. Altschach ist Geschäftsführer des Abfallwirtschaftsverbandes des Bezirkes Waidhofen.

Hainburg trauert um Bürgermeister

Karl Kindl, Bürgermeister von Hainburg, ist im 60. Lebensjahr nach kurzer schwerer Krankheit verstorben. Kindl war verheiratet und hinterlässt einen Sohn mit Familie. Kindl stieg im Jahr 2000 in die Kommunalpolitik als Kandidat der ÖVP ein. 2005 errang er das Amt des Bürgermeisters, das er bis kurz vor seinem Ableben ausfüllte. Unter seiner Amtsführung bekam die Mittelalterstadt an vielen Stellen ein neues Gesicht. Besonders während der Landesausstellung 2011 wurde, trotz der angespannten Finanzlage, an allen Ecken und Enden gebaut.

FÜR VERDIENSTE UM DIE REPUBLIK

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 19. Dezember 2013 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

- Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an **Christine Gredler**, ehem. Vizebürgermeisterin der Marktgemeinde Aschach an der Donau in Oberösterreich
- Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an **Erwin Kastner**, Bürgermeister der Marktgemeinde Baumgartenberg in Oberösterreich
- Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an **Rupert Wahlmüller,** Bürgermeister der Marktgemeinde Naarn im Machland in Oberösterreich

Kommunal Wirtschafts Forum
Partnerschaft mit Zukunft

Frühbucherbonus verlängert bis 2.2.2014

20.-21. März 2014
Congress Casino Baden

Public Leadership – aktiv, nachhaltig, jetzt!

Kommunen müssen aktiv werden. Der nächste Finanzausgleich verspricht ein noch geringeres Budget – Geldquellen bzw. Einsparungspotentiale müssen dringend gefunden werden. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo jede Stadt und jede Gemeinde beginnen muss, unternehmerisch zu agieren. Aktiv und nachhaltig die Führung selbst in die Hand zu nehmen, das ist die Herausforderung der Zukunft!

Nützen Sie den hochkarätigen Treffpunkt, die exklusiven Tipps der Experten und das Netzwerken in einem visionären Kreis: Im März 2014 am vierten Kommunalwirtschaftsforum in Baden bei Wien.

Information und Registrierung
kommunalwirtschaftsforum.at
+43 1 409 79 36-66 | karin.auer@sympos.at

Initiatorengruppe
Deloitte. PORR Raiffeisen Meine Bank
SIEMENS VASKO+PARTNER

Unter der Schirmherrschaft von
Österreichischer Gemeindebund
Österreichischer Städtebund

Österreichischer Verkehrssicherheitspreis

Der „Aquila“ fliegt 2014 wieder

Das KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) und der Österreichische Gemeindebund möchten sich mit der Verleihung des „AQUILA 2014“ – dem Österreichischen Verkehrssicherheitspreis – bei all jenen bedanken, die durch ihr außergewöhnliches Engagement und ihre Kreativität einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit auf Österreichs Straßen leisten. Premiere für eine neue Kategorie – den Kreativwettbewerb „Unsere Ideen für sicheres Gehen“! Österreichs SchülerInnen werden dazu aufgerufen, ihre bewusstseinsbildenden Ideen in Form eines kreativen Plakats oder Videoclips einzureichen. Die beste Idee wird schließlich professionell umgesetzt.

Wer kann für den „Aquila 2014“ einreichen?
Wenn Ihnen die Verbesserung der österreichischen Verkehrssicherheit und die damit verbundene Reduktion von Unfällen wichtig sind und Sie ein entsprechendes Projekt zu diesem Thema durchgeführt haben/durchführen, dann bewerben Sie sich bis zum 9. Mai 2014 in einer der folgenden Kategorien:

- Bildungseinrichtungen (Kindergärten und Schulen)
- Städte und Gemeinden
- Unternehmen, Vereine und sonstige Institutionen
- Medien
- Kreativ-Wettbewerb „Unsere Ideen für sicheres Gehen“ (SchülerInnen ab der 1. Schulstufe)

Projektpräsentation und Preisverleihung
Im Rahmen einer feierlichen Gala im Juni werden die Siegerprojekte aller Kategorien präsentiert. Der Österreichische Verkehrssicherheitspreis wird in Form einer Trophäe, dem „Aquila“, verliehen. Die SiegerInnen des Kreativ-Wettbewerbs können über einen Sicherheitstag mit dem Sicherheitsexperten Helmi freuen.

Alle Informationen und das Einreichformular finden Sie online unter:
www.kfv.at/aquila

PERSONALIA

Rückzug nach 30 Jahren angekündigt

Fritz Knotzer, seit 30 Jahren Bürgermeister der Gemeinde Traiskirchen im Bezirk Baden, will bei den Gemeinderatswahlen im Frühjahr 2015 nicht mehr antreten. Noch bei den Gemeinderatswahlen 2010 konnte Knotzer 69 Prozent der Stimmen für sich gewinnen.

Sein Wunschnachfolger ist der 40-jährige Stadtrat Andreas Babler, allerdings werden die Bürger entscheiden, wer das politische Erbe weiterführen wird. Der 70-Jährige war von 1970 bis 1985 als SPÖ-Bezirkssekretär in Baden tätig. 1975 wurde der gelernte Kaufmann und Vater von vier Kindern Gemeinderat in Traiskirchen. Zehn Jahre später wurde er zum Ortschef gewählt. Neben dem Ausbau und der Renovierung von Straßen, der Weiterentwicklung der Betriebsansiedelungsgebiete Traiskirchen Süd und Nord und der Einrichtung eines Schülerhorts kann Knotzer noch auf viele weitere Verdienste zurückblicken. Unter anderem gehen der Bau eines Seniorenwohnheimes, die Errichtung eines Kindergartens und eines Sportzentrums, die Renovierung der Pfarrkirche in Tribuswinkel, der Neubau eines Feuerwehrhauses sowie die Fertigstellung der Neuen Mittelschule in Traiskirchen auf seine Initiativen zurück.

Spitzenwechsel in Statzendorf

Die niederösterreichische Gemeinde Statzendorf hat mit Michael Küttner einen neuen Bürgermeister. Der 46-Jährige ist gelernter Werkzeugmaschineur und trat 2000 in den Gemeinderat ein. Sein Vorgänger Gerhard Reithmayr musste sein Amt aus gesundheitlichen Gründen im November 2013 zurücklegen. Als Vizebürgermeister agiert Wolfgang Steininger, der genau wie Neo-Bürgermeister Küttner ebenfalls Gemeinderat war.
In einem ersten Schritt will Küttner, dass ihn die Bürger besser kennenlernen können. Hierzu wird er einen Gemeinde-Stammtisch einführen, bei dem alle Gemeindebürger ihre Anliegen äußern können.

In der 1378-Einwohner-Gemeinde sind laut dem neuen Ortschef mehrere Projekte geplant, wie zum Beispiel ein neuer Bauhof, die thermische Sanierung der Volksschule, aber auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch die Ansiedlung umweltfreundlicher Betriebe. Außerdem sollen mit dem neuen Bürgermeister erschwingliche Wohnungen und Bauplätze für die Statzendorfer Jugend entstehen.

BUCHTIPPS

Korruption beim Kaffeetrinken?

Das vorliegende Handbuch bietet eine erste Orientierung zu den neuen Regelungen des Korruptionsstrafrechts und soll vor allem auch für die Nichtjuristen unter den politischen Funktionären verständlich sein.
Für politische Funktionäre bringen die neuen Gesetze einen Nachholbedarf an Informationen.
Deshalb soll dieses Buch einen leicht verständlichen Beitrag zur Korruptionsbekämpfung leisten, um manche davon abzuhalten, eine Einladung vielleicht allzu unbedacht anzunehmen.
Es soll aber auch dazu beitragen, dass Akteure in Politik und Verwaltung die ohne Hintergedanken bestellte Tasse Kaffee wieder in Ruhe genießen können.

Das Buch

Werner Suppan, Dietmar Halper: Korruption beim Kaffeetrinken? Eine Orientierung zum Korruptionsstrafrecht für politische Amtsträger und Funktionäre.
1. Auflage, broschiert.
ISBN: 978-3-9503605-4-7
Preis: 4,50 Euro
Erschienen 2013 im Verlag Noir.
www.polak-shop.at

Facebook-Fanseiten leicht gemacht

Social Media, wie zum Beispiel Facebook, ist auch für Gemeinden ein immer wichtigeres Thema. Gemeinden, Vereine oder Unternehmen können mit einer eigenen Fanseite unmittelbar kommunizieren. Das Buch ist ein idealer Ratgeber für Einsteiger und Anfänger auf Facebook und bietet praktische Tipps zum Umgang mit der eigenen Fanseite. Einen besonderen Mehrwert bieten die elf Experteninterviews, in denen Fanseiten-Betreiber aus unterschiedlichen Bereichen befragt wurden und zahlreiche Einblicke aus der Praxis geben. Ergänzt wird der Ratgeber durch das bisher umfangreichste Facebook-Lexikon im deutschsprachigen Raum sowie den zehn Geboten des Facebook-Marketings.

Das Buch

Konrad Welzel: Facebook Fanseiten. Der ideale Ratgeber für Einsteiger.
252 Seiten, Softcover.
ISBN: 978-1-627840-05-7
Preis gedruckt: 16,99 Euro
Preis E-Book: 9,99 Euro
Erschienen 2013 im Windsor Verlag
shop.windosor-verlag.com

Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs

Die fünf effizientesten Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs in einer Gemeinde werden in der neuen Broschüre im Auftrag des Verkehrsministeriums vorgestellt. Das Ziel: Eine nachhaltige und sozial verträgliche Mobilität durch Stärkung des Radverkehrs zu erreichen.
Mit 50.000 Euro könnten beispielsweise zehn Kilometer Radfahrstreifen markiert, 50 überdachte und beleuchtete Fahrradabstellplätze angeschafft oder drei bis fünf neue Fahradstraßen errichten werden. Plakativ und einfach verständlich wird die Förderung des Radverkehrs in den Gemeinden in der aktuellen Broschüre dargestellt.

Das Buch

BMVIT (Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie): Kosteneffiziente Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs in Gemeinden.
3. Auflage, 70 Seiten, Broschüre.
Eine Print-Version ist gratis erhältlich beim bmvit:
E-Mail: infra4@bmvit.gv.at
www.bmvit.gv.at

TERMINE

Naturschutzrecht in der Praxis

Die Förderung und Erhaltung der Lebensvielfalt durch den richtigen Schutz und einer nachhaltigen Nutzung der Lebensräume hilft erheblich beim Kampf gegen den Verlust von Artenvielfalt.

Gemeinden nehmen hierbei eine zentrale Rolle ein. Artenschutz- und Naturschutzrecht sind in Anlagengenehmigungsverfahren wichtige Aspekte. Auch vermehrtes Hochwasservorkommen in österreichischen Gemeinden bedingt den gelernten Umgang mit der Situation.Darum ist es wichtig, über rechtliche Rahmenbedingungen bei der Planung und Umsetzung von Projekten Bescheid zu wissen. Fragen nach der Notwendigkeit naturschutzrechtlicher Genehmigungen oder nach der Vereinbarkeit von in vielen Naturschutzgesetzen vorgesehenen Abwägungen zwischen Naturschutzinteressen und anderen öffentlichen Interessen werden deshalb im ÖWAV-Kurs „Naturschutzrecht in der Praxis“ diskutiert.

Die Kosten für das eintägige Seminar belaufen sich für ÖWAG-Mitglieder auf 220 Euro, für Nicht-Mitglieder auf 390 Euro. Um Anmeldung bis 10. Februar wird gebeten.

Wann: 19. Februar 2014
Wo: Flughafen Graz-Thalerhof
Info & Anmeldung:
www.oewav.at

Offenlegung

gemäß § 25, Abs. 1 – 4, Mediengesetz 2005 für die periodische Druckschrift „KOMMUNAL“

Herausgeber:
Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/512 14 80

Präsident:
Bgm. Helmut Mödlhammer

Vizepräsidenten:
Bgm. Mag. Alfred Riedl,
Bgm. Rupert Dworak

Generalsekretär:
Hofrat Dr. Walter Leiss

Medieninhaber und Verleger:
Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstraße 6, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 88-22,
E-Mail: **kommunalverlag@kommunal.at**

Firmenbuch-Nr.:
FN 95905 Wien
DVR: 0930 423
UID-ATU: 149 26 204

Geschäftsführung:
Mag. Michael Zimper

Unternehmensgegenstand:
Die Herstellung, der Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften. Weiters der Handel mit Waren aller Art und die Organisation von Veranstaltungen.

Gesellschafter sind die P & V Holding Aktiengesellschaft (35 Prozent) sowie die „Verlassenschaft nach Prof. Walter Zimper“, geb. 29.04.1942 BG Wr. Neustadt, GZ 15 A 16/08z (65 Prozent).

Die **grundlegende Haltung des KOMMUNAL** ist die Information der österreichischen Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sowie leitende Beamte) sowie aller mit der Kommunalpolitik des Landes befassten Politiker des Bundes und der Länder über alle relevanten kommunalpolitischen Probleme nach den objektiven Grundsätzen der überparteilichen, gesetzlichen Interessenvertretung der österreichischen Gemeinden, dem Österreichischen Gemeindebund.

KOMMUNAL ist das offizielle Organ des Österreichischen Gemeindebundes und erscheint monatlich. Es wird im Direktversand an folgende Personen- und Zielgruppen versandt:

- Alle Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte und Geschäftsführenden Gemeinderäte der Gemeinden Österreichs.
- Alle leitenden Gemeindebeamten und alle führenden Gemeindebediensteten sowie die Spitzenfunktionäre und Sachbearbeiter der österreichischen Wasser-, Abwasser-, Müll- und Reinhalteverbände sowie der Freiwilligen Feuerwehren.
- Alle für die Kommunalpolitik relevanten Behördenvertreter und Beamten der Ministerien, Bundesstellen und der österreichischen Bundesländer.
- Alle politischen Mandatare der im Parlament vertretenen Parteien auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene.
- Wichtige Meinungsträger im Bereich anderer Behörden und Interessensvertretungen sowie der österreichischen Wirtschaft.

IN DIESER AUSGABE

Fach- und Serviceinformationen

- Bundesministerium für Inneres 25
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft 26
- Bundesministerium für Finanzen 28
- Austria Glas Recycling GmbH 34
- BAUERNFEIND GmbH 34
- Pitters Trendexperte e.U. 35
- Maschinenring Österreich GmbH 41
- Altstoff Recycling Austria AG 42
- Post AG 44
- HALI Büromöbel GmbH 47
- Neudörfler Office Systems GmbH 52
- Lindner Traktorenwerk 53
- Salzburg Wohnbau GmbH 54

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Tel.: 01/532 23 88 - 0
Fax: 01/532 23 88 oder
Fax: 01/532 23 88 DW 22
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke
Tel.:01/532 23 88 – 14
alexander.palaschke@kommunal.at

TERMINE

Mobilitätslehrgang 2014

Auch 2014 gibt es für Bürgermeister, Mandatare und Gemeindemitarbeiter wieder die Möglichkeit, sich zum kommunalen Mobilitätsbeauftragten oder Radbeauftragten ausbilden zu lassen. Die Gemeinde erhält mit einem kommunalen Mobilitätsbeauftragten eine kompetente Ansprechperson für Verkehrsbelange, die u. a. mit regionalen Mobilitätszentralen effizient zusammenarbeitet. Zu den Lehrinhalten zählen die nachhaltige Verkehrsgestaltung, von der Raumplanung bis zur Bewusstseinsbildung, Maßnahmen für attraktiven Fußgänger- und Radverkehr, attraktiver öffentlicher Verkehr, Mobilitätsförderung und Konfliktmanagement. Der Schwerpunkt „Radverkehr“ am ersten Tag kann mit dem Zertifikat „KommunaleR RadverkehrsbeauftragteR“ abgeschlossen werden.
Der Lehrgang wird von Klimabündnis Österreich durchgeführt in Kooperation mit der ENU Energie- und Umweltagentur NÖ, klima:aktiv mobil und dem Lebensministerium. Die Kosten belaufen sich auf 740 Euro, wird nur der erste Tag gebucht auf 280 Euro. Anmeldeschluss ist der 20. März 2014.

Wann:
Termin 1: 31. März bis 1. April 2014, 9.00-17.00 Uhr
Termin 2: 26. bis 27. Mai, 9.00-17.00 Uhr
Wo: 3100 St. Pölten, Grenzgasse 10
Info & Anmeldung:
www.klimabuendnis.at

MEHR SICHERHEIT IM STRASSENVERKEHR FÜR DIE KINDER IN IHRER GEMEINDE!

- ★ Die bestens bewährte Info-Broschüre: Jetzt neu erschienen!
- ★ Erstellt von Experten des Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV)
- ★ Bringt Kindern spielerisch und altersgerecht richtiges Verhalten im Straßenverkehr näher
- ★ Empfohlen vom Österreichischen Gemeindebund
- ★ Eine wirkungsvolle Aktion Ihrer Gemeindevertretung
- ★ Mit Bürgermeister-Foto ohne Mehrkosten!
- ★ Zum Stück-Preis von € 1,80 zzgl. 10% MwSt

Bestellungen und Information: verkehrserziehung@kommunal.at,
Tel.: 01/532 23 88-27

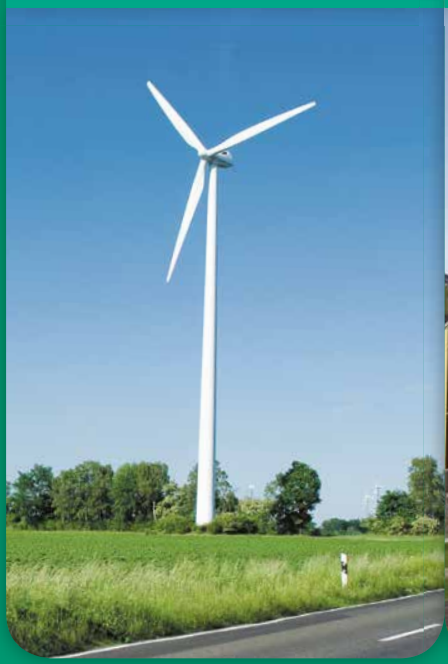
Es gelten die AGB der Österreichischen Kommunal-Verlag GmbH, siehe www.kommunalbedarf.at

ÖSTERREICHISCHER KOMMUNALVERLAG

UNSERE PROJEKTBERATUNG FÜR ÖSTERREICHS INFRASTRUKTUR.

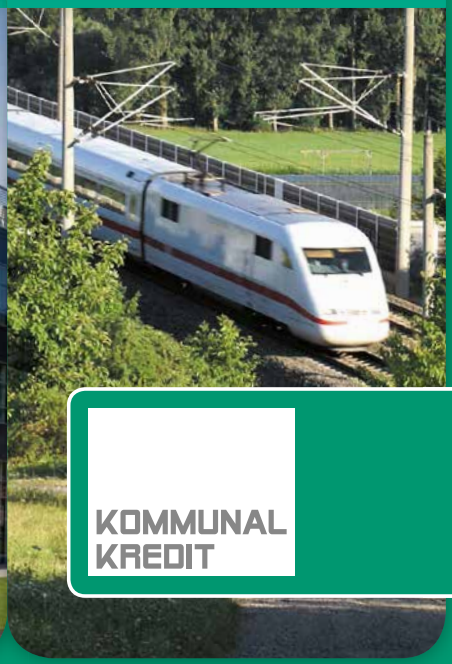
Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft. Die Expertinnen und Experten der Kommunalkredit Austria sorgen mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung dafür, dass Ihr Vorhaben nachhaltig erfolgreich wird – ob im Segment **soziale Infrastruktur, Energie** und **Umwelt** oder **Verkehr**. Von der Strukturierung über die ideale Finanzplanung bis hin zum Projektmanagement stehen wir **Städten, Gemeinden** und **Unternehmen** verlässlich zur Seite. Und davon hat letztendlich jeder von uns einen Nutzen.

ENERGIE & UMWELT



SOZIALE INFRASTRUKTUR

VERKEHR



KOMMUNAL KREDIT

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
INFRA BANKING EXPERTS

www.kommunalkredit.at